

FreiwilligenBörseHamburg

Agentur für bürgerschaftliches und
wirtschaftliches Engagement



Beobachtungen aus der Projektarbeit der **FreiwilligenBörseHamburg** unter Einbindung sozialwissenschaftlicher Ansätze und Arbeiten.

Bildungssituation und Bildungsverhalten migrantischer Gruppen in Deutschland im Zusammenhang sozioökonomischer und soziokultureller Wandlungsprozesse der Bundesrepublik.

von Martin Hoyer

Hamburg, Dezember 2009 bis August 2011

Herausgeber

FreiwilligenBörseHamburg – Agentur für Bürger- und Wirtschaftsengagement in der Metropolregion Hamburg

aus der Reihe „Erfahrungen“

1	Einleitung	4
2	Problemstellung: Wie ist Zuwanderung hier zu verstehen? Was meint hier Bildung?	7
3	Zur Bildungssituation von Migrantengruppen. Benachteiligung, Schulische Bildung und berufliche Stellung	14
3.1	Schulische Bildung	26
3.2	Tradition und Moderne? Bildung und familiäre Situationen in Migrantenumilieus	35
3.3	Migrantenumilieus: Kreative Diversität	44
3.4	Berufliche Stellung migrantischer Gruppen nach Zuwanderergenerationen und nationaler Herkunft	48
4	Zwischenfazit: Gesellschaftlich situative Gleichzeitigkeit von Migrantenumilieus	52
5	Einfach abgehängt? Migrantengruppen im Strukturwandel der Bundesrepublik Deutschland	54
6	Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund integrativer Politikansätze der Europäischen Union und der gesellschaftlichen Dynamik	63
6.1	Dynamik, Exklusion und gesellschaftliche Desintegration	70
6.2	Gefährdung gesellschaftlicher Entwicklung durch Desintegration	73
6.3	Bürgerschaftliches Engagement und seine gesellschaftlich integrativen Wirkungen	76
7	Freiwilligenarbeit als innovationsträchtiges Feld	83
8	Schlussbemerkungen und Ausblick auf fortsetzende Arbeiten im ehrenamtlichen Bereich	87
	Ergänzender Anhang: Die Idee des Mentorings im Projekt „Schulaufgabenhilfe im Mentoring der FreiwilligenBörseHamburg“ von Bernd P. Holst, Nicole Stechel, Martin Hoyer	94
	Tabellenverzeichnis	99
	Verzeichnis der Darstellungen	99
	Literaturverzeichnis und Internetadressen	100
	Mentor.Ring - Hamburger Netzwerk für Mentoring-Projekte	105



Dank ist zu sagen an:

Herrn Bernd P. Holst, Leiter der FreiwilligenBörseHamburg, der die Idee zu dieser Projektarbeit hatte. Er hat die Abfassung dieser Studie überhaupt erst ermöglicht und ihr Entstehen mit Aufmerksamkeit, Geduld und viel konstruktivem Wissen begleitet. Dem gesamten Team der FreiwilligenBörseHamburg. Alle haben mit Rat und Tat zum Entstehen des Berichts beigetragen. Frau Mertens und Frau Bergerova, die den Text kritisch lasen und mit inhaltlichen Anregungen versahen. Frau Lena Blum von der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e. V. für ihr so wertvolles Informationsgespräch.

Martin Hoyer, März 2010



Bildungssituation und Bildungsverhalten migrantischer Gruppen in Deutschland im Zusammenhang sozioökonomischer und soziokultureller Wandlungsprozesse der Bundesrepublik.

FreiwilligenBörseHamburg, bisher unveröffentlichtes Manuskript, Hamburg, im August 2011.

Wir sind Einwanderer in die Zeit, die ihre vertraute Welt hinter sich ließen, um in einer neuen Ära unter völlig anderen Bedingungen zu leben, als sie bisher an der Tagesordnung waren.

Margaret Mead, 1979

1 Einleitung

Diese Schrift hat das Ziel, Indizien dafür zu finden, auf welche wirkungsvolle Weise Migrantengruppen in ihren Bildungsbestrebungen durch freiwillig und ehrenamtlich geleistete Arbeit in unterschiedlichen Initiativen unterstützt werden können. Die Betrachtung konzentriert sich auf die strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen. Das gesamte Feld der lerntheoretischen Aspekte z. B., welche die konkreten Problemstellungen in der Bildungsarbeit zur Sprache bringen, kann keine Berücksichtigung finden. Diese sehr wichtigen Fragestellungen brauchen die Darstellung durch die Fachleute.

Zuerst werden diese strukturellen Bedingungen hinsichtlich der Bildungssituation und der Bildungsbestrebungen von Migrantengruppen und ihre Benachteiligungen in diesen Situationen betrachtet. Einbezogen werden familiäre Verhältnisse und kulturelle Milieus. Schließlich wird die gegenwärtige Situation von Migrantengruppen hinsichtlich ihrer beruflichen Lagen in den Blick genommen.

Um die gegenwärtige Situation als Ergebnis einer dynamischen Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu verstehen, wird anschließend auf die historische Entwicklung der Migration am Beispiel der Gastarbeitergenerationen eingegangen. Das macht die Darstellung zugegebenermaßen weniger stringent. Andererseits konnte auf diese Weise eine Überlegung zum theoretischen Verständnis des Phänomens Zuwanderung als „gleichzeitiges Geschehen“ angestellt werden. Es handelt sich dabei um Überlegungen und bei weitem nicht um ausgearbeitete theoretische Annahmen. Diese Überlegungen, so war es erhofft, würde die Analyse der Zuwanderung nach Deutschland aus der Perspektive einer erwünschten gleichberechtigten Teilnahme der Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Geschehen besser ermöglichen. D.h., es wurde nach Hinweisen auf ein Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung zwischen dem Geschehen der Zuwanderung einerseits und strukturellen Gegebenheiten der Zuwanderergesellschaft z. B. im Bildungsbereich, aber nicht nur dort, gefragt. Dem entsprechend konnte die Situation der Migrantinnen und Migranten dann nicht als einseitiger Anpassungsprozess an statische gesellschaftliche Strukturen betrachtet werden. Zuwanderung musste vielmehr als ein Aspekt einer gesellschaftlichen Dynamik als ganzer verstanden werden, die von der Zuwanderung selbst beeinflusst wird. Denn so ganz selbstverständlich scheint diese Sichtweise vielleicht doch nur auf den ersten

Blick, wenn man die Anpassungsleistungen bedenkt, die scheinbar immer zuerst von den Migrantinnen und Migranten gefordert werden. Ohne dass dabei der gesellschaftliche Wandel der Zuwanderergesellschaft selbst bedacht wird, z. B. hinsichtlich familiärer Strukturen oder Bildungsanforderungen. Befindet man sich nicht vielmehr auf einem gemeinsamen Weg in etwas gesellschaftlich Neues hinein, in dem sich alle Identitäten wandeln? Zu diesen Fragestellungen liefert die vorliegende Schrift den Leserinnen und Lesern in ihrem inhaltlichen Verlauf ein gedankliches Experiment, nicht mehr.

Die Analyse der sich strukturell wandelnden ökonomischen Bedingungen ließ dann im Verlauf der Arbeit z. B. Auswirkungen erkennbar werden, die ursächlich *gleichermaßen* zur Exklusion von Gruppen ausländischer und deutscher Herkunft führen, worauf insbesondere im dritten Kapitel der Arbeit eingegangen wird. Allerdings wirken sich diese Einflüsse auf Migranten und Migrantinnen unter dem soziokulturellen Tatbestand ihrer vordergründig „ethnisch“ motivierten Benachteiligung in Gesellschaft und Wirtschaft verstärkt aus. Doch allein nur die Identifizierung eines ökonomischen Strukturwandels als starke Ursache von Benachteiligung und Diskriminierung von Migrantengruppen hier, die vordergründig aufgrund unerwünschter „ethnischer Eigenschaften“ erfolgen und deutschen Gruppen wie den „Ungelernten“ auf dem Arbeitsmarkt dort, die vordergründig aufgrund unerwünschter „sozialer Eigenschaften“ erfolgen, muss eben nicht zwangsläufig in ein gesellschaftliches Verständnis darüber münden, dass diese jeweils zugeschriebenen Eigenschaften nur die unterschiedlichen Produkte von Vorurteilen sind, die aus den selben Ursachen entstehen. Was die Diskriminierungen folglich unhaltbar werden ließe und als Feststellung gar nicht neu ist. Doch selbst unter dem Einfluss gewandelter Arbeitsmarktanforderungen geschieht das nicht ohne Weiteres, obwohl diese die Erschließung bisher brachliegender Arbeitskraftpotentiale dringend erfordern! Stattdessen geht das Wort von den „Integrationsverweigerern“ um. Ein Wort, dessen aktueller Sprachgebrauch die eben angesprochene Identifizierung von Ursachen wieder behindert. Denn das Wort führt zu keiner produktiven Differenzierung. Es führt nur fein säuberlich die Ursache der Verweigerung auf ethnisch-kulturelle Zusammenhänge bei den Migrantengruppen hier zurück und auf soziokulturelle Zusammenhänge einer deutschen Unterschicht dort und erklärt die dann beide Male zu unumstößlichen individuellen Eigenschaften, welche die jeweiligen Verortungen des Individuen in der Gesellschaft erklären und damit rechtfertigen. Dann liegt der Schritt zu einem falschen biologistischen Denken nahe. Deshalb der gedankliche Versuch, die Zuwanderung in die Gesellschaft, die erklärtermaßen ihrem Wohl dienen soll, als gleichzeitiges Geschehen, als dynamisches Zusammenwirken gesellschaftlicher Verhältnisse und Situationen zu verstehen.

Da Zuwanderungs- und Exklusionsvorgänge, wie eben angesprochen, in der Regel keine „idyllischen Vorgänge“ (A. Treichler) sind, kann diese Schrift dazu auch keine „idyllischen Beschreibungen“ abliefern. Aber der Verfasser meint, dass gerade diese Verhältnisse und ihre Schilderung den sachlichen Anlass dafür geben sollten, zu mehr Gemeinsamkeit zwischen Migranten und deutschstämmiger Bevölkerung zu gelangen. Sehr viel Positives trägt dazu das bürgerschaftliche Engagement bei und erweist sich dabei als innovationsträchtiges Feld der Zivilgesellschaft, u. a. deshalb, weil es einen Dialog aus freien Stücken und deshalb auf „Augenhöhe“ ermöglicht.

Aus diesem Grund wird es aber auch an dieser Stelle des folgenden Textes unumgänglich, auf die Dynamik von Exklusion und Desintegration einzugehen. Dazu werden sowohl für diesen Teil als auch für die gesamte Betrachtung Aussagen der Theorie der sozialen Innovation implizit herangezogen, weil davon Hinweise auf Auswege aus mancher der beschriebenen Misere erhofft wurden. Anzumerken ist darüber hinaus, dass nur ein pragmatisch gewählter Ausschnitt der migrantischen Gruppen betrachtet wird. Überwiegend gilt die Betrachtung den Zuwanderern, die als Arbeitsmigranten der ersten Generation in die Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre kamen und ihren Nachkommen der zweiten und dritten Generation, mit deutscher oder nicht-deutscher Staatszugehörigkeit. Berücksichtigung finden darüber hinaus z. B. die Aussiedler und Spätaussiedler. Zunächst erfolgt eine Einführung unter Berücksichtigung auch der eben genannten theoretischen Überlegungen.

Eine Anmerkung: Entgegen dem üblichen Verfahren werden zur schnelleren Auffindbarkeit der Quellen alle Fußnoten vollständig ausgeführt.

2 Problemstellung: Wie ist Zuwanderung hier zu verstehen? Was meint hier Bildung?

Wenn in der gesichteten Literatur von Zuwanderung die Rede ist, ist eine meist dauerhafte Einwanderung in die Gesellschaft der Bundesrepublik, in die ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen ihrer Gesellschaft zu verstehen. Das ist allerdings nur auf den ersten Blick so selbstverständlich und kaum erwähnenswert. Denn schon der Vorgang der Zuwanderung an sich begründet keine „Parallelgesellschaft“, wie das manche vermuten wollen.¹ Weder hat in den ca. fünfzig Jahren nach Beginn der Zuwanderung in die Bundesrepublik eine „Absorption“ der Zuwanderer in die sozioökonomische Struktur und Schichtung der Gesellschaft stattgefunden, während der die gesellschaftlichen Verhältnisse einfach gleich blieben, noch bildete sich „die eine“ migrantische Lebenswelt neben „den vielen“ Lebenswelten der einheimischen/autochthonen Bevölkerung heraus. Die unzweifelhaft stattfindenden ökonomischen, sozialen und räumlichen Segregationsprozesse resultieren nicht allein aus der Migrationssituation als solcher, sondern haben ihre Ursachen im strukturellen Wandel der deutschen Gesellschaft. Dieser wirkt auf sie als Ganzes und auf alle Menschen in ihr. Mit ihm haben sich die sozioökonomische Schichtung der ganzen Bevölkerung und ihre soziokulturellen Milieus² seit dem Bestehen der Bundesrepublik und seit 1989 im wiedervereinigten Deutschland verändert. So kann die als Modus Vivendi der Integration schlechthin angesehene Erwerbsarbeit, wegen derer die Menschen in den frühen sechziger Jahren als Gast-Arbeitskräfte überhaupt erst in die Bundesrepublik gerufen wurden, diese Funktion heute nicht (mehr) hinreichend erfüllen.³ Und zwar kann sie das für die Migranten wie für die deutsche Bevölkerung nicht. Für die ersteren allerdings in noch deutlich abgeschwächerter Art und Weise, wie noch zu zeigen sein wird.

Das führt zu der Überlegung, die Dynamik der Zuwanderung nicht allein einseitig im Migrationsvorgang selbst zu verorten und die Zuwanderungsgesellschaft als gegebene

¹ Vgl. Wippermann, Carsten; Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 3-11. Dort, S. 3: „So werden „formal oder augenscheinlich“ *Nicht*-Deutsche in die Container-Kategorie der „Migranten“ eingeordnet mit der unausgesprochenen Erwartung, man wisse damit schon (irgend)etwas über ihre Werte, ihre soziale Lage, ihren Lebensstil – so als *determiniere* der ethnische Hintergrund die Orientierung und dann auch den Alltag des Einzelnen.“, (Hrvh. wie im Original).

² Nach Wippermann/Flaig kennt die moderne Milieutheorie drei Hauptdimensionen, welche ein Milieu konstituieren: Wertorientierungen, Lebensstil und soziale Lage. Siehe: Wippermann, Carsten; Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 7. Als soziale Schicht soll in dieser Schrift eine gesellschaftliche Gruppe verstanden werden, deren Individuen sich in einer weitgehend ähnlichen sozioökonomischen Lage befinden, die in der Generationenfolge reproduziert wird.

³ Vgl. Seifert, Wolfgang, 2007: „Integration und Arbeit“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22-23/2007, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn.

statische Größe zu betrachten. Das könnte dazu verführen, alle mit der Migration verbundenen Vorgänge nur einseitig als Anpassungsleistungen der Migrantinnen und Migranten an das zeitlich gerade Vorgegebene der Gesellschaft zu verstehen. „Ist es aber überhaupt möglich, dass die einheimische Bevölkerung vom Prozess der Migration unberührt bleibt? Kann man der ausländischen Bevölkerung einfach sagen, dass sie sich an die Werte des Aufnahmelandes bedingungslos anpassen muss, da sie in einem Gastland lebt, oder ihr mit großer Gleichgültigkeit sagen, dass sie ansonsten in ihre Heimat zurückkehren sollte, wenn sie nicht bereit wäre, eine solche Anpassung zu akzeptieren?“,⁴ fragt z. B. Nuran Dönmez.

Zuwanderung findet statt in den gesellschaftlichen Raum einer Einwanderungsgesellschaft und in dessen Dynamik. Die hier zugrunde gelegte Vorstellung von Zuwanderung versucht, Zuwanderung als Eintritt in einen gesellschaftlichen Raum *und* seine gesellschaftliche Zeit zu verstehen. In diese Eigendynamik treten migrantische Gruppen ein und beeinflussen diese Dynamik ihrerseits als Subjekte, als handelnde Menschen. Vom Theorieverständnis der sozialen Innovation her könnte man sagen, dass sie Einfluss nehmen auf bestehende spezifische Pfadabhängigkeiten der Einwanderergesellschaft. Pfadabhängig meint, dass die bestehenden Verhältnisse den Weg der Gesellschaft in die Zukunft hinein eher in die eine oder eher die andere Richtung beeinflussen, ohne dass diese Richtung dadurch in Gänze vorherbestimmt oder in Gänze prognostizierbar wäre.⁵ Eine ganz allgemeine, aber treffende Definition von Innovation und sozialer Innovation⁶ lautet: „Doing new things or doing things in a new way“ (Alois Schumpeter). Neues kann also auch durch Rekombination z. B. bestehender Regeln, bestehender Beziehungsmuster usw. entstehen, mit der neue, bisher nicht vorhandene Perspektiven hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklung gebildet werden. Dies braucht notwendiger Weise die Kommunikation und Interaktion der gesellschaftlichen Gruppen untereinander. Voraussetzung gelingender Kommunikationsvorgänge ist auch die Bereitschaft, in der Argumentation nicht die Macht- und Dominanzgefälle, die aus den gesellschaftlichen Strukturen resultieren, auszuspielen. Nach Jürgen Habermas ist

⁴ Dönmez, Nuran, „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun; Gutmann, Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 236-237.

⁵ Vgl. Zapf, Wolfgang, 1989: „Über soziale Innovationen“. In: Soziale Welt, 40. Jg., H. 1-2. Dort S. 177: Nach Zapf sind soziale Innovationen „neue Wege [um] Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden“.

⁶ Eine systematische Einführung in Begriff und Theorie der sozialen Innovation gibt Katrin Gillwald, 2000: Konzepte sozialer Innovation. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB, Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrum Berlin. Link: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-519.pdf>, Zugriff: 04.12.09.

kommunikatives Handeln sowohl vernunftgeleitet wie Vernunft bildend, „wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden. Im kommunikativen Handeln sind die Beteiligten nicht primär am eigenen Erfolg orientiert, sie verfolgen ihre individuellen Ziele unter der Bedingung, dass sie ihre Handlungspläne aufeinander abstimmen können. Insofern ist das Aushandeln von Situationsdefinitionen ein wesentlicher Bestandteil der für kommunikatives Handeln erforderlichen Interpretationsleistungen“.⁷

Nuran Dönmez z. B. entwickelt aus wissenschaftlicher Sicht den Begriff der „Interaktionistischen Integration“, der es ermöglicht, Integration als Prozess zu verstehen, an dem beide Seiten, Arbeitsemigrantinnen/Migranten und Einheimische bewusst beteiligt sind und in dem bloße Koexistenz zwar akzeptiert wird aber darüber hinaus ein aktiver Austausch zwischen Partnern stattfindet. Das ermöglicht eine echte Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Werten eines Aufnahmelandes,⁸ weil nur die bewusste Auseinandersetzung echte Identifikation ermöglicht, die über bloßes Anpassungsverhalten hinausgeht.

Verschiedene Autorinnen und Autoren weisen darauf hin, dass eine demokratische Einwanderungsgesellschaft unter Wahrung ihrer Verfassung zu einem produktiv weiterentwickelten Verständnis ihres Bürgerschaftsbegriffs aufgrund der Teilnahme und Teilhabe ihrer migrantischen Bürgerinnen und Bürger gelangen kann - aber nicht muss, s. o.⁹ Gerade weil „Integrationsprozesse in der Regel keine idyllischen Vorgänge sind“,¹⁰ muss ein demokratischer Grundkonsens zur Konfliktregulierung in allseits anerkannter Weise vorhanden sein, der im Alltagsleben auffindbar, konkret identifizierbar sein muss, um wirken zu können. Im gesellschaftlichen Leben hängt die Handlungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie, der autochthonen wie der migrantischen, deshalb gleichermaßen davon ab, „welches Wissen sie über sich selbst und über die Welt, in der sie leben, entwickeln“.¹¹

⁷ Habermas, Jürgen, 1981: Theorie kommunikativen Handelns, Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a. M., S. 385.

⁸ Dönmez, Nuran, „Kultur und Integration“. In: Gümürkü, Harun; Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 229.

⁹ Neben genannten Autor und Autorin Fußnoten 5 und 6: Birand, Bingül, 2008: „Deutschtürken kämpft selbst für eure Integration!“. In: Die andere Seite. Was Arbeit für Menschen bedeutet, Beschäftigung & Bildung e.V. (Hg.), Hamburg.

¹⁰ Schulte, Axel, September 2009: „Politikkonzepte für eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 18.

¹¹ Erel, Umut, 2009: „Qualifikationen von Migrantinnen – eine Frage der Bürgerrechte?“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 5.

Sowohl aus der Perspektive ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse als auch aus der Perspektive demokratischer Entwicklungsfähigkeit gewinnt also das Wissen zunehmende Bedeutung für die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Was zur Voraussetzung haben muss, dass Wissen für alle gleichermaßen zugänglich muss. Michael Opielka beschreibt das wie folgt: „die Diffusion und Universalität des Wissens als zunehmend dominierender Produktivkraft wird unter Bedingungen der Demokratie - wohlgermerkt: nur unter dieser! - auch eine Verallgemeinerung des Zugangs zu Wissen und zu Einkommen (als Teilhabe an Ressourcen) für jeden Bürger dieser Welt und beginnend in den Metropolen, für alle Bürger als 'gerecht' erscheinen lassen, weil sie den Zugang zur Ressource Wissen existenznotwendig brauchen“.¹² Die Komplexität und Vernetztheit der Wandlungsprozesse, die alle Bereiche der Gesellschaft erfassen, braucht entsprechende gesellschaftliche Formen der Gestaltung, die häufig dann am wirkungsvollsten sind, wenn sie dezentral und unter breiter Beteiligung der Betroffenen stattfinden.¹³

Die Industrieländer der westlichen Welt haben eine vergleichsweise lange Phase der industriell-wirtschaftlichen Entwicklung hinter sich, vor deren Hintergrund sich gesellschaftlich-demokratische Entwicklungen schließlich durchsetzen konnten. Diesen Gesellschaften sind Wandlungsprozesse also nicht fremd. Sie werden auf ihre Zwiespältigkeit, ihre Ambivalenz hin abgeschätzt zwischen erwünschtem Fortschritt und seinem Preis hier und ihren möglichen unerwünschten, vielleicht als rückschrittlich eingeschätzten Tendenzen dort. Man kann sagen, dass sich aus diesen Erfahrungen heraus ein „gesellschaftliches Wissen“ darüber gebildet hat, Wandlungsprozessen zu begegnen, wie das Margaret Mead in den siebziger Jahren des gerade vergangenen Jahrhunderts feststellte: „Die älteren Industrieländer des Westens fügten in ihre Kulturpostulate den Gedanken des Wandels ohne Revolution durch die Entwicklung neuer sozialer Techniken ein, um mit den von wirtschaftlichen Veränderungen und technologischen Fortschritten geschaffenen Bedingungen fertig zu werden“.¹⁴

¹² Opielka, Michael, 2002: „Sozialpolitik für eine Wissensgesellschaft – Weitere Begründung für soziale Bürgerrechte“. In: Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, 2002, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), S.1. Link: <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/wissensoekonomie/sozialpolitik.pdf>, Zugriff: 04.012.09.

¹³ Zu den Zusammenhängen von Innovation, Wissensgesellschaft und Netzwerken als Organisationsform vgl. u. a. : Heidenreich, Martin: „Die Debatte um die Wissensgesellschaft“, http://www.uni-oldenburg.de/sozialstruktur/dokumente/wissensgesellschaft_2002.pdf, Zugriff: 02.07.2007, S. 20. Erschienen in: Stefan Böschen und Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.), 2003: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen. Sowie: Rammert, Werner, (o. J.): „Innovation im Netz – Neue Zeiten für technische Innovationen: global verteilt und heterogen vernetzt“; http://www.soz.tu-berlin.de/Crew/rammert/articles/Innovation_im_Netz.html, Zugriff: 26.02.2010.

¹⁴ Mead, Margaret 2006: Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 115, Eschborn bei Frankfurt a. M.

Dieses Postulat setzt beim Menschen mehr als Wissen im Sinne bloßen Informationsgewinns voraus, sondern braucht Bildung, hier verstanden als die Fähigkeit, Wissen auf seinen Stellenwert hin einzuschätzen und es zu bewerten. Bildung ermöglicht dem einzelnen Menschen eine „souveräne Selbststeuerung“ (Friedhelm Hengsbach) in dem er drei wichtige Kompetenzen gewinnt:

- Die Selbstkompetenz. „Die Subjekte selbst sind die Architekten ihres Wissens. Sie lernen, indem ihnen Raum gegeben wird, ihre eigene Geschichte zu erzählen und herstellen zu dürfen. Lebenswissen wird von ihnen selbst erworben, gewichtet und kreativ angeeignet“.¹⁵
- Die Erlebniskompetenz. Körper, Geist, und seelisches Erleben sind als Einheit das Medium der Welt- und Selbsterfahrung, vor allem der Wahrnehmung der anderen Menschen.
- Die kommunikative Kompetenz. Sie begründet die Intersubjektivität des Menschen seine Beziehungsfähigkeit an sich und seine Fähigkeit zum gesellschaftlichen und politischen Leben.¹⁶

Eher funktionale Ausprägungen wie Sprachvermögen, Teamfähigkeit und Kooperationsfähigkeit haben diese Kompetenzen zur Voraussetzung.

Damit ist schon angesprochen, dass einerseits ein Verständnis von Bildung nicht allein aus der Perspektive der formalen Bildungswege der Schule, der Berufsausbildung und der universitären Bildung zu gewinnen ist. Bildung im beschriebenen Sinne ist auch Persönlichkeitsbildung im Sozialisationsprozess, die - idealerweise - zur „souveränen Selbststeuerung“ führen soll. Andererseits bestätigt z. B. der vergleichsweise neue Bildungsansatz der Förderung interkultureller Kompetenzen in der Schul- und Berufsbildung das eben idealtypisch zitierte ganzheitliche Bildungsverständnis als eines, das in der Berufswelt ebenfalls realistisches Gewicht hat.¹⁷ Zu diesen Kompetenzen zählen:

- „Empathie: Bereitschaft und Fähigkeit, sich in das Denken und Fühlen anderer Menschen hineinzusetzen,

¹⁵ Hengsbach, Friedhelm, o. J. Verhindert die Wissensgesellschaft das Menschwerden? <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.173> , Zugriff: 07.12.09.

¹⁶ Hengsbach, Friedhelm, o. J. Verhindert die Wissensgesellschaft das Menschwerden? <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.173> , Zugriff: 07.12.09.

¹⁷ Vgl. zu diesem Zusammenhang: Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt. Dort Seite 219: „Aber Bildungsziele sind ja nicht nur aus den Imperativen des Arbeitsmarktes abzuleiten. In ihnen sollten Lebenskompetenzen enthalten sein, die für eine souveräne Lebensbewältigung ´an der Zeit´ sind. In einer individualisierten Gesellschaft, in der die Menschen ihre Biographien immer weniger in den gesicherten Identitätsgehäusen der Berufsarbeit einrichten können und in der ihr Lebenssinn zur Eigenleistung wird, sind vermehrt Fähigkeiten zur Selbstorganisation in den Mikrowelten gefordert“.

- Multiperspektivität: Sachverhalte aus verschiedenen Perspektiven betrachten können, z. B. aus der Sicht der Mehrheit/Minderheit,
- Selbstreflexion, Ambiguitätstoleranz: Mut, Unsicherheiten aushalten zu können,
- Flexibilität: sich wechselnden Situationen und Umgebungen anzupassen,
- Openmindedness: Offenheit für neue Erkenntnisse und Sichtweisen, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit“.¹⁸

Jugendliche, auch die mit Migrationshintergrund, entwickeln nicht wie selbstverständlich solche Fähigkeiten. Letztere wachsen aber noch viel zu oft in materiell schwierigen Verhältnissen auf, stehen häufig unter Anpassungsdruck zweier Kulturen und erfahren Diskriminierung und Ablehnung. Sie können die genannten Kompetenzen als Überlebensstrategie entwickeln.¹⁹ Aber: sie sind sich dessen sehr oft nicht hinreichend bewusst und können daraus nicht das ihnen zustehende Selbstbewusstsein entwickeln. Deshalb die dringend notwendige Förderung interkultureller pädagogische Ansätze.

Formale Bildungswege stellen heute mehr denn je eine unverzichtbare Voraussetzung dar, Wissen, Bildung und beruflichen Erfolg zu erlangen.²⁰ Dementsprechend können vor diesem Hintergrund insbesondere familiäre Sozialisationsprozesse in längst nicht immer sachlicher Weise von der medialen Öffentlichkeit „unter Beobachtung“ genommen werden. Es geht um die Frage, ob denn dort, in den Familien, in ausreichendem Maße die Voraussetzungen für die formalen Bildungswege geschaffen würden. An wirklichen Antworten scheint man dagegen wenig interessiert. Zur Aufklärung trägt das nicht bei. Mehr noch: Bildung ist zwar zu Recht zu einem Schlüsselbegriff geworden. Wie so häufig können auch von ihm suggestive Wirkungen ausgehen, die seine rationale Betrachtung in den Hintergrund drängen. Dann soll Bildung fast schon alles lösen können, alles bewältigen helfen.

Mit Blick auf das eben zitierte Verständnis von Bildung ist ja selbst dieser Anspruch auch nicht so ganz von der Hand zu weisen, wenn man den grundlegenden Sinn dieses

¹⁸ Zitiert nach: Hieronymus, Andreas; Hutter, Jörg; Eralp Hülya; Wöbke, Carmen, Dezember 2007: Interkulturelle Kompetenz als Chance. Eine Anleitung zur Entdeckung der beruflichen Potenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V., Hg., Hamburg, S. 7.

¹⁹ Vgl.: Hieronymus, Andreas; Hutter, Jörg; Eralp Hülya; Wöbke, Carmen, Dezember 2007: Interkulturelle Kompetenz als Chance, Eine Anleitung zur Entdeckung der beruflichen Potenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V., Hg. Hamburg, S. 7- 8.

²⁰ Vgl. Treichler, Andreas, „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn. Insbesondere Kapitel 5. Bildungsarmut und -gerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft: Herausforderungen für eine zukunftsfähige Sozialpolitik, S. 82 f.

Verständnisses berücksichtigt. Bildung, so z. B. Andreas Treichler, ist u. a. geeignet, maßgeblich auch die Gesundheit und allgemein die Lebensführung positiv zu beeinflussen.²¹

Die Kehrseite des Schlüsselbegriffs ist dann allerdings, dass noch jedes soziale Problem individualisiert werden könnte, indem es allzu einfach zum Problem mangelnder Bildungsbefähigung einzelner Menschen um- und fehlgedeutet und zum individuellen „Bildungsversagen“ erklärt wird. Solchen Vorhaltungen stehen die migrantischen Gruppen unserer Gesellschaft zwar durchaus nicht allein gegenüber. Mangelnder Wille zur Bildung wird aber insbesondere ihnen gegenüber immer noch zu oft als mangelnder Wille zur Integration in die Zuwanderergesellschaft ausgelegt. Es kommt zu falschen Schlüssen. Eine geringe oder unzureichende Bildung deutet fast „automatisch“ auf eine mangelnde Integrationsbereitschaft hin.

Bestätigt sich nun das jetzt aufgestellte und als wünschenswert betrachtete Postulat gleicher Partizipationschancen und -möglichkeiten der migrantischen wie der autochthonen Gruppen in der Bundesrepublik? Und, welche Hinweise finden sich für die Überlegung, dass Migration einen Eintritt in die gesellschaftliche Dynamik der Zuwanderergesellschaft darstellt, der migrantischen Gruppen in diesem Partizipationsbestreben unterstützt? Auf den ersten Blick muss die Antwort, wenn auch mit Einschränkungen lauten: Nein. Umso wichtiger wird ein zweiter Blick, um Indizien dafür zu erkennen, die eine solche Entwicklung fördern könnten. Vor dem Hintergrund des erläuterten als Leitfaden, soll deshalb zuerst die Bildungssituation migrantischer Gruppen dargestellt und nach Hintergründen dafür gefragt werden. Dazu wird zunächst ein Blick auf die Ist-Situation schulischer Bildung und beruflicher Stellung migrantischer Gruppen in Deutschland geworfen.

²¹ Siehe: Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 83.

3 Zur Bildungssituation von Migrantengruppen. Benachteiligung, Schulische Bildung und berufliche Stellung

Schulische und universitäre Vorbildung gelten als Erfolg versprechende Vorbedingung für den Eintritt in das Berufsleben und späterer Arbeitsplatzsicherheit. Je höher die schulische Vorbildung und die berufliche Qualifikation, desto geringer die individuelle Gefahr der Erwerbslosigkeit. Diesbezüglich wird allgemein die Position vertreten: Je besser die Vorbildung und Vorqualifikation einer Erwerbsperson, desto eher gelingt ihr die Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen und strukturellen Wandel der Arbeitswelt, weil letzterem individuell durch Fort- und Weiterbildung begegnet werden kann. Sowohl Schulbildung als auch allgemeine und berufliche Weiterbildung gelten deshalb auch als Indikator der Integration erwerbsfähiger Personengruppen allgemein und der migrantischen Gruppen im Besonderen.

Das gilt. Zu berücksichtigen sind allerdings „Vorbehalte“²² z. B. hinsichtlich der strukturell gegebenen Vorbedingungen der Arbeitsmarktbedarfe nach unterschiedlichen Qualifikationen und in unterschiedlichen Arbeitsmarktsegmenten, hinsichtlich der konjunkturellen Situationen und den längerfristigen strukturellen Wandlungsprozessen der Wirtschaft. Andreas Treichler will deshalb auch die an sich plausible Annahme relativiert sehen, ohne sie damit abzutun. Es gäbe gute Gründe beim Zusammenhang Bildung/Qualifikation/Arbeitsmarktchancen davon auszugehen, dass sich die Attraktivität einer Erwerbsperson am Arbeitsmarkt sogar wenig von ihrer Qualifikation oder z. B. von ihrer Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung her bestimmt. So wird diesbezüglich von Dieter Filsinger festgestellt, dass sogar der wiederholte Besuch berufsvorbereitender Maßnahmen durch Jugendliche ohne Ausbildungsplatz insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationsintergrund nicht in eine berufliche Ausbildung mündet.²³ Im Jahr 2006, so Filsinger, fanden nur 29 Prozent aller Bewerberinnen und

²² So kann Andreas Treichler in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Hochschulausbildung zitiert werden: „Privilegierte Beschäftigungs- und Einkommenschancen im bundesdeutschen Erwerbssystem setzen mehrheitlich einen Hochschulabschluss voraus. Dieser ist [eine] notwendige, seit der Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre jedoch keine hinreichende Voraussetzung mehr für eine berufliche Karriere. Personen mit Migrationshintergrund sind an bundesdeutschen Hochschulen unterrepräsentiert“. Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 86.

²³ Filsinger, Dieter, Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. In: WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 20.

Bewerber, die einen Migrationshintergrund hatten, tatsächlich einen Ausbildungsplatz. Von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 40 Prozent. 28 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund befanden sich in den genannten Bildungsgängen des Übergangssystems, und 22 Prozent von ihnen konnten noch nicht einmal an dieser grundlegenden Ausbildungsart teilnehmen.²⁴

Im Gegenteil, es scheint z. B. die Teilnahme an den erwähnten berufsvorbereitenden Maßnahmen „eher zur Verfestigung des Übergangstatus beizutragen, statt hierdurch die Aussicht auf eine abschlussbezogene Qualifizierung zu verbessern“.²⁵ Insbesondere für die Gruppe der migrantischen Jugendlichen, aber auch für die deutscher Herkunft, können hier begründeterweise diskriminierende Faktoren angenommen werden. Wobei solche „ethnisch-nationaler“ Art verstärkend wirken. Die (wiederholte) Teilnahme an solchen Weiterbildungsaktivitäten wird eben nicht als motiviertes Verhalten seitens der Jugendlichen wahrgenommen, sondern als sogar als „zertifizierter Beleg“ ihrer mangelhaften Eignung oder sogar ihres generellen schulischen und beruflichen Versagens gedeutet. Was diese Gruppe insgesamt als „normabweichende Minderheit“ (Heike Solga) auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erscheinen lässt. Der Makel, am Ende des schulischen und am Anfang des beruflichen Weges versagt zu haben, wird hier in den Makel transformiert, eine Person zu sein, die versucht hat, diesen Makel zu korrigieren.²⁶

Wobei hier von Solga her gefolgert wird. Sie nimmt bei ihrer Analyse der „Ausbildungslosigkeit in Bildungsgesellschaften“ gerade das Fehlen eines beruflichen Ausbildungszertifikats zum Ausgangspunkt ihrer These der damit verbundenen sozialen Stigmatisierung der Gruppe der Ausbildungslosen. Hier wird festgestellt, dass ihr Befund auch für diejenigen genommen werden könnte, die „nur“ ein gesellschaftlich als „falsch“ oder als „nicht hinreichend“ gewertetes Zertifikat vorzuweisen haben. Mit Harun Gümrückü ist zu bemerken: „Nicht zuletzt deshalb greifen die modernen arbeitsmarktpolitischen Anpassungsstrategien bei den Migranten/innen auch zu selten, mit denen, neben der

²⁴ Filsinger, Dieter, Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. In: WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 20.

²⁵ Filsinger, Dieter, Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. In: WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 20.

²⁶ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften. Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht. Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 26.

beruflichen Qualifizierung, arbeitsmarktpolitisch berufliche Neuorientierung und der Erwerb entsprechender neuer beruflicher Kenntnisse angestrebt wird. Meist geschieht das durch Maßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt“.²⁷

Dem entsprechend kommt Filsinger zu dem Fazit, dass schon die Bildungsvoraussetzungen für Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich ungünstiger seien als für Jugendliche deutscher Herkunft. Sie können das aber gegenüber ihren deutschen Altersgenossinnen und Altersgenossen zusätzlich noch schwerer wett machen. Selbst bei günstigsten Voraussetzungen, so Filsinger, stehen ihre Chancen, in Ausbildung zu gelangen, bei 44 Prozent. Dem gegenüber betragen die Chancen der deutschen Jugendlichen 71 Prozent. Als günstige Chancen identifiziert Filsinger hier auf der individuellen Ebene z. B. gute Noten in Mathematik. Auf der strukturellen Ebene ist die regionale Arbeitslosenquote von Bedeutung. Liegt sie unter 9 Prozent, steigen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz generell. Insgesamt habe sich das Arbeitslosigkeitsrisiko für Jugendliche mit Migrationshintergrund in zweifacher Weise erhöht, so Filsinger. Sowohl im Langzeitvergleich seit 1979 und im heutigen Vergleich zur jugendlichen Bevölkerung deutscher Herkunft.²⁸

Dem gegenüber entscheidender für die Identifizierung und Beschreibung der Attraktivität des Arbeitskräfteangebots seien nach A. Treichler deshalb erstens die anzulegenden „ökonomischen Kriterien“ der Nachfrageseite.²⁹ Ein Beispiel gerade dafür sind die „Gastarbeiter“ der ersten Generation. Sie waren für die deutsche Wirtschaft höchst erwünschte Arbeitskräfte.³⁰ Ihre Tatkraft war gefragt, der gegenüber ihre schulische und berufliche Ausbildung kaum eine Rolle zu spielen brauchte. Und – niemand fragte damals nach mangelnden Sprachkenntnissen, solange nur die Produktivität dieser Arbeitskräfte nicht

²⁷ Gümrükcü, Harun, „Einleitende Bemerkungen“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann, Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 12.

²⁸ Vgl. diesen Absatz: Filsinger, Dieter, Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 21.

²⁹ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnischesozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 82.

³⁰ Daniel Cohn-Bendit u. Thomas Schmid zitieren aus einer Ansprache des damaligen Bundesarbeitsministers Blank von 1964, anlässlich der Begrüßung des millionsten Gastarbeiters in der Bundesrepublik: „Diese Million Menschen auf deutschen Arbeitsplätzen trägt mit dazu bei, dass unsere Produktion weiter wächst, unsere Preise stabil und unsere Geltung auf dem Weltmarkt erhalten bleibt. Die Rolle der Gastarbeiter auf dem Arbeitsmarkt wird in den kommenden Jahren sicher noch gewichtiger werden“. Cohn-Bendit u. Schmid, 1993, Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S.120.

beeinträchtigt schien. Die Gastarbeiter reihten sich ein in den nicht unerheblichen Teil der un- und angelernten deutschen Arbeiterschaft, die fast „traditionell“ keine Berufsausbildung, aber in den Jahrzehnten des Aufschwungs so gut wie immer Arbeit hatten. Erst der wirtschaftliche Strukturwandel der Bundesrepublik von 1973 (Ölkrise) an änderte das. Die Perspektive der Werte und Bewertungen verschob sich. Wer vorher als „einfach gebildet“ und „einfach tüchtig“ galt, galt nachher nur als einfach ungebildet, und man zweifelte an seiner Tüchtigkeit, weil für seine Produktivkraft keine Verwendung mehr vorhanden zu sein schien. Ulrich Beck bemerkt dazu: „Dann wird bei diesen sattsam bekannten Debatten chronisch verkannt, dass es gerade jene „Ausländer“ sind, die pfiffig und emsig nach einiger Zeit Kleinunternehmen gründen, in denen sie dann für andere Arbeitsplätze schaffen“.³¹

Zweitens hat dieser Strukturwandel der beschriebenen Diskriminierungen ethnisch-nationaler Art andere und vor dem Hintergrund zunehmender Beschäftigungsunsicherheit vielleicht sogar stärkere Kristallisationspunkte geliefert. „Wenn demnach die Einmündung in eine duale Ausbildung nicht nur vom Kompetenzniveau und den erreichten Schulabschlüssen abhängt, müssen andere Faktoren eine Rolle spielen“.³² In Rechnung zu stellen sind ebenso ethnisch motivierte Selektionsprozesse bzw. Diskriminierungen im Ausbildungssystem, die u. a. auf Abschottungen betrieblicher Organisationen beruhen können, worauf empirische Untersuchungen hinweisen. Die interne wie externe Auswahl von Auszubildenden z. B. wird dort zum nicht geringen Teil organisationsintern durch verwandtschaftliche Beziehungen mitbestimmt, die andere Neuankömmlinge ausgrenzt.³³ Der sechste Familienbericht der Bundesregierung zur Situation ausländischer Familien in Deutschland aus dem Jahr 2000 spricht davon, dass das Rekrutierungsverhalten von Betrieben z. B. „stark von negativen stereotypen Bildern bezüglich der ausländischen Bewerberinnen geprägt ist“.³⁴ Dort kann aber immerhin auch festgestellt werden, dass im Jahr 2000 die Ausbildungsbeteiligung der

³¹ Beck, Ulrich, 2000: „Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich, (H. G.), 2000, Frankfurt a. M., S. 27, Fußnote 17, S. 16.

³² Filsinger, Dieter, Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 21.

³³ Filsinger, Dieter Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 21.

³⁴ Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000. S. 181.

jungen Ausländerrinnen angestiegen sei. Im Berichtsjahr liegt ihre Quote bei 37 Prozent und damit nahe der der jungen deutschen Frauen, die 40 Prozent beträgt. Als allgemeine Vorbehalte der Betriebe gegenüber ausländischen Jugendlichen nennt der Familienbericht Bedenken in Bezug auf die Integration in die Belegschaft, hinsichtlich der sprachlichen Kommunikation, hinsichtlich der Akzeptanz durch die Kundschaft, hinsichtlich möglicher Ausbildungsabbrüche aus familiären Gründen oder bedingt durch die Rückkehr ins Herkunftsland.³⁵

Man muss also feststellen, dass in und hinter modernsten Organisationsstrukturen und Personalrekrutierungsverfahren informelle Strukturen liegen *können*, mit denen schlicht Ressourcen zum Vorteil der sie nutzenden Gruppen verteidigt werden. Nicht korrekt wäre es, auf den Hinweis zu verzichten, dass diese Strukturen dann aufgebrochen werden können, wenn im personalwirtschaftlichen Konzept z. B. der Wert der interkulturellen Kompetenzen erkannt und entsprechend gehandelt wird. Wobei z. B. dem Handwerk eine gewisse Vorreiterrolle zugesprochen werden kann. Laut dem sechsten Familienbericht waren zu diesem Zeitpunkt im Handwerk die ausländischen Jugendlichen mit einem Anteil von 9% an allen Auszubildenden sogar etwas überrepräsentiert.³⁶ Zunehmend werden auch von kleinen und mittleren Unternehmen Managementstrategien des „Diversity“ (Verschiedenheit) angewandt.³⁷ Diese Unternehmensstrategien setzen auf die besondere Produktivität von Belegschaften, deren Mitglieder sich aus ganz unterschiedlichen Menschen z. B. hinsichtlich ihrer national-ethnischen Herkunft, ihrer Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, des Lebensalters oder z. B. einer körperlichen Behinderung zusammensetzen. Hier kommen bei weitem nicht allein unterschiedliche Sprachkenntnisse zum Tragen. Man erhofft sich vielmehr eine besondere Kreativität im Arbeitsleben durch das Zusammenwirken der unterschiedlichsten individuellen Perspektiven. Dies setzt dann unverzichtbar die

³⁵ Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000. S. 181.

³⁶ Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000. S. 181.

³⁷ Hier sind auch Beschäftigungsträger unternehmensberaterisch aktiv, die Erwerbslose in Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes qualifizieren. Hierdurch werden also Zugangsmöglichkeiten in Arbeit für Erwerbslose ohne Ansehen ihrer Herkunft geschaffen und Benachteiligung auf Grund verschiedener bisher als Handicap angesehener Merkmale abgebaut. Z. B.: „Hamburger Diversity Netzwerk“ der einfal GmbH Hamburg, www.einfal.de.

Gleichberechtigung aller dieser Verschiedenheiten voraus, was dementsprechend auch im Allgemeinen toleranzfördernd wirkt.

Dennoch gelangt man hier zum Fazit, dass sich erstens migrantische Gruppen in der Situation „doppelter Modernisierungsverlierer/innen“³⁸ (H. Gümrükcü) befinden und dies deshalb zweitens so ist, weil sie Migrantinnen und Migranten sind. Dass also nicht nur ihre realen oder vermeintlichen Bildungsdefizite für ihre ungleichen Ausbildungschancen verantwortlich sind, sondern Diskriminierungspraxen, die sehr wohl in ethnischen Zuschreibungen zu suchen sind.³⁹ Solche Diskriminierungspraxen werden abgestritten. Eine Personalauswahl z. B. gehe nach rational begründeten und objektiv feststellbaren Kriterien vor sich, die objektiv Bildungsdefizite bei Migrantinnen und Migranten feststelle. Deshalb handele es sich hier nicht um Diskriminierung.

Die Behauptung eines solchen Zusammenhangs als Beleg für die Objektivität von Kompetenzbeurteilungen erscheint in zweifacher Hinsicht mehr als zweifelhaft. Erstens widerlegen das moderne Verfahren der Eignungsfeststellung, indem sie den biculturellen Hintergrund von Bewerberinnen und Bewerbern in den (Test-)Verfahren selbst berücksichtigen (Was insgesamt nicht nur in Bezug auf die Personalauswahl unter Jugendlichen gelten dürfte). So können Personen aus einem anderen Kulturkreis z. B. hinsichtlich der Beurteilung ihrer mathematischen Fähigkeiten in Tests dann benachteiligt sein, wenn in der „Herkunftskultur“, besser der einen ihrer Herkunftskulturen, aufwendigere Rechentechniken zur Aufgabenlösung vorgesehen sind. Diese „formal-technische“ Umstellung der jeweiligen Aufgabe erfordert zusätzliche Zeit und mehr Konzentration. Genau das kann solche Bewerberinnen und Bewerber gegenüber denen deutscher Herkunft hinsichtlich der Zeitvorgabe zur Aufgabenlösung ins Hintertreffen geraten lassen, weil herkömmliche Verfahren diesen biculturellen Hintergrund der Bewerberinnen und Bewerber nicht berücksichtigen. Entsprechend erfolgt eine negative Fehlinterpretation ihrer mathematischen Begabungen als solcher.⁴⁰ Gegenüber Migrantinnen und Migranten solche

³⁸ Gümrükcü, Harun, „Einleitende Bemerkungen“ in: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 12.

³⁹ Vgl. Filsinger, Dieter Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn, S. 21.

⁴⁰ Hieronymus, Andreas, Hutter, Jörg, Eralp Hülya, Wöbke, Carmen, Oktober 2006: Azubi-Auswahl mit Zukunft Interkulturelles Einstellungsverfahren für gewerblich-technische Berufe, Fassung für Bildungsträger, KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V. (Hg.), Hamburg, S. 7 ff.

Praxen zur Feststellung ihrer Bildungsdefizite deshalb für objektiv erklären zu wollen, weil sie z. B. in Bezug auf deutschstämmige Erwerbslose Personen ebenso angewandt würden, ist also so nicht aufrecht zu erhalten.

Zweitens haftet in gewisser Weise dem Zusammenhang etwas doppelt Verdrehtes an. Einerseits werden hier persönliche Defizite an Fähigkeiten auf ethnisch-kulturelle Zugehörigkeiten zurückgeführt. Andererseits werden zur Kaschierung des Vorgangs unausgesprochen und also indirekt sozial-strukturelle Wirkungen herangezogen, hinter denen sich der eigentlich ethnisch motivierte Diskriminierungsgrund verstecken kann. Denn das ins Feld geführte Argument der objektiv feststellbaren individuellen Defizite an Fähigkeiten kann nur deshalb als ein objektives verwendet werden, weil es je individuell für eine mehr oder weniger große Zahl von Personen eben *auch zutreffen kann*, die einer sozial gering angesehenen Bevölkerungsschicht oder -gruppe zugeordnet werden, zum Beispiel der Gruppe der ungelerten Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung und ohne Schulabschluss. Dann begründet vordergründig nicht der Migrationshintergrund sondern die Schicht- oder Gruppenzugehörigkeit die individuell feststellbaren defizitären Fähigkeiten und „entlastet“ von der Vorhaltung der ethnischen Diskriminierung. Gleichzeitig wird aber nicht bewusst, dass hier wiederum die Schicht- / Gruppenzugehörigkeit als Resultat eines individuellen „Versagens“ angesehen und als Diskriminierungsmerkmal herangezogen wird.

Diese Verdrehtheit in der beschriebenen Behauptung scheinbarer Objektivität von „Defiziten“ verdeutlicht sich daran, dass die Bildungsdefizite, die erwerbslosen Migranten vorgehalten werden, deutschstämmigen Erwerbslosen genauso als Mangel an Fähigkeiten in Rechnung gestellt werden. Und zwar umso mehr, je länger die individuelle Arbeitslosigkeit andauert: Muttersprachliche Unbeholfenheit, die es erschwert oder es nicht ermöglicht, sich in den modernen betrieblichen Organisationen und ihren Kommunikationsweisen zu bewegen. Mangelnde (geistige) Flexibilität, die diese Organisationsstrukturen unzureichend versteht, mangelndes Schulwissen, mangelnde soziale Basisfähigkeiten an Fleiß, Pünktlichkeit, Ordnungssinn usw. . Graduell, aber in erheblichem Maße, wird ihnen also genau das abgesprochen, was Friedhelm Hengsbach den eigentlichen Sinn und das notwendig zu erreichende Ergebnis von Bildung nennt, die souveräne Selbststeuerung, die notwendige Voraussetzung dafür ist, um in den modernen Unternehmensorganisationen handlungsfähig zu sein. Also wird in entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Rettung durch

verordnete Aktivierung versprochen.⁴¹ Doch bleibt für den Betroffenen als Ergebnis auch hier viel zu oft nur der Makel, einer von denen zu sein, die versucht haben, diesen Makel zu korrigieren, am berufsbildenden Zertifikat und seinem Inhabern haften. Sie werden in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu solchen, die einer „normabweichenden Minderheit“ (H. Solga) angehören.

Heike Solga kann mit Wolfgang Franz feststellen, dass „die sogenannten Verdrängungseffekte und der Rückgang an unqualifizierten Arbeitsplätzen nur ca. 20 bis maximal 30 Prozent der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit von unqualifizierten Arbeitskräften in Deutschland erklären“.⁴² Diese Verdrängungseffekte treten auf, wenn umfassender qualifizierte Arbeitskräfte mit un- und angelernten Kräften um Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen zu konkurrieren beginnen. Ein weit überwiegenderer Teil der Verdrängungseffekte - 70 bis 80 Prozent - ist nach Heike Solga auf Faktoren sozialer Zuschreibung zurückzuführen, welche die Betroffenen in der beschriebenen Weise stigmatisieren und sie in der sozialen Wahrnehmung als Zugehörige einer „normabweichenden Minderheit“ erscheinen lassen.

Zwar stehen laut H. Solga für diesen Zusammenhang keine vergleichbaren Daten zu Personen mit nicht-deutscher Herkunft zur Verfügung. Doch würde der Stigmatisierungseffekt, so Solga, für diesen Fall sogar noch unterschätzt, wenn ein höherer Anteil von Angehörigen „ethnischer Minderheiten in der Gruppe der gering Qualifizierten zu verzeichnen ist“.⁴³ Von ihr werden solche Prozesse in ihrer gesellschaftlichen Dimension als

⁴¹ Auf die Erläuterung des dargestellten Diskriminierungszusammenhangs bezogen auf deutschstämmige Erwerbslose, insbesondere der Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen muss hier verzichtet werden. Vgl. u. a. Behrend, Olaf, „Aktivieren als Form sozialer Kontrolle“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40-41/2008, 29. September 2008, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 5. Für den weiteren Zusammenhang liefert das Projekt „Monitor Arbeitsmarktpolitik“ sehr gute Analysen: www.monapoli.de. Dort insbesondere: Qualifizierung in der Arbeitsmarktpolitik und Förderung der beruflichen Weiterbildung auf der Eingangsseite der Web-Seite. Eine Erörterung der gegenwärtig geltenden gesetzlichen Regelungen der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) in Bezug auf das Grundgesetz gibt: Segbers, Franz, „Hartz IV und die Menschenrechte – Fünf Jahre „Fördern und Fordern““. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2009, Berlin.

⁴² Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften. Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht. Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 3. Solga mit Bezug auf: Franz, Wolfgang, 1999: The Role of Skills and Technology. Vortrag auf LSE and Centre for Economic Performance Conference on „Employability and Exclusion: What Governments Can Do“, Manuscript), ebd. „Literatur“: S. 29.

⁴³ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 14-15.

„einschließende Stigmatisierung“ interpretiert, dem jedenfalls der Teil der als unzureichend qualifiziert geltenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterliegen dürfte. Denn das Label oder Stigma der Unfähigkeit, so Solga, bedarf nicht unbedingt einer objektiven Verifikation:

„Die zunehmende soziale Auslese im unteren Bereich des Bildungssystems und der Bildungsmisserfolg dieser Personen in ihrem bisherigen Leben scheinen dieses Label zu legitimieren und die Stigmatisierungsgefahr von gering Qualifizierten zu erhöhen. Diese Gefahr ist – wie bereits erwähnt – umso höher, je mehr die Bildungsexpansion zu einer sozial negativ konnotierten Homogenisierung der Gruppe der gering Qualifizierten geführt hat und sich das soziale Ansehen gering qualifizierten Personen als Angehörige einer „normabweichenden Minderheit“ verringert hat. Und: „Dies gilt insbesondere für gering Qualifizierte, da Bildungszertifikate am unteren Ende der Berufsstruktur - wo es nicht um hoch spezialisiertes Fachwissen geht - weniger Ausdruck von tatsächlicher fachlicher Qualifikation sind, sondern vielmehr als Indikator einer Sozialauswahl eingesetzt werden“.⁴⁴

Wenn der auf Grund empirischer Indizien geschilderte Sachverhalt zutrifft, dann unterliegen objektiv feststellbare Bildungsdefizite von Migrantinnen und Migranten in verstärkter Weise einer sozialen Diskriminierung. Das Faktum, an der entlang sich diese Diskriminierungspraxis konstituiert, ist die ethnische Zugehörigkeit. Man kann aber rational nicht begründen, es sei ein Defizit in sich selbst, türkischer, italienischer oder eben deutscher Herkunft zu sein. Ebenso wenig kann man sagen, es sei ein Defizit in sich selbst, soziokulturell einer bestimmten Schichtung der Gesellschaft anzugehören. Tatsächlich wird das deshalb in einer Art Zirkelschluss vordergründig rationalisiert, in dem man auf Bildungsdefizite verweist, die z. B. bei den Migranten einen ethnisch-kulturellen Ursprung hätten oder z. B. bei Langzeitarbeitslosen ein sozial-kulturelles Defizit. Das Merkmal solcher objektivierbaren Bildungsdefizite wiederum „darf“ stigmatisierend wirken und gestattet folglich die individuelle Zuordnung in eine Gruppenzugehörigkeit als Fremde oder z. B. Unterschichtangehörige. Der Zirkel schließt sich da, wo vermittelt des (Bildungs-)Defizits die tatsächliche Anwendung des eigentlichen Diskriminierungsmerkmal Herkunft oder Schicht dadurch verdeckt werden kann, dass die scheinbare Objektivität des festgestellte Defizit dadurch begründet wird, dass das Defizit eine individuelle Ursache hat.

Das Defizit wird also in der Art wahrgenommen, als könnte es gleichzeitig seine eigene Ursache und Wirkung sein. Hier wird aber vom Vorurteil eine Art „autopoietischer“, ein aus

⁴⁴ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften , Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 10-11.

sich selbst heraus wirkender Vorgang, unterstellt.⁴⁵ Ethnizität wird als Situation unabhängige Größe (Anneke Wolf u. Zuzanna Niedenthal), quasi naturhaft vorgegebene Größe angesehen, „die aus sich selbst resultiert und von anderen Umständen unberührt bleibt. Die Aneignung ethnischer Identität ist natürlich und zwangsläufig. Ethnische Identität wird dem Einzelnen automatisch zu eigen. Ein wie auch immer geartetes Verhalten des einzelnen Menschen zu dieser Größe ist nicht möglich. Da er/sie die kulturellen Vorgaben nur wiedergibt, hat er/sie keinerlei Einfluss auf die Definition der Größe, und sie ist von ihm auch nicht ablegbar, (.) Dem einzelnen wird mit dieser Zuschreibung das Recht verweigert, sich auf eine andere, wie auch immer geartete Weise zu beschreiben. Ob als Frau oder Fußballspieler, Versicherungskaufmann oder Rentner. Ethnische Identität wird hier zur Zwangsidentität, die sämtliche Identitäten überlagert“.⁴⁶

Wie beschrieben, liegt das eigentliche Motiv dieser ethnisch-kulturellen und/oder sozial-kulturellen Exklusion in der Herstellung von „Wir´ und ´Sie´ - Gruppen, wodurch die schon immer Diskriminierten oder die später Hinzugekommenen in der Konkurrenz um Güter, Transferleistungen und Chancen geschwächt werden“.⁴⁷ Es wäre also z. B. in Bezug auf die von Heike Solga beschriebenen, von Exklusionsvorgängen betroffenen Personengruppen *insgesamt* zu fragen, inwieweit ihnen das Recht abhanden gekommen ist, sich selbst zu beschreiben und Identität zu behaupten. Vor dem Hintergrund eines situativen Begriffs von Ethnizität, der selbstbestimmte Identitätsfindungen besser erfasst, lautet die Frage von Anneke Wolf und Zuzanna Niedenthal deshalb nicht, was Ethnizität beinhaltet, „sondern unter welchen Motiven wird bezug auf diese Größe genommen und wer erhält dadurch welche Vorteile“.⁴⁸

⁴⁵ Stattdessen kann auf Anthony Giddens verwiesen werden, der die Wechselwirkungen zwischen Handeln und Struktur erklärt. Anthony Giddens, 1997: Die Konstitution der Gesellschaft – Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/NewYork.

⁴⁶ Wolf, Anneke, Niedenthal, Zuzanna 1998: „Das liegt an der Erziehung. Zur Tragweite des Konzepts ethnischer Identität“. In: Ethnos, Rasse, Volk. Zur gesellschaftlichen Konstruktion von (Welt-)Anschauungen, Seminarbericht, Universität Hamburg, Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie, <http://www.kultur.uni-hamburg.de/volkskunde/Texte/Vokus/1998-2/ethnos.html>, Zugriff 25.02.10.

⁴⁷ Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann, Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 236.

⁴⁸ Wolf, Anneke, Niedenthal, Zuzanna 1998: „Das liegt an der Erziehung. Zur Tragweite des Konzepts ethnischer Identität“. In: Ethnos, Rasse, Volk. Zur gesellschaftlichen Konstruktion von (Welt-)Anschauungen, Seminarbericht, Universität Hamburg, Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie, <http://www.kultur.uni-hamburg.de/volkskunde/Texte/Vokus/1998-2/ethnos.html>, Zugriff 25.02.10.

Des Weiteren bestätigt sich wohl die Einschätzung von Nuran Dönmez, dass das Hauptproblem gelingender Integrationsprozesse, die hier im eben genannten Sinn durchaus auch allgemeiner verstanden werden, weder die Anpassungsfähigkeit der Einwanderer/innen ist noch die kulturelle Differenz zwischen ihnen und den Inländern. Als Hauptproblem erweist sich ihre sozialstrukturelle Benachteiligung und Marginalisierung in der Gesellschaft.⁴⁹

In Bezug auf Migrantengruppen erzeugen diese Exklusionsvorgänge eine eigene Qualität. Dem deutschen Personenkreis werden Bildungsdefizite aufgrund individuell mangelnder sozialer Anpassung vorgehalten. Weshalb es gerechtfertigt erscheint, sie „kollektiv“ an den sozialen Rand der deutschen Gesellschaft zu verdrängen, wo sie aber immer noch als Angehörige der deutschen Gesellschaft gelten. Der Vorbehalt mangelnder Bildungsfähigkeit und Bildungsbereitschaft gegenüber den Migrantinnen und Migranten kaschiert und rechtfertigt ihre Wahrnehmung als „Fremde“. Aufgrund dessen können sie der Zuwanderergesellschaft und ihrer Kultur grundsätzlich nicht angehören. Sie gelten in der Zuwanderergesellschaft nur als Anwesende, nicht als Zugehörige. Dementsprechend ist mit H. Gümrükcü folgendes Fazit zu ziehen: „Diese Situation erschwert für die Migrantinnen und Migranten jeden Integrationsansatz sozialer und arbeitsmarktpolitischer Art. Die Bürger ausländischer Herkunft werden von dieser Entwicklung als „doppelte Modernisierungsverlierer/innen“ getroffen. Ihre soziale und kulturelle Deklassierung als „Fremde“ hat auch gesellschaftliche Folgen, deren politische Dimension noch gar nicht wirklich erkannt wird“.⁵⁰

Vor diesem Hintergrund scheint deshalb Nuran Dönmez Verständnis von Integrationsvorgängen` als interaktionistische Prozesse plausibel, da diese Auffassung von Integration beide Seiten einbezieht, Arbeitsmigranten/innen und Einheimische, und über die Toleranz der Koexistenz einen aktiven Austausch zwischen Partnern ermöglicht.⁵¹ Die Interaktion als Medium der Integration ermöglicht die ökonomischen, sozialen und

⁴⁹ Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 235.

⁵⁰ Gümrükcü, Harun, „Einleitende Bemerkungen“ in: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 12.

⁵¹ Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 235.

kulturellen Suchbewegungen, die notwendig sind, um zu einem neuen Verständnis einer Gesellschaft von sich selbst zu gelangen. Wie noch zu zeigen sein wird, entwickeln sich im Feld des freiwilligen Engagements und der ehrenamtlichen Tätigkeiten solche Formen der Interaktion.

Deshalb werden vor diesem Hintergrund im folgenden nun die Ergebnisse einer aktuellen, differenzierten Analyse der „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“⁵² von Halit Öztürk herangezogen, dargestellt, um eigene Interpretationen ergänzt und somit vor den oben erläuterten Hintergrund gestellt. Die genannte Studie gründet auf Daten und dazu vorgenommene statistische Berechnungen des „Berichtssystem Weiterbildung“ und des „Sozio-oekonomischen Panels“ SOEP. Die hier einbezogenen Ergebnisse gründen auf Daten des letzteren.

⁵² Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten,
Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), S. 26.

3.1 Schulische Bildung

Halit Öztürks Analyse in der eben genannten Studie erlaubt im Vergleich zu einer Gruppe „Deutsche ohne Migrationshintergrund“ die Betrachtung von fünf migrantischen Gruppen:

Tabelle 1: Personengruppen mit Migrationshintergrund		
Migrantengruppen	Gültige Prozente	Häufigkeit
Ausländer 1. Generation: Durchschnittsalter 43,3 Jahre, besitzen weder die deutsche Staatsangehörigkeit, noch sind sie in Deutschland geboren.	6,2	433
Eingebürgerte 1. Generation: Durchschnittsalter: 42,3 Jahre, haben die deutsche Staatsbürgerschaft später erworben und sind nicht in Deutschland geboren.	1,2	86
Aussiedler: Durchschnittsalter: 41,5 Jahre, sind mit dem Status „Aussiedler“ nach Deutschland eingewandert und besitzen zumeist die deutsche Staatsbürgerschaft.	3,7	259
Ausländer 2. Generation: Durchschnittsalter 30,7 Jahre, sind zwar keine deutschen Staatsbürger, wurden aber in Deutschland geboren oder wanderten vor Vollendung des 6. Lebensjahres nach Deutschland ein.	2,7	185
Eingebürgerte 2. Generation: Durchschnittsalter 38,8 Jahre, haben die deutsche Staatsbürgerschaft später erworben, sind aber in Deutschland geboren oder sind vor Vollendung des 6. Lebensjahres nach Deutschland eingewandert.	1,0	73*
Deutsche ohne Migrationshintergrund: Durchschnittsalter 41 Jahre.	85,1	5926
Gesamt	100	6962
* „Trotz der geringen Größe der Gruppen Eingebürgerte 1. und 2. Generation wurden sie in der Untersuchung berücksichtigt, um weitergehende Differenzierung des Migrationshintergrunds zu gewährleisten“ [Zit. Halit Öztürk].		
Quelle: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), S. 26.		

Das Lebensalter der Gesamtgruppe liegt zwischen 30,7 u. 43,3 Jahren. Basis der Datenanalyse ist die aktuellste Erhebungsquelle des SOEP aus dem Jahr 2004. Die Stichprobe (n = 6962) beschränkt sich dabei auf Personen, die in den Jahren 2002, 2003 und 2004 an den Erhebungen zum SOEP teilgenommen hatten. Die Analyse erlaubt einen Vergleich schulischer Abschlüsse und beruflicher Stellung der Gruppen, beinhaltet also einen

Generationenvergleich. Des Weiteren wird ein Vergleich nach Herkunftsländern möglich. Zur Absicherung der gewonnenen Daten der Stichprobe wurden von H. Öztürk entsprechende statistische Verfahren herangezogen. Der Schwerpunkt der Betrachtung hier bezieht sich auf die schulische Ausbildung und die berufliche Stellung der genannten Gruppen.

Demnach ergibt sich für diese Gruppen bezüglich des Schulabschlusses der Migranten folgendes Bild:

Tabelle 2: Schulabschluss nach Migrationshintergrund					
	Ohne Abschluss	Anderer Abschluss	Haupt- schulabschluss	Real- schulabschluss	Fachabitur / Abitur
Ausländer der 1. Generation	16,2	55,9	19,9	4,6	3,5
Ausländer der 2. Generation	3,8	6,5	51,4	19,5	18,9
Eingebürgerte der 1. Generation	4,7	44,2	29,1	11,6	10,5
Eingebürgerte der 2. Generation	1,4	6,8	38,4	30,1	23,3
Aussiedler	3,5	61,0	15,1	12,0	8,5
Deutsche ohne Migratons- hintergrund	0,7	0,5	32,3	43,3	23,3
„Angaben in Prozent der jeweiligen Gruppen; n = 6960; Chi-Quadrat: 4047,58***. Quelle: Eigene Berechnungen“ [Halit Öztürk].					
Quelle: Mit allen Angaben zit. nach: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Tabelle 6: Schulabschluss nach Migrationshintergrund, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, 26. Januar 2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) S. 28.					

Zunächst ist hinsichtlich der Gruppe der Aussiedler ein extrem hoher Anteil an „anderen Bildungsabschlüssen“ festzustellen. Nach Andreas Treichler sind die „Bildungserfolge“ und „Bildungserträge“ der Nachkommen der Aussiedler/innen aus Mitteleuropa „deutlich höher“⁵³ als die anderer Migrantengruppen. Von daher können unter den wahrscheinlich noch im Herkunftsland erworbenen „anderen Abschlüssen“ der Aussiedler höhere Bildungsabschlüsse vermutet werden, welche in Deutschland bisher keine oder ausreichend

⁵³ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 85.

adäquate Anerkennung fanden. Die Zuwanderung der Aussiedler/Spätaussiedler fand in den 1980er und 1990er Jahren statt. Sie gelten hinsichtlich ihrer schulischen und beruflichen Vorbildung als höher qualifiziert als die Zuwanderungsgruppen der 1950-er und 1960-er Jahre aus den klassischen Anwerberländern der „Gastarbeiter“. Sie hatten in ihren Herkunftsländern gegenüber den Aussiedlern andere Bedingungen, um eine weiterführende Bildung zu erlangen. Die formalen Qualifikationen der Aussiedler (u. a. Migrantengruppen aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten) wurden bisher allerdings im Berufsbildungssystem Deutschlands und durch Arbeitgeber nur begrenzt anerkannt.⁵⁴ Wichtig in diesem Zusammenhang ist die aktuell vom Bundesministerium für Bildung und Forschung auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung abgegebene Erklärung, gesetzlich zur verbesserten Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse in Deutschland zu gelangen. Das Ministerium gab bekannt: „Die vielfältigen Qualifikationen nach Deutschland Zugewanderter können künftig in einem einfachen Verfahren bewertet und entsprechend anerkannt werden. Das Bundeskabinett beschloss dazu (...) vom Bundesbildungsministerium vorgelegte Eckpunkte. Das Verfahren wird flexibel von der Teilanerkennung bis zur vollen Anerkennung reichen“.⁵⁵

Des Weiteren bestätigen die von H. Öztürk ausgewiesenen statistischen Ergebnisse hinsichtlich der Gruppe der „Eingebürgerten der zweiten Generation“ und mit Einschränkung der der „Ausländer der zweiten Generation“ einen von Andreas Treichler angesprochenen Aspekt. Er sieht einen „partielle(n) Prozess der Aufwärtsmobilität von Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem“ und stellt einen tendenziell ansteigenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund fest, die über eine Hochschulzugangsberechtigung oder einen akademischen Abschluss verfügen:

„Während Bildungsausländer/innen aus anderen Staaten überwiegend aus einem höheren Bildungs- und Sozialmilieu stammen, verhält es sich bei den Bildungsinländer/innen genau umgekehrt. Dem entsprechend kommen Bildungsinländer/innen häufiger mit der Fachhochschulreife zur Hochschule als ihre

⁵⁴ Vgl. Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 77.

⁵⁵ Aus: Pressemitteilung 294/2009 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 09.12.2009: Ausländische Abschlüsse werden einfacher anerkannt. Link: <http://www.bmbf.de/press/2747.php> , Zugriff: 09.12.09. Siehe dazu dort als down-load: „Die Eckpunkte zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen“: http://www.bmbf.de/pub/eckpunkte_erkennung_berufsabschluesse.pdf , Zugriff: 11.12.09.

deutschen Kommilitonen. Sie sind auch deutlich häufiger an einer Fachhochschule immatrikuliert (31% der Bildungsinländer/innen, 26% der Deutschen). Unter den Studierenden aus den Anwerberstaaten sind es sogar 35%. Hier scheint sich zu bestätigen, dass das Studium an Fachhochschulen auch unter „Migrationsaspekten“ für die soziale Öffnung des Tertiärbereichs besonders wichtig ist“. ⁵⁶

Indirekt angesprochen wird hier die Rolle der Realschulen. Wie bereits in den 1960-er und 1970-er Jahren scheint die Realschule nach wie vor ein Sprungbrett zur weiterführenden Bildung für benachteiligte und hinsichtlich des Bildungsverhaltens vielleicht auch verunsicherte Gruppen zu sein. ⁵⁷ Denn es ist zu vermuten, dass der vergleichsweise hohe Anteil „Abitur“, insbesondere „Fachabitur“, mit dem die Fachhochschulreife erlangt wird, in den Gruppen der Ausländer und Eingebürgerten der 2. Generationen auf einen zuvor erlangten Realschulabschluss beruht. Er ist im Vergleich zu den anderen Migrantengruppen ausgeprägt vorhanden. Gegenüber der deutschstämmigen Vergleichsgruppe mit 43,3 Punkten beim Realschulabschluss liegt der Wert bei der Gruppe der zweiten Generation der Eingebürgerten bei 30,1 Punkten, bei den Ausländern der zweiten Generation immerhin bei 19,5 Punkten. Das ist der zweithöchste Wert gegenüber den anderen Migrantengruppen. Mit anderen stellen Kurt Salentin und Frank Wilkening in diesem Zusammenhang fest, dass Eingebürgerte hinsichtlich ihres Bildungsstatus, ihrer Beschäftigung und ihres Einkommens als erfolgreicher gelten als Vergleichsgruppen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. ⁵⁸ Das lassen hier auch die Vergleichszahlen der „Eingebürgerten der 2. Generation“ / „Ausländer der 2. Generation“ hinsichtlich des Abschlusses Fachabitur-Abitur erkennen. Da beide Werte deutlich über denen der anderen Vergleichsgruppen liegen, kann man von einer „Identifikation“ (mindestens eines Teils) der zweiten „Ausländergeneration“ insgesamt mit dem Bildungsangebot sprechen, weil der Anschluss der Gruppen an die tertiäre Bildung erreicht ist, bzw. im Fall der Ausländer der 2. Generation jedenfalls erkennbar angestrebt wird.

⁵⁶ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnischesozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 86.

⁵⁷ Hachtmann, Götz, u. a., 1981: Zum Selbstverständnis eines Dorfes - Am Beispiel von Jugend, Arbeit und Kommune. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Oldenburg, Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften.

⁵⁸ Zitiert nach: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), S. 28.

Das wird hier als ein Hinweis darauf interpretiert, dass die im deutschen Schulsystem möglichen fachlichen Differenzierungen und Wahlmöglichkeiten weiterhin eine förderliche Wirkung darauf zeigen, einen höheren Bildungsabschluss zu erlangen (Hinsichtlich seiner Durchlässigkeit für Schülerinnen und Schüler aller sozialen Schichtungen und jeglicher Herkunft steht es z. Z. ja auf dem Prüfstand). Es lässt nicht nur theoretisch den Weg vom Hauptschulabschluss bis zum Hochschulabschluss zu und bietet nach wie vor differenzierte Möglichkeiten zur Förderung von Begabungsschwerpunkten. Denn persönliche Entwicklungen von Kindern verlaufen nun einmal nach dem individuellen Tempo des einzelnen Kindes. Begabungen müssen ebenso früh wie spät entdeckt werden können und ebenso früh wie spät gefördert werden können (Damit wird hier kein Bezug genommen auf die z. Z. diskutierte Verlängerung der gemeinsamen „Grundschulzeiten“ von Kindern).

Ebenso sehen sich die eben angestellten Überlegungen durch ein Expertise-Ergebnis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Demnach möchten Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und einem mittleren Schulabschluss insgesamt deutlich öfter eine Fachoberschule oder ein Fachgymnasium besuchen als Schülerinnen und Schüler mit dem Hauptschulabschluss. Das gilt insbesondere für die Schülerinnen. Ist bereits eine Fachhochschul- oder Hochschulreife vorhanden, streben von den migrantischen Jugendlichen sogar deutlich mehr ein Studium an als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Das Verhältnis liegt bei 71 Prozent bei Migrationshintergrund zu 65 Prozent bei deutschen Schülerinnen und Schülern.⁵⁹ Gleichzeitig haben die Gruppen der „Eingebürgerten der 2. Generation“ / „Ausländer der 2. Generation“ die höchsten Anteile an Hauptschulabsolventen. Einerseits könnte sich hier vielleicht eine Polarisierung oder Spaltung in den späteren dritten Generationen zeigen. Dagegen spricht andererseits der zuvor genannte Trend.

Nuran Dönmez⁶⁰ erläutert unter Bezug auf Forschungsarbeiten von Ursula Boos-Nünning und Wolfgang Niecke⁶¹, dass die gegenüber deutschstämmigen Jugendlichen spezifisch

⁵⁹ Beicht, Ursula u. Granato, Mona, September 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung, Geringere Chancen und schwierigere Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Expertise des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn. Dort Kapitel 3 Bildungspläne und Suchstrategien am Ende der allgemeinbildenden Schule, S. 11 u. 12.

⁶⁰ Vgl. im Folgenden: Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 225.

⁶¹ Boos-Nünning u. Ursula, Niecke: „Orientierungs- und Handlungsmuster türkischer Jugendlicher zur Bewältigung der Lebenssituationen in der Bundesrepublik Deutschland“. In: Psychosozial 1982, S. 63-90. Hier zitiert nach: Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.),

anderen Sozialisationsverläufe ausländischer Jugendlicher nicht zu Identitätsstörungen aufgrund kultureller Brüche führen müssen, die sich in Lernstörungen oder z. B. Schulverweigerung äußern, wie vielleicht zu oft vermutet wird. Zwar seien die Sozialisationsbedingungen vieler ausländischer Kinder nicht geeignet, um zwischen widersprüchlichen Anforderungen wie den Normen des Herkunftslandes und denen des Aufnahmelandes eine Balance herstellen zu können, was zu psychischen Krisen und/oder Kriminalität führen könne. Andererseits zeigt gerade das oben dargestellte Bildungsverhalten ausländischer Jugendlicher, dass sie diesen beschriebenen Diskrepanzen gegenüber wirksame Strategien zu entwickeln in der Lage sind. Ursache solcher psychischen Krisen und devianten Verhaltens, so Dönmez, seien vielmehr die Chancenlosigkeit der ausländischen Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und der Anpassungsdruck der deutschen Gesellschaft. Dönmez: „Eine der wichtigsten Orientierungsschwierigkeiten ausländischer Jugendlicher ist z. B. die Nichterfüllung ihrer Ausbildungs- und Berufswünsche. (...) Ihre Lebensentwürfe werden durch die rechtliche Unsicherheit und die benachteiligte soziale Situation, aber auch durch Traditionalismen erschwert oder behindert“.⁶² Sie sind da nicht anders als die Jugendlichen deutscher Herkunft. Und diese Hoffnung auf ein Stück Selbstverwirklichung ist auch nicht begrenzt auf die Jugendlichen bildungsnaher Schichten. Warum denn auch? „So fand der Industriesoziologe Martin Baethge (1988) in seiner Untersuchung zur Arbeitsidentität heraus, dass sogar bei jungen Menschen in niedrig qualifizierten Beschäftigungen die soziale Akzeptanz am Arbeitsplatz, interessante Arbeitsinhalte und die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen, für Arbeitszufriedenheit und –identität wichtiger waren als die Höhe ihres Einkommens. Die von ihm [Martin Baethge] so genannten subjektiv-sinnhaften Arbeitsorientierungen überwiegen danach die materiell-reproduktionsbezogenen deutlich“.⁶³

Dönmez analysiert den Sachverhalt mit Rainer Bauböck, der mit Bezug auf das vergleichbare Land Österreich feststellt, „dass die soziale Mobilität der zugewanderten

Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 243.

⁶² Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümürkü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 225.

⁶³ Morgenroth, Christine, „Arbeitsidentität und Arbeitslosigkeit – ein depressiver Zirkel“. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, 3. Februar 2003, B 06-07/2003, S. 3, http://www1.bpb.de/publikationen/20HJCA,0,0,Arbeitsidentit%E4t_und_Arbeitslosigkeit_%96_ein_depressiver_Zirkel.html, Zugriff: 23.02.10. Dort der Literaturhinweis auf Martin Baethge: Jugend, Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen, Opladen 1988.

Gruppen in Österreich erschreckend niedrig ist. Bauböck sehe das Problem aber nicht in den schlechten Lebensbedingungen der Einwanderer, sondern im blockierten Aufstieg, wie das hier weiter oben bereits dargestellt wurde.⁶⁴ Es scheint deshalb nicht angebracht, die Situation migrantischer Jugendlicher vorschnell nur aus der Perspektive der „Besonderheit“ dieser Situation als binationale und bikulturelle zur betrachten und in der Folge die Schwierigkeiten ihrer Identitätsfindung nur dort verortet zu sehen. Nuran Dönmez Befund hinsichtlich der Berufswünsche migrantischer Jugendlicher, auch ihrer blockierten, führt auch zu den strukturell beeinflussten Ähnlichkeiten mit denen der Jugendlichen deutscher Herkunft. Ein Beleg findet sich bei H. Keupp, W. Kraus und F. Straus. Die Autoren analysieren den Identitätsbildungsprozess Jugendlicher im Zusammenhang ihrer beruflichen Entwicklung vor dem Hintergrund des Wandels der Arbeitswelt anhand empirischer Befunde. Wie in dieser Schrift mit Solga und Hengsbach gezeigt, verlangen die modernen Arbeitstätigkeiten und Organisationsstrukturen ein erhöhtes Maß der Selbststeuerung der arbeitenden Menschen. Eine solche an bewusste Selbstverantwortlichkeit geknüpfte Selbststeuerung kann eigentlich nur durch eine erhöhte subjektive Identifikation mit der Arbeit erzielt werden. „Immer mehr wollen ihre Identität nicht an der Garderobe abgeben, sondern sich mit ihrer Arbeit identifizieren“⁶⁵ (Martin. Baethge). Sie können das aufgrund der modernen Erfordernisse der Arbeitswelt auch nicht mehr, kann hier ergänzt werden. Und des Weiteren, diese Freiheit der Identifikationen ist, Ulrich Beck zu Folge, an die unausweichlich gewordene Notwendigkeit gebunden, Identität finden zu *müssen*.

Andererseits wird die Erlangung einer beruflichen Ausbildung objektiv schwieriger, der zeitliche Verlauf von Erwerbsarbeit wird brüchig und ihre inhaltlichen Anforderungen variieren innerhalb einer Berufsbiographie vermehrt. Für die migrantischen wie die Jugendlichen deutscher Herkunft gestaltet sich heute die Findung eines Berufsziels schwieriger. Hinsichtlich ihrer Identifikationswünsche können sie heute keine wie selbstverständlich vorgefundenen Muster mehr auffinden, anhand derer sie ihre individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse abgleichen und Identität finden können. Diese strukturellen

⁶⁴ Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümriükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 225-226. Dort unter Bezug auf: Bauböck, Rainer: Gleichheit, Vielfalt und Zusammenhalt – Grundsätze für die Integration von Einwanderern (Einleitung) in: Wolf, Patrik, Bauböck, Rainer: Wege zur Integration, Klagenfurt 2001.

⁶⁵ Zit. nach: Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 241.

Gegebenheiten und ihre Einflüsse auf die Individuen müssen deshalb auch bei benachteiligten Jugendlichen konstatiert werden, denen die Identitätssuche zu misslingen droht. D. h. bei einer Gruppe, so Keupp, Kraus und Straus, „deren bisherige Schul- und Arbeitsbiographie erwarten ließe, dass ihre Ansprüche an Arbeit eher auf materiell reproduktionsorientierte Orientierungen beschränkt ist“.⁶⁶ Warum sollte das eigentlich so sein, lässt sich unter Berufung auf die diesen Sachverhalt ebenfalls kritisch hinterfragenden drei Autoren fragen.

Hier wird keiner Idealisierung des individuellen Verhaltens solcher Jugendlichen das Wort geredet. Dass zu viele dieser Jugendlichen bei ihrer Identitätssuche individuell scheitern, was bis zum devianten Verhalten und dem Herausfallen aus allen sozialen Zusammenhängen gehen kann, kann gar nicht abgestritten werden. Aber mit welchem Grund wollte man eigentlich von *ihnen* unter der Einwirkung der genannten Einflüsse sozusagen ungleichzeitige oder traditionelle Einstellungen erwarten, ihnen dann vorschnell die Gültigkeit *ihrer* Wünsche und Hoffnungen absprechen, um sie dann auf solche Arbeit zu verweisen, deren Ertrag womöglich nicht einmal mehr die materielle Reproduktion in Gänze sichert? Und welche Gründe gäbe es, die das für migrantische Jugendliche in besonderem Maße geltend machen könnten? Eher muss auf die Fähigkeiten geschaut werden, die ihnen aus ihrer tatsächlich besonderen Situation der Ambivalenz binationaler und bikultureller Art erwachsen können und sei es, um tatsächlich vorhandene sprachliche Defizite mit Blick auf die berufliche Entwicklung zu relativieren. Die genannten drei Autoren verweisen auf folgendes: „Eine lebenslange Planung ist für Jugendliche heute wenig sinnvoll, weil völlig unrealistisch – und sie wissen das. Sie sind deshalb bereit, mit einer situativen Orientierung, mit erhöhten Planungsunsicherheiten zu leben und z. B. in mehrere Ausbildungsberufe zu investieren. Die Verkürzung von Zukunftsperspektiven resultierte in einer situativen Orientierung von Identitätsbildung, die besonders bei Jugendlichen mit schlechter Ressourcenlage ausgeprägt ist. Sie sehen sich in sehr geringem Maße als Gestalter ihres Lebens und verweigern sich langfristigen Festlegungen“.⁶⁷

Das darf die teilweise selbstaufreibende Mühe, die Sozialarbeiter und Pädagogen mit einer generellen Verweigerungshaltung haben, nicht in Frage stellen und deren Erfahrungen

⁶⁶ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 241.

⁶⁷ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 242 – 243.

vordergründig abtun. Die gelten. Im Gegenteil, es kann an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass die beschriebenen strukturellen Einflüsse heute erkannt sind und Eingang finden in die pädagogischen Konzepte. Das ist die anerkennenswerte Leistung, dass in solchen individuellen Verweigerungshaltungen das Potential erkannt werden kann. Es wäre mehr als bedauerlich, wenn Jugendliche individuell weiterhin in ähnliche Bildungsfallen laufen müssten, wie sie Anthony Giddens beschrieben hat. Giddens beschreibt, wie reflektierte, ursächlich aber nicht erkannte Formen aufoktrozierter erlebter Erziehung und Herrschaft bei Jugendlichen Verweigerung hervorrufen, die sich in der Ablehnung von Schulbildung äußern. Genau diese Verweigerung von Bildung ermöglicht diesen Jugendlichen dann eine Selbstbehauptung durch Verweigerung, die es ihnen gleichzeitig aber nicht erlaubt, ihrer sozial benachteiligten Situation in der (englischen) Arbeiterschaft zu entkommen.⁶⁸ Die andere Falle wäre im Sinne des Dargestellten die, ihnen das Recht auf Streben nach Selbstverwirklichung abzusprechen. Wie gezeigt, brauchen sie diese wie jeder andere in der Gesellschaft auch.

⁶⁸ Vgl. Anthony Giddens, 1997, dritte Auflage: Die Konstitution der Gesellschaft – Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/NewYork, Kapitel 6, S. 335 f.

3.2 Tradition und Moderne? Bildung und familiäre Situationen in Migrantenmilieus

Mit Blick auf die von Nuran Dönmez als Hindernis des Bildungsweges thematisierten „Traditionalismen“ im Bezug auf die Wahl von Bildungswegen, soll im Folgenden als Vergleich auf ein solches traditionelles Verhalten in der deutschen Bevölkerung aus der jüngsten Vergangenheit eingegangen werden. Denn wie die deutschen Familien auch, stehen die Familien ausländischer Herkunft einerseits vor den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels unter erhöhten Anstrengungen und angesichts zunehmender Konkurrenz, ihren Kindern Bildungs- und Berufswege zu erschließen. So ist der Wunsch nach einer guten Bildung und Ausbildung für die Kinder sogar häufig einer der Gründe dafür, die zur Migration geführt haben,⁶⁹ wie der sechste Familienbericht feststellt, was die hier vertretene Aussage einer insgesamt hohen Bildungsmotivation migrantischer Gruppen unterstreicht.

Andererseits treten sie als Familienverband in den gesellschaftlichen Wandel einer neuen (Zuwanderer-) Gesellschaft ein. Das bedeutet, vier Aspekte zu betrachten. Erstens bedeutet das für Migrantenfamilien eine neue sozioökonomische und soziokulturelle Verortung in der Zuwanderergesellschaft. Diese kann zudem sowohl durch Unsicherheiten aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Situation geprägt sein wie auch aufgrund von Überlegungen hinsichtlich späterer Rückkehrwünsche. Zweitens bedeutet es Neubestimmungen der bisherigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Orientierungen. Sie können mit Erfahrungen der Deklassierung einhergehen, z. B. in Bezug auf eine adäquate Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Bildungsabschlüssen und Qualifikationen.⁷⁰ Drittens steht diese Erfahrung unter dem Vorzeichen einer besonderen Dynamik. Denn diese jeweiligen Eintrittssituationen in die Zuwanderungsgesellschaft unterliegen strukturell wiederum ihrem gesellschaftlichen Wandel, den zu antizipieren schon der einheimischen Bevölkerung ein hohes Maß an zukunftsgerichteter Orientierung abverlangt. Besonders mit Blick auf das Bildungssystem des Zuwandererlandes müssen von Migrantenfamilien Chancen und Möglichkeiten besonders der Kindergeneration ausgelotet und sich anbahnende zukünftige

⁶⁹ Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000., S. 170.

⁷⁰ Vgl. Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000., 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S. 170.

Entwicklung der Beschäftigungssituation antizipiert werden. In deutschen und migrantischen Familien müssen sich die Eltern und Kinder hinsichtlich Neigung und Begabung mit der Frage auseinandersetzen, welcher Beruf für die Kinder „Zukunft hat“:

„In zeitgenössischen Gesellschaften kommt außerdem die Erwartung hinzu, dass die in der Kindheit erhaltene Ausbildung bestenfalls partiell auf spätere Eintritte in verschiedenartige Gruppen außerhalb der Familie vorbereitet. Alles zusammengenommen, vermittelt das Leben in einer sich wandelnden Kernfamilie und der Eintritt in neue Gruppen mit all seinen Konsequenzen dem Individuum den Eindruck, in einer Welt zu existieren, die sich ständig wandelt. Je intensiver der Generationenwandel in der Familie und der gesellschaftliche Wandel durch Beteiligung an neuen Gruppenerfahrungen werden, desto brüchiger wird das soziale System und desto größer dürfte die Unsicherheit des Einzelnen werden. Der Fortschrittsgedanke, der eine Rechtfertigung für die ungefestigte Situation bietet, macht das erträglich.“⁷¹

Viertens erfolgt die Neubestimmung der erwähnten bisherigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Orientierungen in der spezifischen sozialstrukturellen Situation der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht der Zuwanderungsgesellschaft. Dazu Nuran Dönmez mit A. Kalpaka und N. Rätthzel: „Die Kinder ausländischer Arbeiter werden in der Einwanderergesellschaft, in der Welt der Arbeiter sozialisiert, und zwar für ein Leben als Ausländer bzw. als Menschen nichtdeutscher Herkunft. In diese Sozialisation fließen neben den Normen und Werten des Heimatlandes auch erfahrene Diskriminierung, kollektive Träume, das Bewusstsein ein, Angehöriger einer nationalen und sprachlichen Minderheit zu sein.“⁷²

Im vorangegangenen Abschnitt wurden strukturell wirksame Diskriminierungen Jugendlicher hinsichtlich ihrer Bildungsbereitschaft und erzielter Bildungserfolge aufgezeigt, die schichtspezifisch auf deutschstämmige sowie verstärkt auf migrantische Jugendliche wirken. So muss der sechste Familienbericht einerseits feststellen, dass rein statistisch gesehen Chancengleichheit dann gegeben wäre, wenn die sozialen Schichten entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung an den verschiedenen Bildungsbereichen teilhaben. Dies gilt aber schon für die deutsche Bevölkerung nicht: „1995 lernten von allen 17 – 18-

⁷¹ Mead, Margaret (2006) *Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild*, S. 90, Eschborn bei Frankfurt a. M.

⁷² Kalpake, Annita u. Rätthzel, Nora (Hg.), 1986: *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*, Berlin. Zitiert nach: Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: *Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz*, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 225. Anm.: Die von Dönmez vorgenommenen und gekennzeichneten Auslassungen und Einfügungen im Zitat wurden vom Verfasser nicht übernommen.

jährigen Arbeiterkindern 19,2 % in den gymnasialen Oberstufen (.), von den Beamtenkindern taten dies im gleichen Jahr 60,8%“.⁷³ Weil das deutsche Schulsystem in seiner Gliedrigkeit der Begabungseinschätzung nach quasi von vornherein in hohem Maß selektiv wirkt, muss die Bildungsbeteiligung der ausländischen Familien vor diesem Hintergrund verstanden werden. D. h., hier ist nicht ein inadäquates Bildungsverhalten seitens der Migranten am Werk. Es könne also zunächst auch aus diesen Gründen nicht erwartet werden, „dass die Kinder [der Migranten] bereits in der zweiten Generation eine der gesamtdeutschen Bevölkerung vergleichbare Bildungsstruktur aufweisen“, so der sechste Familienbericht.

Vor diesem Hintergrund findet der von Nuran Dönmez verwendete Begriff der „Interaktionistischen Integration“ einen Beleg struktureller Art. Selbstverständlich ist es ein wichtiger Schritt, eine wie oben genannte „statistische Integration“ migrantischer Gruppen in das Bildungssystem zu erreichen. Dies führt aber zuerst nur zu einer Perspektive der Wahrnehmung von Defizit: Es obliegt den Migrantinnen und Migranten, eine Entwicklung nachzuholen, welche die deutsche Bevölkerung schon „abgeschlossen“ und „geschafft“ hat, selbst wenn diese Entwicklung als noch unzureichend angesehen werden muss. Außen vor bleibt dieser Perspektive, dass schulreformerische Maßnahmen erst dann wirklich innovativ wirken können, wenn sie die besonderen Situationen migrantischer Gruppen mit in den Blick nehmen. Das deutsche Schulsystem hat längst nicht „gleichzeitig“ interagierend auf die Zuwanderung nach Deutschland reagiert. Entsprechend unzureichend ist deshalb die Interpretation des migrantischen Bildungsverhaltens als nur „nachholende Entwicklung“. Deshalb muss es heute eine zentrale Frage aller bildungspolitischen Überlegungen sein, „wie das Bildungssystem innovationsfähig gestaltet und zugleich mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen hergestellt werden kann“.⁷⁴

Migrantische Familien geraten darüber aber in Zwiespalt. Einerseits können Eltern wie Kinder nicht mehr ausschließlich an Orientierungen der Bildung und des Herkunftslandes festhalten. Andererseits *kann* das im Familienverhältnis von Eltern und Kindern von den Eltern als Identitätsverlust und gegenüber den Kindern als Autoritätsverlust erlebt werden,

⁷³ Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S. 175.

⁷⁴ Beicht, Ursula u. Granato, Mona, September 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierigere Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Expertise des Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn. Dort Kapitel 3 Bildungspläne und Suchstrategien am Ende der allgemeinbildenden Schule, S. 6 (Einführung).

wenn diese die Bildungsnormen und Bildungsvorstellungen der Zuwanderergesellschaft rasch übernehmen, denen gegenüber die Eltern aufgrund ihrer Vorerfahrung auch Zweifel haben. „In den modernen Gesellschaften wird ein großer Teil der erzieherischen Beeinflussung der Kinder von den Bildungsinstitutionen übernommen, die sozialintegrativ wirken, neben Kenntnissen auch die herrschenden gesellschaftlichen Werte und Normen vermitteln“.⁷⁵ Erschwerend kommt hinzu, dass dabei der eben angesprochene gesellschaftliche Wandel der Zuwanderergesellschaft von zwei Generationen in dem Sinne „gleichzeitig“ wahrgenommen werden muss, dass darüber zeitnah adäquate Orientierungen gebildet werden müssen. „Kinder der zweiten Migrantengeneration müssen, wenn sie aus traditionell orientierten Familien stammen, familistische Einflüsse und Erwartungen mit den säkularisierten Einstellungen bzw. Individualisierungstendenzen, die sie u. U. im deutschen Bildungssystem entwickeln, auszubalancieren versuchen“.⁷⁶ Den Migrantenfamilien bleibt buchstäblich weniger Zeit als den ansässigen Familien, Orientierung im Wandel zu finden. Allerdings gilt das aufgrund der hohen sozioökonomischen und soziokulturellen Dynamik der westlichen Industriegesellschaften für die einheimische Bevölkerung mittlerweile in ähnlicher Weise. Finden deshalb Migrantinnen und Migranten ausreichende Möglichkeiten, diesen gesellschaftlichen Wandel, der sie gleichermaßen betrifft, mit zu gestalten? Die Forschungsergebnisse zur Wirkung sozialer Innovationen belegen z. B., dass sie erst dann wirklich produktiv für eine Gesellschaft werden können, wenn sie eine breite Diskurs-, Konflikt- und Konsensbildung zum Medium haben. Um das hier bisher gesagte zu veranschaulichen, wird folgendes Beispiel genannt.

Im Verlauf der ersten „Bildungsoffensive“ in der Bundesrepublik der 1960-er und 1970-er Jahre kam es in bis dahin weitgehend agrarisch strukturierten Gebieten des Nord-Westraums der Bundesrepublik nicht zu einer sehr raschen Umorientierung in der Arbeiterschaft und ehemaligen Landarbeiterschaft hinsichtlich des Bildungsverhaltens und der Wahrnehmung neuer Bildungs- und Aufstiegschancen, wie vermittelt durch teilnehmende Beobachtung ermittelter empirischer Indizien festgestellt wurde.⁷⁷ Vielmehr wurden die neu eröffneten

⁷⁵ Vgl. Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S. 170.

⁷⁶ Vgl. Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S. 171.

⁷⁷ Siehe Hachtmann, Götz, u. a. 1981: Zum Selbstverständnis eines Dorfes – Am Beispiel von Jugend, Arbeit und Kommune, unveröffentlichte Diplomarbeit, Teil C, Jugend in Hooggast, Kapitel 3.1.4 „Die Schule blieb nicht im Dorf“, S. 298 f., Oldenburg.

Bildungsmöglichkeiten über den Weg der Realschulen erschlossen. Es kam in den Familien zu Konflikten zwischen Eltern und Kindern hinsichtlich des Besuchs weiterführender Schulen. Denn die Eltern zweifelten diese Schulbildung nicht zuerst und nur wegen der Kosten an, sondern vor allem als Wert für die spätere Existenzsicherung der Kinder. Schule musste für die Arbeiterschaft zuerst die Vermittlung der unabdingbaren Kulturtechniken vermitteln. Diese mussten nur ausreichen, um die aus wirtschaftlichen Gründen möglichst früh beginnende Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Sehr vereinfacht konnte für die Zeit noch bis vor dem Zweiten Weltkrieg gesagt werden: Selbst vermögendere Bauernfamilien hielten das Abitur für die Kinder nur dann für notwendig, wenn die Kinder nicht Hoferben wurden und dann z. B. die klassisch standesgemäßen Berufe des (Volks-)Schullehrers oder Pastors gewählt werden sollte. Die Landarbeiter- und Kleinbauernfamilien hatten diese Wahlmöglichkeiten nicht. Ansonsten blieb die Volksschule die Regelschule für fast alle. Diese wurde dann von der Realschule als „Regelschule“ mehr und mehr abgelöst und führte dann für diese Kinder weiter zu Aufbaugymnasium und Studium. (Vgl. Kapitel 5, Schema nach H. Solga zu Schulbesuch und beruflichen Qualifikationen in unterschiedlichen Phasen der Bundesrepublik).

Die theoretische Interpretation der gewonnenen empirischen Indizien ließ den Schluss zu, dass diesem Verhalten nicht einfach bloß „rückständige Ansichten“ zugrunde lagen, sondern „tradierte rationale Kalküle“ der Existenzsicherung, welche der ökonomische und soziale Wandel allerdings zunehmend in Frage stellte, sie obsolet werden ließ. Entsprechend kam es im Generationenverhältnis zu Konflikten zwischen Eltern und Kindern. Letztere schienen den Wandel der Lebensbedingungen eher zu rezipieren als die ältere Generation. Die Eltern fürchteten nicht oder nicht allein einen Autoritätsverlust gegenüber den Kindern, sondern sorgten sich um deren künftige Existenzsicherheit. Für die heutige Zeit schildert der Bildungsforscher Kai Maaz (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin) folgenden Sachverhalt in einem Interview. Er antwortet darin auf die Frage, ob es Eltern gäbe, die ihre Kinder trotz einer ausgesprochenen Empfehlung nicht auf ein Gymnasium schicken würden: „Ja. Etwa jeder Zehnte wechselt trotz Empfehlung nicht auf ein Gymnasium; die meisten aus sozial weniger begünstigten Familien. Diese Eltern messen dem Abitur eine geringe Bedeutung für den Bildungsweg bei und schätzen ihre Unterstützungsmöglichkeiten geringer

ein. Bildungspolitisch wäre wichtig, auch sie in den Stand zu versetzen, das Potential ihrer Kinder und das Schulsystem besser einschätzen zu können“.⁷⁸

Unter theoretischen Gesichtspunkten lässt sich das als die Ablösung verbliebener postfigurativer Verhaltensmuster durch kofigurative Muster interpretieren, die von Margaret Mead in ihrer Forschungsarbeit entdeckt und als theoretische Begrifflichkeit entwickelt wurden.⁷⁹ Mead geht davon aus, hier vereinfacht dargestellt, dass in Gesellschaften mit einem stark ausgeprägten postfigurativen Muster Wandlungsprozesse sehr langsam vor sich gehen. Dementsprechend erscheint es rational, wenn die älteren Generationen ihre Erfahrung in Gänze den folgenden „postfigurativ“ vermitteln können. Demgegenüber muss in kofigurativen Kulturen ein rascherer gesellschaftlicher Wandel schon von den älteren wie von den jüngeren Generationen wahrgenommen und darauf zeitnah reagiert werden. Insofern kommt es zu „kofigurativen“ Lernprozessen auch der Eltern von Kindern, was zu Konflikten der erwähnten Art führen kann. In präfigurierten Kulturen, und von solchen kann man in der heutigen Zeit sprechen, stellt die Dynamik des gesellschaftlichen Wandels *alle* Gesellschaftsmitglieder vor die Notwendigkeit, bereits künftige Entwicklungen zu antizipieren. Auf die Zukunft orientiert lernen „präfigurativ“ alle voneinander, vereinfacht gesagt, und zwar ohne dass man genau wissen könnte, was geschehen wird. Das hat nach Margaret Mead, die das Mitte der 1970-er Jahre mit der Perspektive einer entstehenden „Weltgemeinschaft“ schrieb, zwei Folgen. Erstens sei anzuerkennen, „dass die Wege, die uns in die Gegenwart geführt haben, nicht mehr gangbar sind und nie wieder begehbar sein werden. Die Vergangenheit ist die Straße, auf der wir den Punkt erreicht haben, an dem wir stehen“.⁸⁰ Der für unsere zeitgenössische Zivilisation unentbehrliche Fundus an Wissen, Techniken und Werkzeugen wurde aus älteren Kulturformen bezogen, braucht und darf sogar nicht vergessen werden. Weil heute *alle* Völker zeitgleich aus der Vergangenheit in die „neue Weltgesellschaft“ eintreten, ist ihr Wissens- und Erfahrungsschatz einerseits nur Vorläufer von etwas Neuem, genauso aber unentbehrlich um dieses Neue zu finden und zu gestalten.

⁷⁸ Die Schicht zählt, Kai Maaz über den Sinn von Empfehlungen bei der Schulwahl, Interview, Frankfurter Rundschau, S. 12 Wissen & Bildung, Montag 1. Februar 2010, 66. Jahrgang, Nr. 26.

⁷⁹ Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 115, Eschborn bei Frankfurt a. M.

⁸⁰ Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 126 – 127, Eschborn bei Frankfurt a. M.

„Dabei braucht keine frühere Lebensform vergessen zu werden – nur müssen wir alle diese verschiedenen Vergangenheiten, sowohl unsere wie die anderer, als Vorläufer bewerten“.⁸¹

Thomas Ziehe erläuterte 1979, dass die Entfaltung der Produktivkräfte in den Industriegesellschaften „die Geschwindigkeit des Vergesellschaftungsprozesses und des damit gegebenen sozialen Wandels sich derart steigert, dass dessen Folgen innerhalb des Sozialisationszeitraumes einer Zwei-Generationen-Familie gar nicht mehr aufgearbeitet werden können“.⁸² Sowohl Mead als auch Ziehe führen das weitgehende Verschwinden der Drei-Generationen-Haushalte u. a. auf solche Prozesse zurück. Die alten Menschen werden nicht mehr generell als die Erfahrenen angesehen, deren Rat man braucht. Hohe Mobilitätsanforderungen erlauben es sehr oft nicht mehr, Familienverbände über den Kreis der Kernfamilie örtlich konstant aufrechtzuerhalten.

Die Vorstellung selbst, was Familie ist, unterliegt in den westlichen Industrienationen schon seit geraumer Zeit einem erneuten Wandel mit vielen auch widersprüchlichen Unabwägbarkeiten. Die heutige Klein- oder Kernfamilie ist selbst das Produkt historisch-gesellschaftlicher Wandlungen. Von den Individuen dieser Gesellschaften kann z. B. die Vorstellung des lebenslänglichen Zusammenlebens von Paaren um fast jeden „emotionalen Preis“ nicht aufrechterhalten werden. Trotzdem oder gerade gilt dieses „Modell“ andererseits doch als erstrebenswertes Ziel. Künftige Entwicklungen bleiben unbestimmt. Allerdings lässt das nicht den Schluss zu, dass der Familienverband als Sozialisationsinstanz ausgedient hätte. Die Frage ist, auf welche Ressource sich Sozialisation stützen können, da sie zeitlich und personal stabile emotionale Bindungen braucht, die Halt und Orientierung geben. Gleichzeitig ist es ein Wertekonsens in den individualisierten Gesellschaften, den Kindern ihre individuelle Entwicklung zu gewährleisten und diese zu fördern. Die Ausübung (elterlichen) Zwangs hinsichtlich Berufswahl/Berufstätigkeit, Heirat und selbstgewählte religiöse Überzeugung muss vor dem Hintergrund universell geltender Individualrechte abgelehnt werden. Individuelle Entscheidungsfähigkeit ist die Voraussetzung, um auf die nicht mehr absehbaren künftigen Entwicklungen reagieren zu können. Für alle Familien scheint heute die

⁸¹ Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 126 - 127, Eschborn bei Frankfurt a. M.

⁸² Vgl. dazu auch: Ziehe, Thomas (1979) Pubertät und Narzissmus, Frankfurt a. M. und Köln. Ziehe erläuterte 1979, dass die Entfaltung der Produktivkräfte in den Industriegesellschaften „die Geschwindigkeit des Vergesellschaftungsprozesses und des damit gegebenen sozialen Wandels sich derart steigert, dass dessen Folgen innerhalb des Sozialisationszeitraumes einer Zwei-Generationen-Familie gar nicht mehr aufgearbeitet werden können“, S.136. Sowohl Mead als auch Ziehe führen das weitgehende Verschwinden der Drei-Generationenhaushalte u. a. auf solche Prozesse zurück.

paradoxe Schwierigkeit darin zu bestehen, gerade durch die zunehmende Gewährung von Eigenständigkeit und Freiheit Bindung zu ihnen aufrecht zu erhalten, weil nur diese wiederum die emotionale und soziale Stabilität gewährleisten, welche die Kinder für ihr späteres Leben brauchen, die aber genauso die Eltern und den sozialen Verband Familie aufrecht erhalten.

Das klingt vertraut. Andererseits scheint die Suchbewegung um erneut zu solchen Formen dafür zu gelangen, in vollem Gange zu sein. Und vor dem Hintergrund des jetzt in diesem Abschnitt erläuterten, muss es auch Toleranz geben vor den dafür vorhandenen „Modellversuchen“ und Suchbewegungen. So beobachtet der sechste Familienbericht: „Neu für die Migrantenfamilien ist die zunehmende Anzahl der Drei-Generationen-Haushalte. Die Großelterngeneration übernimmt in Bezug auf die dritte Migrantengeneration zunehmende erzieherische Funktionen, wobei in der sprachlichen Sozialisation die Herkunftssprache eine dominante Rolle spielt. Hinzu kommt eine Zurückhaltung von Familien ausländischer Herkunft gegenüber einer Kindergartenerziehung; sie ist vor allem vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erziehungsziele- und Praktiken und den sich daraus ergebenden Befürchtungen einer kulturellen und familiären Entfremdung des Kindes zusehen“.⁸³

Der sechste Familienbericht bringt damit verhalten eine Besorgnis hinsichtlich Entwicklungen der Isolation zum Ausdruck, die hier gar nicht abgestritten werden soll. Die genannte Entwicklung wird hier auch vor dem Hintergrund der Überlegung der Suchbewegung nach künftigen Formen sozialer „Kerngemeinschaften“ verstanden, die es in der einheimischen Bevölkerung ebenso gibt. Sie zeigt sich dem Verständnis dieses Berichts nach z. B. in der Entwicklung der Mehrgenerationenhäuser.⁸⁴ Davon gibt es in Deutschland bereits 500. Sie werden durch Politik und Gesellschaft unterstützt. Wesentlich auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten, die da erfolgreich sind, wo sie auf dauerhafte strukturelle Unterstützung aufbauen können. Ihrem Selbstverständnis nach arbeiten Mehrgenerationenhäuser grundsätzlich nachfrageorientiert lebensnah und bezahlbar. Darüber hinaus müssen sie sieben Mindestkriterien erfüllen: Die Einbeziehung der vier Lebensalter: Kinder und Jugendliche, Erwachsene, junge Alte (über 50 Jahre) und Hochbetagte, generationenübergreifende Angebote, Kinderbetreuung, Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamtlichen auf gleicher Augenhöhe; starke Einbeziehung des bürgerschaftlichen

⁸³ Vgl. Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S.

⁸⁴ Vgl. hier und im Folgenden: www.mehrgenerationenhaeuser.de , Zugriff 25.01.2010.

Engagements, Entwicklung als Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe vor Ort, Einbeziehung der lokalen Wirtschaft und schließlich offener Tagestreff mit Cafeteria/Bistro.⁸⁵

Ihre Intention beschreiben die Mehrgenerationenhäuser selbst wie folgt:

„Früher war es selbstverständlich, dass junge Erwachsene in die Gesellschaft eingebunden wurden. Nur in einem Umfeld, in dem sich alle Generationen Rechte und Pflichten teilen, können Jugendliche Erfahrungen im partnerschaftlichen Miteinander sammeln und so ganz selbstverständlich lernen, was kein Schulbuch vermitteln kann: Rücksicht, Respekt, Toleranz und Verantwortung. In Mehrgenerationenhäusern sollen wieder Räume geschaffen werden, die junge Menschen fordern und fördern und ihnen diese wichtigen Erfahrungen ermöglichen. (.) Die heutige Großelterngeneration hat viel zu bieten: Lebenserfahrung, das Wissen und Können aus vielen Berufsjahren oder den kompetenten Umgang mit Kindern und Enkeln. Für unsere Gesellschaft bietet dieses Wissen ein unglaubliches Potenzial. Und für die Generation der über 50-Jährigen ist es wichtig, mit ihrem Können und ihren Fähigkeiten aktiv am Leben teilzunehmen. Mehrgenerationenhäuser sind die Plattform, auf der dieses Wissen fruchtbar wird und junge Alte einen Platz in der Gesellschaft finden.“⁸⁶

Deutlich wird, dass sowohl Drei-Generationenhaushalte als auch Mehrgenerationenhäuser familiäre Ressourcen erschließen wollen, wie sie der Kernfamilie und den Alleinerziehenden nicht mehr ohne weiteres zur Verfügung stehen können. Sie tun das zwar von unterschiedlichen Richtungen her, treffen sich aber in diesem Anliegen. Migrantische wie einheimische Bevölkerungsgruppen treffen sich dabei. Die Mehrgenerationenhäuser stehen ausdrücklich und erwünscht Migrantinnen und Migranten offen.

Umgekehrt öffnen sich migrantischen „Gemeinden.“ Denn eines, was Margaret Mead 1979 sah, muss im positiven Sinne wohl nicht zu treffen: Dass Kinder über die beschriebene, vorweggenommene Verunsicherung gegenüber einer notwendig ungewissen Zukunft gar keine Mentoren, gar keine Wegweiser in den älteren Generationen mehr haben könnten. Mead selbst gibt aus der heutigen Sicht dafür den Hinweis. „Nunmehr müssen wir offene Systeme schaffen, die sich auf die Zukunft konzentrieren – und damit auf die Kinder, auf diejenigen, über deren Fähigkeiten wir noch am wenigsten unterrichtet sind und deren Entscheidungsfreiheit nicht vorgegriffen werden darf.“⁸⁷ Dafür, so Mead weiter, müssten wir „neue Vorbilder für Erwachsene schaffen, die fähig sind, ihre Kinder nicht das Was, sondern das Wie des Lernens, nicht eine Bindung an etwas Bestimmtes, sondern den Wert einer Bindung zu lehren“.

⁸⁵ Vgl. hier und im Folgenden: www.mehrgenerationenhaeuser.de, Zugriff 25.01.2010.

⁸⁶ Vgl. hier: www.mehrgenerationenhaeuser.de, Zugriff 25.01.2010.

⁸⁷ Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 126 – 127, Eschborn bei Frankfurt a. M.

In wieweit das in Gänze zutrifft, sei dahingestellt. Fest steht dass dieses Mentoring ein wechselseitiges Lernen/Kennenlernen der älteren Generationen von einander ohne Belehrungen zur Voraussetzung haben muss. Den Beleg dafür liefert die Praxis selbst, z. B. der sogenannten Mentoring-Initiativen wie „Güven – Vertrauen“ der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung und der Bürgerstiftung Hamburg.⁸⁸ Sie steht hier nur beispielhaft für viele Initiativen ähnlicher Art, die insgesamt solche Prozesse fördern:

„In der aktuellen Integrationsdebatte wird das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen kritisch beobachtet. (..) Aber auch für die Mehrheitsgesellschaft ist es kein wünschenswerter Zustand seine Nachbarn nicht zu kennen. (..) „Mentoring“ ist dabei das Stichwort und findet seine Vorbilder in der amerikanischen Tradition, bei der sich ältere Menschen für jüngere verantwortlich erklären, ihnen Aufmerksamkeit und vor allem Zeit schenken und als eine Art „Pate“ in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen. Ein- bis zweimal die Woche werden sich im Rahmen des Mentorprojekts „Güven-Vertrauen“ 5-12-Jährige mit türkischem Migrationshintergrund mit einem deutschsprachigen Erwachsenen treffen. (..) Aber auch für die Mentoren oder auch „Abi ve Abla“ wie es im Türkischen heißt, ist Lernen angesagt, wenn sie Einblicke in das Leben der Familien mit türkischem Hintergrund bekommen und ihre eigene „kulturelle Brille“ hinterfragen“.⁸⁹

Man muss also insgesamt gesehen nicht mehr zuerst zu einem sozialen und kulturellen Austausch zwischen Migrantengruppen und deutschstämmiger Bevölkerung „aufrufen“. Allerdings muss der Aufruf bekräftigt werden. Es geht dabei nicht mehr nur um die Migranten hier und „die Deutschen“ dort. Die Beispiele zeigen: Hier bewegen sich einfach Menschen aufeinander zu, die gemeinsame Interessen haben und finden darüber vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ausgangslagen und Lebenssituationen zusammen.

3.3 Migrantenumilieus: kreative Diversität

Natürlich ist das eine Betrachtung auch mit Blick auf die erste Zuwanderergeneration der Gastarbeiter aus den „agrarkulturellen“ Regionen Italiens, der Türkei, Spaniens oder Portugals. Das geschieht aber als Hinweis, dass gegenüber traditionellen Verhaltensweisen und Einstellungen nach dem Sinn gefragt werden muss. So prinzipiell unterschiedlich ist - oder viel mehr war - das Bildungsverhalten der ersten Generation migrantischer Gruppen in Deutschland gegenüber der autochthonen Bevölkerung eben auch nicht. (Auf irgendwelche

⁸⁸ Siehe: www.gueven-vertrauen.de, Zugriff 20.01.2010.

⁸⁹ Siehe: www.gueven-vertrauen.de, dort: Pressemitteilung (01-01072008) der Türkischen Gemeinde Hamburg & der BürgerStiftung Hamburg, Zugriff 20.01.2010.

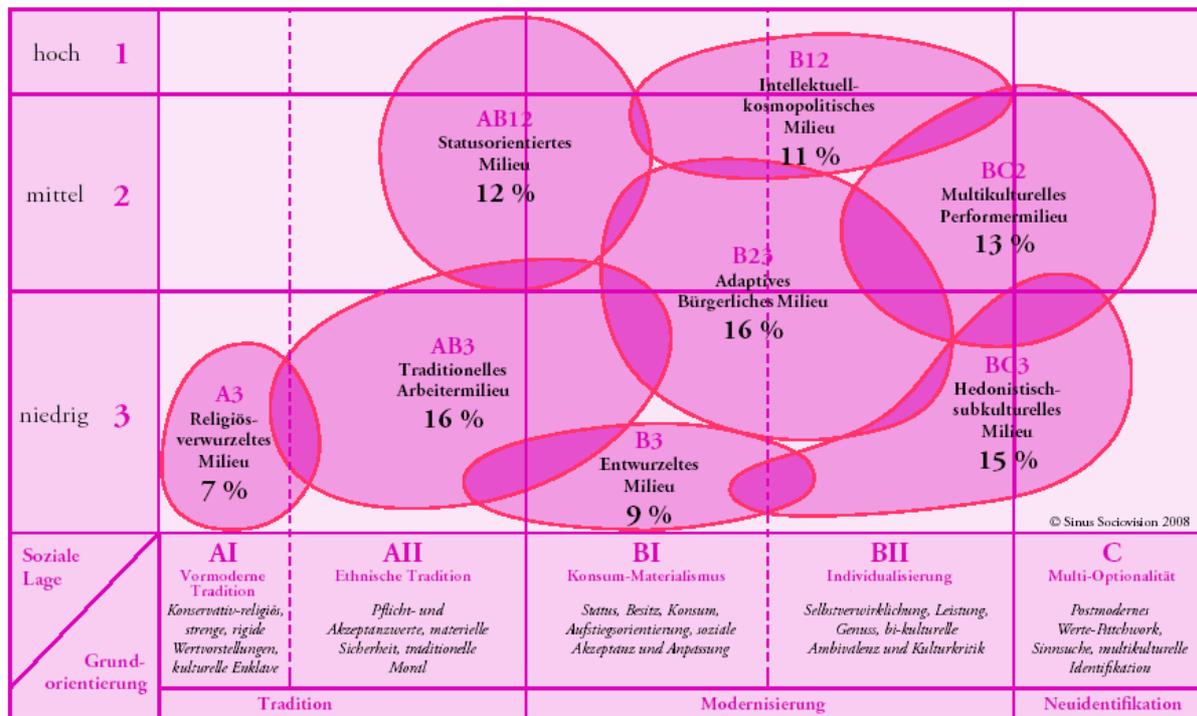
Unterschiede „ethnischer Art“ lässt sich da wohl nichts zurückführen.) Denn gegenüber unserer gesellschaftlichen Dynamik, die extrem gesprochen, alle Gesellschaftsmitglieder vor die zugleich grundsätzliche wie paradoxe Situation einer zu antizipierenden Ungewissheit stellt, scheint die Bedeutung von der „Ungleichzeitigkeit“ selbst einem Wandel zu unterliegen.⁹⁰ In der pluralistischen Gesellschaft unter solchen Vorzeichen können die verschiedensten Lebensstile und Lebenshaltungen von Bedeutung für die Zukunft sein. So identifizieren Carsten Wippermann und Berthold Bodo Flaig auf der Basis einer Sinusstudie 2008 insgesamt acht migrantische Milieus in Deutschland, deren soziale Lage und Grundorientierung sie grafisch wie unten folgend darstellen. „Je höher ein Milieu in dieser Grafik angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe; je weiter rechts es positioniert ist, desto moderner ist die Grundorientierung“.⁹¹

⁹⁰ Vgl. Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 6.

⁹¹ Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 9.

Darstellung 1:

Migrantenmilieus in Deutschland: Soziale Lage und Grundorientierung



© Sinus Sociovision 2008 / Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 9.

Das wäre die Konsequenz aus der empirisch belegten These, „dass die Ressourcen an kulturellem Kapital von Migranten und Migrantinnen in Deutschland bisher weitgehend unterschätzt werden“.⁹² D. h., die verschiedensten Lebensstile und Lebenshaltungen gewinnen alle „gleichzeitige Bedeutung“. Sie können genau etwas von dem Wissen und den Kulturmustern aufweisen, die morgen schon und in gewandelter Form allgemeinere Bedeutsamkeit erlangen könnten. In ihrer Abhandlung zu „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, die auf empirischen Ergebnissen, gewonnen durch das SINUS-Institut beruhen, geben C. Wippermann und B. B. Flaig folgenden Befund: „dass es in der Population der Menschen mit Migrationshintergrund (ebenso wie in der autochthonen bzw. einheimischen deutschen Bevölkerung) eine bemerkenswerte Vielfalt von Lebensauffassungen und Lebensweisen gibt. Es wird der empirischen Wirklichkeit nicht

⁹² Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 9.

gerecht, diese Menschen weiterhin als „besondere“ Gruppe in unserer Gesellschaft zu betrachten. Vielmehr zeigen sie sich als integrierender Teil dieser multikulturellen, von Diversität geprägten Gesellschaft in ihren positiven wie negativen Seiten.⁹³ Wir alle scheinen heute „zu Einwanderern in die Zeit zu werden, die ihre vertraute Welt hinter sich lassen müssen, um in einer neuen Ära unter völlig anderen Bedingungen zu leben“.⁹⁴ Dass dies heute wie morgen nur unter Wahrung der individuellen Freiheitsrechte eines jeden und einer jeden zu geschehen hat, von Frauen und Männern und egal ob Kind oder Erwachsener, steht außer Frage. Das darf auch keine werden, sonst scheitert die Reise. Vor diesem Hintergrund kehrt der Text nun zurück zur Analyse des Bildungsverhaltens migrantischer Gruppen und nimmt nun ihre Situationen in den Blick.

⁹³ Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 5.

⁹⁴ Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 115, Eschborn bei Frankfurt a. M.

3.4 Berufliche Stellung migrantischer Gruppen nach Zuwanderergenerationen und nationaler Herkunft

Insgesamt wird hier ein Fazit Halit Öztürks bestätigt, dass ein „evidenter“ Aufstiegszweck migrantischer Gruppen über zwei Generationen festzustellen ist und von dem natürlich zu hoffen ist, dass er entsprechende strukturelle Bedingungen im Bildungs- und Ausbildungssystem findet, um sich fortsetzen zu können. Bestätigt wird das auch hinsichtlich der beruflichen Stellungen der Migrantengruppen im Generationenvergleich.

Tabelle 3: Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund				
	Mitarbeiter mit einfachen Tätigkeiten	Fachkräfte	Sachbearbeiter / untere Führungskräfte	Führungskräfte
Ausländer der 1. Generation	65,4	21,5	8,3	4,8
Ausländer der 2. Generation	33,0	31,4	27,0	8,6
Eingebürgerte der 1. Generation	51,2	22,1	18,6	8,1
Eingebürgerte der 2. Generation	24,7	17,8	41,1	16,4
Aussiedler	49,0	28,2	15,1	7,7
Deutsche ohne Migrationshintergrund	17,0	27,8	36,2	18,9

„Angaben in Prozent der jeweiligen Gruppen; n = 6962; Chi-Quadrat: 777,42***.
Quelle: Eigene Berechnungen“ / “Die 22 beruflichen Positionen, die im SOEP [Sozio-ökonomisches Panel] unterschieden werden, sind im Hinblick auf die berufliche Stellung zu vier Kategorien zusammengefasst: Kräfte mit einfachen Tätigkeiten (un- und angelernte Arbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit ohne Ausbildungsabschluss), Fachkräfte (Facharbeiter und gelernte Arbeiter, Angestellte mit einfachen Tätigkeiten mit Ausbildungsabschluss), Sachbearbeiter/untere Führungskräfte (Meister, Poliere, Vorarbeiter, Kolonnenführer, Industrie- und Werkmeister im Angestelltenverhältnis und Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit) und Führungskräfte (Angestellte mit hochqualifizierter Tätigkeit oder Leitungsfunktion)“ [Halit Öztürk].

Quelle: Mit allen Angaben zit. nach: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Tabelle 8: Schulabschluss nach Migrationshintergrund, S. 29, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, 26. Januar 2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.).

Sogenannte einfache Tätigkeiten werden von den Ausländern und Eingebürgerten der 1. Generation noch weit überwiegend ausgeübt. Bei der Gruppe der Aussiedler liegt der Anteil der „Fachkräfte“ sogar höher als bei der deutschen Vergleichsgruppe. Ihr Anteil bei den „einfachen Tätigkeiten“ reicht nahe an den der Eingebürgerten 1. Generation heran. Für die

Aussiedler ist hier auf die bisher mangelnde Anerkennungspraxis der Schul- und Berufsabschlüsse zu verweisen. Es steht also zu hoffen, dass die hier erkennbare mögliche „Aufwärtsbewegung“ in Richtung der Gruppe der Fachkräfte und dann evtl. weiterführend, sich durch die neu zu regelnde Anerkennungspraxis deutlich verbessern kann.

Die deutlichste Aufstiegsbewegung in den Generationengruppen verzeichnet die Gruppe der Eingebürgerten der 2. Generation. Sie hat die kleinste Gruppe der mit einfachen Tätigkeiten Beschäftigten, die noch mehr als 7% über der deutschen Vergleichsgruppe liegt. Sie liegt aber bei den Führungskräften schon nahe der Gruppe Deutsche ohne Migrationshintergrund. Ihr Anteil an der Gruppe der Sachbearbeiter/untere Führungskräfte liegt über der deutschen Vergleichsgruppe, was dem anhaltenden Aufstiegtrend von den „einfachen Tätigkeiten“ hin zu den Tätigkeiten bis zu Führungsaufgaben bestätigt. Ähnliches kann von der Gruppe der Ausländer der 2. Generation insofern gesagt werden, als bei ihr die eben beschriebene Aufwärtsbewegung ebenfalls zu beginnen scheint. Ihr Anteil an den „einfachen Tätigkeiten“ liegt gegenüber den Eingebürgerten der 2. Generation zwar noch deutlich höher. Ihr Anteil an den Fachkräften liegt aber schon deutlich höher im Vergleich zu den Gruppen der 1. Generation der Ausländer und der 1. Generation der Eingebürgerten. Ob eine dritte Generation die „Aufwärtsbewegung“ der jetzigen 2. Generation der Eingebürgerten wird fortsetzen können, muss offen bleiben.

Tabelle 4: Schulabschluss nach Herkunftsland					
Personengruppen Nach Herkunftsland	Ohne Abschluss	Anderer Abschluss	Haupt- schulabschluss	Real- schulabschluss	Fachabitur / Abitur
Türkischstämmige (n = 228)	11,4	31,6	42,1	8,8	6,1
Italienischstämmige (n = 110)	14,5	27,3	39,1	10,9	8,2
Polnischstämmige (n = 105)	2,9	59,0	15,2	10,5	12,4
Deutschstämmige (n = 5924)	0,7	0,5	32,3	43,3	23,3
„Angaben in Prozent der jeweiligen Gruppen; n = 6367; Chi-Quadrat: 2562,97***. Quelle: Eigene Berechnungen“. [Halit Öztürk]					
Quelle: Mit allen Angaben zit. nach: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Tabelle 7: Schulabschluss nach Herkunftsland, S. 29, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, 26. Januar 2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.).					

Halit Öztürk schlüsselt die Daten seiner hier verwendeten Analyse auch nach den Herkunftsländern der migrantischen Gruppen auf und stellt fest: „In Relation zu den Schulabschlüssen von Deutschstämmigen zeigt sich eine Schieflage in der Bildungssituation von Personengruppen mit Migrationshintergrund“.⁹⁵ Zunächst ist bei der hier als Teilgruppe der Aussiedler betrachteten polnischstämmigen Gruppe (erwartungsgemäß) wiederum der hohe Anteil „anderer Abschluss“ bei den Schulabschlüssen festzustellen. Insgesamt ist ihre Position leicht höher als die der gesamten Gruppe der Aussiedler, insbesondere bei Gruppe „Fachabitur/Abitur“. Gegenüber der deutschen Vergleichsgruppe fällt der Vergleich der türkischstämmigen und italienischstämmigen Gruppen überdeutlich ungünstiger aus. Auch wenn man berücksichtigt, dass hier die ersten Zuwanderergenerationen Ausländer/Eingebürgerte „andere Abschlüsse“ einer schulischen Bildung mit nach Deutschland brachten. Vor allem liegt in beiden Gruppen der Anteil von Personen ohne Schulabschluss deutlich höher als derjenigen, die einen Realschulabschluss aufweisen können und extrem höher gegenüber der dt. Vergleichsgruppe. Allerdings weist nur die Gruppe der Ausländer der 1. Generation im generationellen Vergleich einen höheren Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss (16,2%) auf. Schon bei der zweiten Generation der Ausländer liegt dieser Anteil bei nur noch 3,8%. Beiden Gruppen gelingt nur in nur sehr geringem Maße der Anschluss an die Hochschulbildung. Die türkischstämmige Gruppe erreicht mit 6,1% nur gut ein Viertel der deutschen Gruppe, die italienische Gruppe davon nur gut ein Drittel.

Entsprechend muss die Betrachtung der Beruflichen Stellung nach Herkunftsland“ ausfallen.

Tabelle 5: Berufliche Stellung nach Herkunftsland				
	Mitarbeiter mit einfachen Tätigkeiten	Fachkräfte	Sachbearbeiter/untere Führungskräfte	Führungskräfte
Türkischstämmige	64,0	26,8	7,5	1,8
Italienischstämmige	52,7	26,4	16,4	4,5
Polnischstämmige	41,9	26,7	22,9	8,6
Deutschstämmige	17,0	27,8	36,2	18,9

⁹⁵ Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), S. 28.

„Angaben in Prozent der jeweiligen Gruppen; n = 6369; Chi-Quadrat: 455,69***.
Quelle: Eigene Berechnungen“ [Halit Öztürk].

Quelle: Mit allen Angaben zit. nach: Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Tabelle 9: Berufliche Stellung nach Herkunftsland, S. 30, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, 26. Januar 2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.).

Türkisch- und italienischstämmige Migranten sind weit überwiegend bzw. überwiegend in einfachen Tätigkeiten beschäftigt. Allerdings ist ihr Anteil an den „Fachkräften“ gegenüber der deutschen Vergleichsgruppe relativ ausgeglichen. Die italienischstämmige Gruppe ist in der Sachbearbeitung/untere Führungskräfte im Vergleich zur „türkischen“ Gruppe deutlicher „vorgedrungen“ Ganz unterrepräsentiert sind beide Gruppen bei den Führungskräften. Insgesamt stellt dazu Halit Öztürk fest: „Damit werden die Ergebnisse der Forschungsliteratur bestätigt“⁹⁶, die hier mit Andreas Treichler wie folgt zusammengefasst dargestellt werden können:

„Partielle beruflich-soziale Aufstiegsprozesse sind im intergenerationellen Vergleich bei Frauen wie Männern zu verzeichnen und auf die (formal) bessere Schulbildung der Nachkommen der Migranten zurückzuführen. Zudem sind insbesondere die seit den 1980er Jahren Zugewanderten und ihre Familien besser qualifiziert, welche auf dem Arbeitsmarkt andere berufliche Positionen grundsätzlich einzunehmen ermöglicht. Trotz einer relativen Verbesserung gegenüber der ersten Generation der Migranten bleibt auch die zweite Generation bezüglich der Chancen und Realisierung beim beruflich-sozialen Aufstieg klar benachteiligt“.⁹⁷

⁹⁶ Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), S. 29.

⁹⁷ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 79.

4 Zwischenfazit: Gesellschaftlich situative Gleichzeitigkeit von Migrantengruppen

Folgendes ist in Bezug des beschriebenen Bildes als Fazit des bisher dargestellten zu überlegen: Einerseits wird die Differenziertheit migrantischer Milieus festgestellt, die sich gegenüber denen in der deutschstämmigen gar nicht so sehr unterscheidet. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die sozioökonomische Lage der Migranten in diesen Milieus von wohlhabend bis arm reichen kann. Des Weiteren wird insgesamt die Offenheit fast aller migrantischer Milieus festgestellt. Die Bildungsbestrebungen (nicht der Bildungserfolg) der Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund zum Beispiel unterscheiden sich nicht von denen deutscher Jugendlicher. Ethnisch-nationale Zugehörigkeiten und Milieuzugehörigkeiten sind dabei keineswegs deckungsgleich. „Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen“ und „man kann auch nicht vom Milieu auf die Herkunftskultur schließen“ (Wippermann/Flaig, S. 7). Das heißt, die migrantischen Milieus, die nach wie vor eine in etwa gleiche Wertorientierung, Lebensstil und soziale Lage einer jeweiligen Milieugruppe kennzeichnen, weisen keine mehr so starke Bindung der Milieugruppe an eine soziale Lage auf. Es gibt keine ethnische Gruppe nur in der einen sozioökonomischen „Unter-, „Mittel- oder Oberschicht“. In ihrer kulturellen Orientierung emanzipieren sich Migranten in gewisser Weise von ihrer sozioökonomischen Lage, vielleicht sogar mehr, als das bei deutschen Gruppen feststellbar ist (vgl. Wippermann/Flair).

„Die Migrantenmilieus unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus“ (Wippermann/Flaig, S. 7).

Insofern kann hier ein Indiz dafür aufgefunden werden, der die anfangs aufgestellte Überlegung bestätigt, Zuwanderung als Eintritt in die Gleichzeitigkeit des gesellschaftlichen Raumes und der gesellschaftlichen Zeit zu verstehen. Denn die eben beschriebenen Bewegungen können auch in Bezug auf die deutschstämmige Bevölkerung festgestellt werden. Was in beiden Fällen nicht bedeutet, dass damit sozioökonomische Lagen dadurch überwindbar wären, aber sie werden reflexiv in Bezug auf eigene Lebenslagen und –perspektiven. In diesem Sinne kann Wippermann und Flaigs Begriff der Multikulturalität verstanden werden, die ihn nicht nur auf eine multi-ethnische Dimension reduziert sehen wollen. Multikulturalität müsse vielmehr im Sinne einer „Kultur der Diversität“ verstanden werden, deren produktiver Wert für die Gesellschaft am Beispiel der Unternehmensstrategie

des „Diversity“ bereits weiter oben erläutert wurde. Floeting, Reimann und Schuleri-Hartje verweisen darauf z. B. im Zusammenhang mit der sog. Migrantenökonomie, die nach den Autoren zu lange zu wenig Beachtung fand: „Viele erfolgreiche Geschäftsideen hängen unmittelbar mit dem kulturellen und sozialen Hintergrund von Migranten zusammen“⁹⁸, wenn es z. B. um die Bereitstellung spezifischer Dienstleistungen geht, die sich dann nicht allein auf die jeweilige migrantische Gruppe beschränken. Dementsprechend wurde insbesondere in den Großstädten und Metropolregionen dieses Potential erkannt und findet die verdiente Förderung.

Andererseits wurden hier Benachteiligungen genau sozioökonomischer Art erkennbar, bemerkenswerter Weise bei zwei Gruppen aus den klassischen Anwerberländern der Gastarbeiter, der Türkei und Italien. Hätte man nicht vermuten können, dass ihre Anwesenheit in Deutschland in bereits der dritten Generation andere Ergebnisse hätte erbringen können? Selbst wenn man hier die Situation dieser Gruppen hinsichtlich ihrer längeren Unsicherheit darüber veranschlagt, ob der Aufenthalt in Deutschland zum endgültigen würde werden können? Das taucht ja gegenüber beiden Gruppen in Vorhaltungen insbesondere in Bezug auf „die Bildung“ formuliert immer wieder auf. Solche Vorwürfe wollen einerseits ein gruppenspezifisches „Bildungsversagen“ am Werk sehen, welches andererseits aber gänzlich auf den mangelnden Bildungswillen der Individuen zurück zu führen wäre. Der „evidente Bildungswillen“ der migrantischen Bevölkerung in Deutschland, den Halit Öztürk empirisch belegt feststellt, gelte in Bezug auf *die* italienische und insbesondere auf *die* türkische Zuwanderergruppe eben nicht. Obwohl oben festgestellt wurde, dass von ökonomisch, sozial, kulturell und schließlich ethnisch-national homogenen Zuwanderergruppen so gar nicht gesprochen werden kann. Schließlich, von Gleichzeitigkeit könne in Bezug auf beide vermeintlich wahrgenommenen Gruppen gar nicht die Rede sein. Erst individuell zu unternehmende Bildungsanstrengungen würden ihnen eine „nachholende Entwicklung“ ermöglichen, welche sie in die Moderne der bundesrepublikanischen Wissensgesellschaft führen würde.

Eher sieht es danach aus, dass dieser Weg zuerst hinein in den Strukturwandel der alten Bundesrepublik führte und sich von dort her die Faktoren finden lassen, für die heutige Situation eines Teils beider Zuwanderergruppen.

⁹⁸ Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), S. 8. Die Arbeit basiert auf einer Expertise des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Migrantenökonomie in Deutschland. In die Untersuchung einbezogen wurden die Bedingungen in Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Mannheim und Nürnberg. Vgl. ebd. S.1.

5 Einfach abgehängt - Mitgrantengruppen im Strukturwandel der Bundesrepublik Deutschland

Für die Zeit des Höhepunktes der Zuwanderung in die Bundesrepublik um 1972 zeigen statistische Daten noch ein etwas anderes Bild hinsichtlich der Qualifikationen der Zuwandergruppen, als das weiter oben für gegenwärtige Zeit zitierte. U. a. werden sie von Cohn-Bendit und Schmid in ihrem bekannt gewordenen Buch „Heimat Babylon“ in belegter Weise zusammengestellt. Dort wird u. a. für fünf Zuwanderernationen der Anteil der ungelerten Arbeitskräfte am Anteil der Zugewanderten getrennt für Frauen und Männer aufgeführt. Des Weiteren wird die Entwicklung dieses Anteils im Zeitraum bis 1972, hier ergänzt durch die Jahre in denen die jeweiligen Anwerbeabkommen geschlossen wurden:

Tabelle 6: Anteil ungelerner Arbeitskräfte nach Nationalitäten der Zuwanderer (m/w) 1968 – 1972 in Prozent					
	Anwerbe- Abkommen	Männer	Männer	Frauen	Frauen
	BRD / Nationen	1968	1972	1968	1972
Italiener	1955	48	37	63	43
Griechen	1960	37	31	60	45
Spanier	1960	38	34	59	48
Portugiesen	1964	43	36	60	49
Türken	1961	43	35	62	50
Jugoslawen	1968	14	19	58	37

Quelle: Vgl.: Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S.123-124. Eigene Ergänzung: Jahreszahlen der Anwerbeabkommen BRD/Nationen.

Zunächst muss auf die „jugoslawische Gruppe“ erwähnt werden. Sie bildet die zuletzt zugewanderte Gruppe. Das deutsch-italienische Anwerbeabkommen wurde 1955 unterzeichnet. 1960 folgten solche Abkommen mit Griechenland und Spanien, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien. Aus Jugoslawien wurden zunächst gezielt Fachkräfte angeworben.⁹⁹ Ansonsten liegt in der

⁹⁹ Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S.125. Dazu geben die Autoren folgende Anmerkung: „1975 arbeiteten 55 Prozent aller jugoslawischen Facharbeiter außerhalb ihres Landes. Schon das macht deutlich, dass die Arbeitsmigration ein Prozess sein kann, der in den Entsendeländern deren eigenes Entwicklungspotential entscheidend schwächt“, ebd. S. 125. Dazu hier: Die finanziellen Transfers, die von den Gastarbeitern in ihre Heimat überwiesen werden, sind dafür nicht als Kompensation anzusehen. Heute wird ein solcher

Gruppe der männlichen Zugewanderten 1968 in keiner Nationalitätengruppe der Anteil der ungelerten Arbeitskräfte bei 50 Prozent, geschweige denn darüber. Bis 1972 sinken die Anteile auf durchweg deutlich bis sehr deutlich unter 40 Prozent. Wobei die italienische Gruppe, die 1968 noch den höchsten Anteil der Ungelernten aufweist bis 1972 auch den höchsten Rückgang aufzuweisen hat. In der Gruppe der Frauen liegen allein die Nationalitätengruppen der Jugoslawinnen und Spanierinnen bei knapp unter 60 Prozent Anteil an Ungelernten, alle anderen bei 60 Prozent oder knapp darüber. Dafür fallen die Rückgänge ihres Anteils an den Ungelernten bis 1972 teils deutlich teils drastisch aus.

Zunächst muss berücksichtigt werden, dass diese Verschiebung insofern eine relative gewesen sein könnte, in der im genannten Zeitraum zunehmend mehr qualifizierte Arbeitskräfte auch aus allen genannten Nationalitätengruppen angeworben wurden. Allerdings erscheint das nicht sehr wahrscheinlich. Erkennbar wird nach Cohn-Bendit/Schmid vielmehr, dass innerhalb eines sehr kurzen Zeitfensters, auf dem Höhepunkt der Zuwanderung, die Integration der Zuwanderer in die Beschäftigungsstruktur der Bundesrepublik begonnen hatte. Und zwar unter der erschwerten Bedingung, diese Integration mit dem Erlernen einer neuen Sprache im „Training on the job“ zu leisten. In Rechnung zu stellen sind auch die Zeiträume, in denen diese Bewegungen voran gingen. Die „italienische Gruppe“ der Zuwanderer war 1972 maximal 16 Jahre in Deutschland (das entsprechende Anwerbeabkommen der Bundesrepublik mit Italien wurde im Dezember 1955 geschlossen). Die türkische Gruppe war gerade 11 Jahre in Deutschland. Das Vorankommen der Gruppen geschah wohl auch unter Bedingungen betrieblicher Schulungen und Einarbeitungen, welche den Aufstiegswechsel in die Gruppen der angelernten Arbeiterschaft ermöglichten. „Als die ersten Arbeitsmigranten kamen, waren es in erster Linie Italiener, und sie fanden vor allem unqualifizierte Arbeitsplätze. Spätere Generationen dagegen stießen auf eine veränderte wirtschaftliche Situation: Bei weiterhin hohem Bedarf an unqualifizierten Arbeitern nahm zugleich der Bedarf an qualifizierten Tätigkeiten zu“.¹⁰⁰ Die bescheidenen Möglichkeiten (Cohn-Bendit, Schmid) des Aufstiegs, die sich den Arbeitsmigrantinnen und -migranten damals boten, wurden von ihnen auch wahrgenommen. 1972 hatte eine schon beträchtliche Zahl der Arbeitsmigranten begonnen, sich innerhalb der deutschen Beschäftigungshierarchie vorwärts zu bewegen. Denn, so argumentieren Cohn-Bendit und

nachteiliger Effekt vor allem für akademisch ausgebildete Arbeitskräfte (Wissenschaftler/innen) diskutiert. Positiv wird hier eine fort schreitende Internationalisierung und internationale Vernetzung der Wissenschaft ins Feld geführt und die Stärkung der Wissensbasis der Entsendeländer durch heimgekehrte Wissenschaftler/-innen.

¹⁰⁰ Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S.124-125.

Schmid aus der Perspektive des Arbeitskräftebedarfs,¹⁰¹ man bietet Arbeitskräften nicht (auch nicht in bescheidenem Umfang) Aufstiegs- und Fortbildungschancen an, wenn sie auf Dauer für ausschließlich niedrig qualifizierte Tätigkeiten vorgesehen sind.¹⁰²

Ein gewisser Vergleich mit der Beschäftigungssituation und dem Ausbildungsstand deutscher Arbeitskräfte kann hier mit Bezug auf eine von Heike Solga durchgeführte empirische Analyse (2002) gegeben werden.¹⁰³ Auf Grundlage retrospektiver Befragungen konnte in einer Stichprobe (n = 2979) der Anteil von westdeutschen Personen ohne beruflichen Abschluss bis zum 25. Lebensjahr in den Geburtskohorten 1930, 1940, 1950 und 1960 ermittelt werden. Also u. a. dreier Kohorten, die 1972 (potenziell) „auf dem Arbeitsmarkt“ waren. Demnach wies die 1930er Kohorte einen Anteil von 47% an ausbildungslosen Personen auf, in der 1940er Kohorte waren es ganz knapp über 30%, in der 1950er Kohorte c. a. 20% und in der 1960er Kohorte schließlich nur noch 11%.¹⁰⁴ Dazu Heike Solga:

„In Zeiten hoher Beschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit waren die Erwerbchancen von gering qualifizierten vergleichsweise gut. Erst mit der Rezession seit Mitte der siebziger Jahre und dem generellen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist zu beobachten, dass sie in vielen westlichen Ländern überproportional von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit betroffen sind und, wenn überhaupt, ihnen nur eine Beschäftigung auf ungelernten Arbeitsplätzen gelingt“.¹⁰⁵

Cohn-Bendit/Schmid zufolge arbeiteten 1972, auf einem Höchststand der ausländischen Beschäftigung und gemessen an der Gesamtzahl der ausländischen Beschäftigten 16% von ihnen als ungelernete Arbeiter, 41% als angelernte und 31% als qualifizierte Arbeiter, 11% waren Angestellte.¹⁰⁶ Zieht man den Anteil der ungelernen und angelernten Beschäftigten zusammen, auf 57% Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Beschäftigten, zeigt sich, dass im Vergleich zur Qualifikationsstruktur der deutschen Bevölkerung die Unterschiede so

¹⁰¹ Siehe: Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S.125-126, Kapitel „Schichtwechsel im Unterbau“, S. 122 f.

¹⁰² Eben diesem Teil der Arbeiterschaft wurden Fortbildungsmöglichkeiten auch verwehrt. Die Diskussion um die sogenannten segmentierten innerbetrieblichen Arbeitsmärkte, die solche Aufstiegsmöglichkeiten bzw. Nicht-Aufstiegsmöglichkeiten festschrieben, war Mitte der siebziger Jahre in vollem Gange.

¹⁰³ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

¹⁰⁴ Siehe: Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 18 u. S. 35, dort Abbildung 3.

¹⁰⁵ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S. 4.

¹⁰⁶ Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S. 123.

groß nicht sind – wenn man die schwierigeren „Startbedingungen“ der Zuwanderer berücksichtigt und deren festgestellten Aufstiegswillen.

Die Ölkrise 1973 markiert dann in wirtschaftlicher Hinsicht einen Wendepunkt für die Volkswirtschaft der alten Bundesrepublik, 1973 ist das Jahr des Anwerbestopps für Gastarbeiter. Gleichzeitig entfaltet die Bildungsexpansion Mitte der 1970er Jahre ihre stärkste Wirkung.¹⁰⁷ Die Ölkrise setzt einen Markierungspunkt hinsichtlich des einsetzenden Strukturwandels der Bundesrepublik zur sogenannten „Dienstleistungsgesellschaft“. H. Solga beschreibt die Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsmarktbedingungen und Qualifizierungsanforderungen am Beispiel der vier eben genannten Kohorten von Arbeitskräften ohne beruflichen Abschluss wie folgt:

Darstellung 2:		
Schulbesuch und Arbeitsmarktbedingungen beim Berufseinstieg (nach Heike Solga)		
Kohorte	Schulbesuch	Arbeitsmarktbedingungen beim Berufseinstieg
1930	Vor der Bildungsexpansion c.a. 1950	Mitte der 1940er bis 1950er Jahre: unmittelbare Nachkriegszeit, Arbeitslosenrate: c.a. 10%
1940 u. 1950	Bildungsexpansion hat begonnen	Mitte der 1950er bis Mitte 1970 Jahre: Arbeitslosenrate unter 4%
1960	Bildungsnorm: mindestens Realschule und abgeschlossene Berufsausbildung	Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre: Arbeitslosenrate hat sich verdoppelt von 5 auf 10%
Quelle: Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften , Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S.14.		

Der Strukturwandel, der sowohl eine strukturelle Verschiebung der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur als auch erhöhte Anforderungen hinsichtlich der Anforderungen an schulischer und beruflicher Ausbildung und Qualifikation bedeutete, brachte eine abnehmende Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit und eine stetig steigende Arbeitslosigkeit. Er lässt sich mit H. Solga wie folgt beschreiben:

¹⁰⁷ Vgl. zu letzterem u. a. Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften , Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S.14.

Darstellung 3:

Strukturwandel ab Mitte der 1970er Jahre nach Heike Solga¹⁰⁸

Globalisierung: Auslagerung von industriellen Einfacharbeitsplätzen in Billiglohnländer.

Deindustrialisierung und Strukturwandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Anders als die Arbeit im Fertigungsbereich werden soziale und kulturelle Kompetenzen bei den Beschäftigten nachgefragt. Kognitive und zeitliche Flexibilität werden zunehmend bedeutsamer.

Reorganisations- und Rationalisierungsprozesse auf der Basis der Informationstechnologien leiten die „dritte industrielle Revolution“ ein. Hierarchische Arbeitsteilungen werden durch anspruchsvollere, prozessorientierte und partizipative Arbeitsformen ersetzt und erfordern die eben genannten kognitiven und sozialen Kompetenzen verstärkt. Informationstechnologien sind als Basistechnologien in fast allen beruflichen Tätigkeiten von Bedeutung. Neue Berufe entstehen dadurch jedoch kaum. Mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten überwiegend bis teilweise mit computergesteuerten Maschinen / Anlagen oder Bürogeräten.

Dies führt insgesamt zu einem Beschäftigungsabbau, dem nach Ansicht verschiedener Autoren ohne politische Gegensteuerung kein erneuter Beschäftigungszuwachs mehr folgt. Dementsprechend generelle Arbeitsplatzknappheit, der laut H. Solga u. a. auch durch die quantitative Erhöhung des Arbeitsangebots in Form von Zuwanderung/Übersiedlern, Frauen, Studierenden und (Früh)-Rentnern verursacht wurde. Gleichzeitig Überangebot an ausgebildeten Personen, das sich mit der Bildungsexpansion in allen westlichen Ländern seit den 1950er Jahren deutlich erhöht hat.

Globalisierung

Diesen Weg in die neuen Verhältnisse der Dienstleistungsgesellschaft (und in die Globalisierung) zwischen 1973 und 1991 gingen die migrantischen Gruppen in der Bundesrepublik laut Cohn-Bendit und Schmid zwar mit. Das zeigt die folgende Tabelle. Ihr Anteil an der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich steigerte sich um mehr als das dreifache. Ihr Anteil an den von ihnen zuvor hauptsächlich Arbeit bietenden Wirtschaftsabteilungen Energie/Bergbau und Baugewerbe halbierten sich ungefähr. Immer noch knapp mehr als die Hälfte blieb im Verarbeitenden Gewerbe, deutlich mehr als gegenüber den deutschen Beschäftigten.

¹⁰⁸ Vgl. zu letzterem u. a. Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S.4 - 5.

Tabelle 7: Verteilung der ausländischen Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen 1973 und 1991 in Prozent		
	1973	1991
Land- und Forstwirtschaft	1	0.9
Energie, Bergbau	3	1.7
Verarbeitendes Gewerbe	62	51.0
Baugewerbe	14	7.7
Handel, Banken, Versicherungen	6	9.3
Verkehr	2	4.4
Dienstleistungen	7	22.8
Quelle: Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S. 120.		

Die Tatsache, dass auch die Ausländer diesem Trend folgten, so die beiden Autoren, bewies zwar, dass die ausländischen Beschäftigten ein weiteres Mal ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt behaupten konnten. Aber „ein qualitativer Sprung“ konnte ihnen nicht mehr gelingen. Während in der Bildungsexpansion auch der deutschen un- und angelernten Arbeiterschaft (jedenfalls in der Generationenfolge) eine Anpassungsbewegung gelang, blieben die ausländischen Arbeitskräfte in weit überdurchschnittlicher Weise die Rationalisierungs- und Modernisierungsverlierer des Strukturwandels, was sich bis heute bemerkbar macht. „Während die industrielle Rationalisierung den Deutschen (von gewichtigen Ausnahmen abgesehen) eher neue Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet hat, hat sie die ausländischen Beschäftigten entweder eher in die Arbeitslosigkeit getrieben oder ihnen neue unqualifizierte Jobs beschert“.¹⁰⁹ Eine Rückkehr der „Arbeitsmigranten“ in ihre Heimatländer wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit war, vielleicht entgegen mancher Erwartung, nicht ohne weiteres möglich. Viele hatten bereits ihre Familien nach Deutschland geholt, was eben ihren Willen unterstreicht, sich im neuen Land eine Existenz aufzubauen. Konnte man in Deutschland noch auf eine Wiederaufnahme der Arbeit hoffen, schien diese Perspektive im Herkunftsland berechtigterweise wohl geringer.¹¹⁰

¹⁰⁹ Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S. 131.

¹¹⁰ Vgl. Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 80.

Empirisch, so Andreas Treichler, kann bis in die 1970er Jahre signifikant eine Entsprechung von Ausländerbeschäftigung und Konjunkturzyklus festgestellt werden.¹¹¹ Noch bis Ende der 1970er Jahre lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Beschäftigten nahe der Gesamtquote, beide zwischen 3 und 4 Prozent. Ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre, wieder nach A. Treichler, beginnt sich in Deutschland bezogen auf die gesamte Bevölkerung eine Massenarbeitslosigkeit zu verfestigen. Die konjunkturellen Zyklen entkoppeln sich zunehmend vom Arbeitsmarkt, bringen also keine grundlegenden Entlastungen mehr gegenüber einer zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit. Trotz zunächst erwünschter Arbeitsfähigkeiten bildeten die Arbeitsmigranten zuerst einen Hebel des konjunkturellen Aufschwungs der Bundesrepublik. Nicht zuletzt auch aufgrund aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen und solcher der Arbeitserlaubnis bildeten sie dann im Abschwung den „Puffer“, der in Form höherer Arbeitslosigkeit die größeren Lasten abzufangen hatte.¹¹² Nach Angaben von Floeting/Reimann und Schulerie-Hartje gefolgert, bewegte sich die Arbeitslosenquote der ausländischen Beschäftigten gegenüber der Gesamtquote mit Beginn der 1980er Jahre auseinander und bewegte sich, etwas vereinfacht gesagt, bis 2001 auf einem ungefähr doppelt so hohem Niveau der Gesamtquote, bei stärkeren Ausschlägen nach oben im Verlauf.¹¹³ Nach A. Treichler liegt zwischen den Jahren 2000 und 2006 die niedrigste Gesamtquote der Arbeitslosigkeit bei 10,3% im Jahr 2001. Die Quote der Ausländer liegt in diesem Jahr bei 17,8%. Die höchste Gesamtquote in diesem Zeitraum liegt 2005 bei 13,0%, die Quote der Ausländer in 2005 ist 25,2%. Im Jahr 2006, so Treichler, waren mit über 32% türkische Staatsangehörige überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Allerdings: italienische Staatsangehörige mit 7% und griechische Staatsangehörige mit knapp 4% sind unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.¹¹⁴

Vor dem Hintergrund des jetzt in diesem Kapitel erläuterten lässt sich folgendes Fazit ziehen: Rationalisierung und Qualifizierung können nicht als die zwei Seiten einer Medaille

¹¹¹ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 80.

¹¹² Vgl. Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 80.

¹¹³ Floeting, H., Reimann, B., Schulerie-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), S. 4.

¹¹⁴ Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 80 u.81.

gesehen werden. Qualifizierung ist individuell wohl immer der geeignete Weg, Sicherheit gegenüber Erwerbslosigkeit zu finden und muss deshalb gefördert werden. Indes können auch diese individuellen Anstrengungen die Auswirkungen eines Strukturwandels nicht allein kompensieren. Empirischen Untersuchungen nach, wie der von Horst Kern und Michael Schumann 1984¹¹⁵, erfüllen sich Erwartungen nicht, dass sich mit dem technologischen Fortschritt die gesellschaftlich notwendige Arbeit insgesamt reduziert. Einerseits verringern Rationalisierungsprozesse zwar immer im jeweiligen Bereich den Bedarf an Beschäftigten. Andererseits scheinen solche Modernisierungsprozesse immer neue Tätigkeitsfelder hervorzubringen, die vor allem von unqualifizierten Arbeitstätigkeiten geprägt sind, wie z. B. nach H. Solga oben gezeigt. Im Vergleich zu den deutschen Beschäftigten führte der Zugang in die Dienstleistungsgesellschaft die Migrantinnen und Migranten nur überproportional in die unqualifizierten Dienstleistungsarbeiten, ansonsten sind sie dort noch unterdurchschnittlich vertreten. Darüber hinaus führte der Weg überproportional in die Arbeitslosigkeit.¹¹⁶ Und das eben nicht nur auf Grund fehlender Qualifikationen, wie gezeigt.

Kritisch, aber in aller Klarheit, nennt A. Treichler deshalb vier Punkte, welche die gegenwärtige Situation ebenso hinterfragen, wie sie ihr die Richtungen weisen. Erstens: Die Anstrengungen die gegenwärtig in beruflicher Bildung und Qualifizierung unternommen werden, z. B. durch die Förderung interkultureller Kompetenzen migrantische „Problemgruppen“ auf dem Arbeitsmarkt zum Erfolg zu verhelfen, dürfen nicht vergessen lassen, dass es auch in Zukunft ein Überangebot an geringer Qualifizierten geben wird. Das wertet die genannten Bemühungen in keiner Weise ab. Im Gegenteil: Hier werden richtungsweisende Methoden und Inhalte der Förderung entwickelt. Aber die sozialpolitischen Aufgaben diesbezüglich bleiben trotzdem bestehen. Ohne sie laufen diese Bemühungen mehr oder weniger ins Leere. Zweitens, so wieder Treichler, könne eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik nicht eine Forderung der Arbeit „um jeden Preis“ bedeuten. Arbeit muss existenzsichernd sein, sonst macht sie unter Integrationsgesichtspunkten eben keinen Sinn. Drittens müsse auch die Arbeitsmarktpolitik die sozialpolitischen Fragen mit beantworten können, wie eben erläutert. Viertens können die wünschenswerten arbeitsmarktintegrativen und Beschäftigung förderliche Maßnahmen der Fort- und

¹¹⁵ Horst Kern, Michael Schumann, 1984, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung. München. Zitiert nach: Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S. 131.

¹¹⁶ Vgl: Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas: 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg, S. 131.

Weiterbildung nur dann nachhaltig wirksam sein, wenn sie für die Beteiligten in Ausbildung und Beschäftigung münden.¹¹⁷

¹¹⁷ Vgl. Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 82.

6 Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund integrativer Politikansätze der Europäischen Union und der strukturellen Dynamik der Gesellschaft

Bis jetzt wurden Bildungssituation und Bildungsbestreben von Migrantengruppen vor dem Hintergrund der strukturellen Dynamik der deutschen Gesellschaft dargestellt und schließlich daraus folgende, für notwendig erachtete Maßnahmen von staatlicher Seite. Im Weiteren sollen erstens (von der europäischen Seite her) diejenigen strukturellen Entwicklungen von Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit sowie ihrer sozialen Folgen aufgezeigt werden, die Einfluss nehmen können auf die Bildungssituation und insgesamt auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Zweitens wird vor diesem Hintergrund konkretes freiwilliges Engagement auf der lokalen Ebene dargestellt.

Helmut Klages stellt im Jahr 2000 eine zunehmende Bedeutung des freiwilligen oder bürgerschaftlichen Engagements fest. Diese Entwicklung kennzeichnet er zunächst einerseits von der materiellen Seite her. „Noch vor einiger Zeit wäre es undenkbar gewesen, dass von offizieller Seite die Wertschöpfung, die in einzelnen Bereichen des freiwilligen Engagements geleistet wird, in Mark und Pfennig umgerechnet wird“.¹¹⁸ Er sieht aber in diesen aus allen Engagementbereichen aufgerechneten „Multi-Millionensummen“ nur den Anlass, der zu den bedeutsameren Ursachen und Gründen führt, dem bürgerschaftlichen Engagement die verdiente „öffentliche Aufmerksamkeit und Würdigung“ zu geben.¹¹⁹ Die Bedeutung freiwilligen Engagements beruht nach ihm auf vier fundamentalen Funktionen, die das Engagement in unserem gesellschaftlichen und politischen System innehat.¹²⁰ Das ist erstens, dass das bürgerschaftliche Engagement wichtige Beiträge leistet zur Bewältigung der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte. Perspektivisch ist das Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf eine Rückverlagerung von Staatsaufgaben an die Gesellschaft gekennzeichnet, aus der sie in der Vergangenheit einmal herausgelöst wurden. Das bedeutet auch eine Rückverlagerung von Verantwortung und die Entstehung neuer Formen von Finanzierung (Public-Private-Partnerships). Zweitens hat sich in manchen Bereichen die Leistungsgrenze sozialstaatlicher Daseinsfürsorge offenbart. Klages nennt hier das sehr zutreffende Beispiel der psychischen Stabilisierung chronisch kranker Menschen. Sie braucht dazu unabdingbar die personale Beziehung zu anderen. Diese wird natürlich auch in Kliniken und Rehabilitationseinrichtungen im Rahmen der professionellen Hilfe gewährt. Aber darüber

¹¹⁸ Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 151.

¹¹⁹ Vgl.: Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 151.

¹²⁰ Vgl.: Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 151.

hinaus ist diese „Beziehungsarbeit“ im besten Sinne nur noch durch Selbsthilfe der Betroffenen und ihrer Unterstützer zu erreichen. Drittens ist das ehrenamtliche Engagement sowohl Medium als auch selbst Akteur, um krisenhafte Entwicklungen im Verhältnis zwischen dem Staat und immer ‚verdrossener‘ werdenden Bürgern durch Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu überwinden. Bürgerschaftliches Engagement trägt nach Klages deshalb zur Weiterentwicklung der Demokratie bei.¹²¹ Viertens ist bürgerschaftliches Engagement der gesellschaftliche Ort, an dem die Formen einer Tätigkeitsgesellschaft erkennbar werden könnten, „die manche heute schon an die Stelle der bisherigen ‚Arbeits- und Leistungsgesellschaft‘ treten sehen“. Klages ist da nicht ohne Grund skeptisch, räumt aber dem Sachverhalt vor dem Hintergrund der eben wiedergegebenen Entwicklungen Realitätsgehalt ein. Denn ohne bürgerschaftliches Engagement könne die Lebenssituation einer wachsenden Zahl aus der Bahn geworfener Menschen wohl nicht auf einem irgendwie noch akzeptanzfähigen Niveau gehalten werden.¹²²

Souverän spricht der Rat der Europäischen Union in diesem Zusammenhang vom „Mehrwert“, den die Freiwilligentätigkeit für die Gesellschaft erzeugt. In seiner Entscheidung vom 27. November 2009 „über das Europäische Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011)“ heißt es über die Freiwilligentätigkeit: „Sie ermöglicht es sowohl dem Einzelnen als auch Vereinigungen, sich für menschliche, soziale, intergenerationelle oder umweltpolitische Bedürfnisse und Belange einzusetzen und wird oft zur Unterstützung einer nicht gewinnorientierten Organisation oder Bürgerinitiative ausgeführt. Die Freiwilligentätigkeit ersetzt keine professionellen, bezahlten Arbeitsplätze, sondern bietet der Gesellschaft einen Mehrwert“.¹²³ Keupp, Kraus und Straus „antworten“ darauf aus der umgekehrten Perspektive mit einer bissigen Bemerkung: „Bürgerschaftliches Engagement kann nicht als ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie für jene Teile der Bevölkerung gelten, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten“.¹²⁴ Weil in ihrem Verständnis „Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit das zentrale Medium der

¹²¹ Von einem innovationstheoretischen Verständnis her, kann Bürgerbeteiligung z. B. zu einem erweiterten Verständnis der Regelhaftigkeit demokratischer Verhältnisse führen. Eine Gesellschaft „lernt“ ihr know-how des Regelgebrauchs zu erweitern in dem sie auf neue bisher unbekannte Situationen zu beziehen. Das bedeutet, dass bestehende Regeln nicht unbedingt aufgegeben werden müssen, was zu Krisen des gesellschaftlichen Konsenses führen kann. Sie können vielmehr weiterentwickelt werden.

¹²² Vgl.: Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 151-153.

¹²³ Entscheidung des Rates der Europäischen Union über das Europäische Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) vom 27. November 2009, Amtsblatt der Europäischen Union, IV, I.17/43 v. 22.1.2010.

¹²⁴ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 217.

Identitätsentwicklung der Moderne gewesen (ist)“, fragen sie: „Wenn aber die Erwerbsarbeit für viele Menschen keine Verankerungsmöglichkeit mehr bietet, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden?“.¹²⁵ Gegen die Beteiligung erwerbsloser Menschen am freiwilligen Engagement sprechen sie sich nicht aus. Es geht ihnen dabei um diejenigen Voraussetzungen für eine verstärkte Beteiligung Erwerbsloser, die Sinn stiftende Aktivitäten ermöglichen und eben keine „Beschäftigungstherapie“. Ein Verständnis von Sinnstiftung ist im bürgerschaftlichen Engagement vorhanden. Es kann also auch einer der Ausgangspunkte für ein in der Gesellschaft sich entwickelndes „Konzept“ der Bürgerarbeit sein.

Auch der Rat der Europäischen Union begreift dieses Mehr an gesellschaftlichem Wert, den die Freiwilligenarbeit erzeugt, nicht in erster Linie als materiellen. In seiner genannten Entscheidung geht der Rat in insgesamt 19 Punkten auf die Gründe ein, die ihn zum Beschluss des Jahres der Freiwilligentätigkeit bewogen haben. Einige in diesem Zusammenhang wichtige werden unter Angabe der Nummerierung wie folgt wiedergegeben:

- Die Förderung einer aktiven Bürgerschaft stellt ein zentrales Element bei der Förderung des Zusammenhalts und der Entwicklung der Demokratie dar (2)
- Der Rat betrachtet die Freiwilligentätigkeit als eine wesentliche Dimension der aktiven Bürgerschaft und der Demokratie und will das ins Bewusstsein der europäischen Bevölkerung rücken (3).
- Die Freiwilligenarbeit stellt eine bereichernde Lernerfahrung dar, ermöglicht den Erwerb sozialer Fertigkeiten und Kompetenzen und trägt zur Solidarität bei (4).
- In den vom schnellen Wandel geprägten Gesellschaften werden wirksame Maßnahmen zur Unterstützung von Freiwilligentätigkeiten benötigt. Peer-Learning, Austausch und Entwicklung bewährter Verfahren sollen deshalb auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in der Gemeinschaft stattfinden (6).
- Unbeschadet der nicht materiellen Aspekte kann die Rolle von gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen unter folgenden Aspekten genannt werden: Dem wirtschaftlichen Aspekt der Schaffung von Arbeitsplätzen, dem sozialen Aspekt der Leistung eines Beitrags zur Festlegung sozialpolitischer Strategien und somit zum sozialen Fortschritt; sowie dem politischen Aspekt der Förderung von Demokratie, Bürgersinn und Bürgerbeteiligung (8).
- Freiwilligentätigkeit ist ein Kernelement in verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen und –netzen der Europäischen Union, u. a. dem des „Lebenslangen Lernens“ (13).

¹²⁵ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 217 u. 218.

Diese Punkte verdeutlichen erstens, dass Strategie und Methode dieser EU-Politik in den Zusammenhang der Politik der offenen Koordinierung der Europäischen Union eingeordnet werden kann. Auf sie muss im Zusammenhang kurz eingegangen werden. Die Ziele dieser Politik können - sehr allgemein formuliert - mit der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Festigung des sozialen Zusammenhalts in den Mitgliedsländern beschrieben werden. Entscheidendes Merkmal dieser Politik ist eine koordinierte Dezentralität. Das heißt: Die EU bietet wie oben genannt gemeinsame Ziele für die beteiligten Mitgliedsländer an, auf die man sich verständigt. Auf allen Ebenen werden diese globalen Ziele eigenständig verfolgt – aber in Vernetzung und damit im Austausch untereinander. D. h. alle Initiativen auf der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene sollen vertikal miteinander vernetzt sein. Gleichzeitig existieren Vernetzungen horizontal auf den einzelnen Ebenen. Damit entgeht man erstens einer der politischen Struktur der EU nicht gerechten zentralen Steuerung und kann zweitens auf den Vorteil der vielfältigen Kreativität und Synergien einer dezentralen aber vernetzten Planung hoffen.

Die vereinfachende Beschreibung dieser formalen Gesichtspunkte ist hier wichtig. Denn die methodische Vorgehensweise zielt nicht nur auf ein einzelnes Politikfeld wie das genannte oder z. B. die Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union (EBS). Die EU hat Anlass, diese Politikfelder in eine Gesamtstrategie einzubeziehen, denn zu Beginn des neuen Jahrtausends sieht sich die Europäische Union mit einem „Quantensprung“ (Lissabon-Strategie) hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung konfrontiert.

Um die bisher erzielten Erfolge der europäischen Integrationspolitik zu festigen und weiterzuentwickeln, müssen die strategischen Entwicklungsziele der EU einerseits auf die Anforderungen der Globalisierung ausgerichtet sein. Andererseits: „Diese Veränderungen wirken sich auf jeden Aspekt des Alltagslebens der Menschen aus“,¹²⁶ so dass aufgrund desintegrativer Entwicklungen der soziale Zusammenhalt verloren zu gehen droht, der aber für die Gesellschaft unverzichtbar ist. Von Seiten der EU erachtet man es deshalb für erforderlich, diese tiefgreifenden Veränderungen in den Mitgliedsländern so zu gestalten, „dass sie ihren Wertvorstellungen und ihrem Gesellschaftsmodell entsprechen.“¹²⁷ Mit diesen Leitgedanken werden Programme „für den Aufbau von Wissensinfrastrukturen, die Förderung von Innovation und Wirtschaftsreform und die Modernisierung der Sozialschutz- und

¹²⁶ Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 200, <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussfLissabon2000.pdf>, Zugriff: 06.03.09, S.1.

¹²⁷ Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 200, <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussfLissabon2000.pdf>, Zugriff: 06.03.09, S.1.

Bildungssysteme“¹²⁸ entwickelt und in den Kontext einer interagierenden Wirtschafts- und Sozialpolitik gestellt.

Zu letzterer wäre die Freiwilligentätigkeit zu zählen. Eine Beschreibung ihres Interaktionszusammenhanges mit der Wirtschaftspolitik findet sich bei Keupp, Straus und Kraus (unter Bezug auf Robert Putnam Peter Senge). Demnach müssen Organisationen, und man kann sagen Gesellschaften, um unter den gegenwärtigen Bedingungen zukunftsfähig zu bleiben, in allen Bereichen vor allem die Phantasie, Kreativität, persönliche Reflexionsfähigkeit im Sinne eines kontinuierlichen Infragestellens und Überprüfens innerer Bilder, die Gemeinschaftsfähigkeit und vor allem die Fähigkeit zu gemeinsamen Visionen fördern“.¹²⁹ Bezogen auf z. B. auf den beschriebenen Bildungsbegriff der sich auch auf die individuelle Selbststeuerung bezieht, die nicht ausschließlich durch formale Bildungswege allein gebildet werden kann, heißt das: Würde in einer Gesellschaft dafür kein soziales Kapital in ausreichendem Maße vorhanden sein, könnte das den drei Autoren nach zu einer „bedrohlichen Minderung der ökonomischen Zukunftschancen“ dieser Gesellschaft führen. „Eine Gesellschaft, die auf individuelle Durchsetzungsfähigkeit und Konkurrenz setzt, hinterlässt genau in diesem Bereich verheerende Defizite“.¹³⁰ Anders gesagt, das marktwirtschaftliche System kann die Voraussetzungen, die es zum Funktionieren braucht, nicht allein in der marktwirtschaftlichen Sphäre herstellen.

Obwohl z. B. „Europa“ eine Vision ist, könnten viele dem Begriff Vision mit Skepsis begegnen. Von der Theorie der sozialen Innovation her kann man in etwa so formulieren, dass der „Gegenwartsdruck“, den die globalen Umwälzungen in den Gesellschaften erzeugen, ein auf die Zukunft gerichtetes projektiv-kombinierendes Denken zunehmend erforderlich werden lässt, das für die gegenwärtigen Verhältnisse Szenarien ihrer Fortentwicklung entwirft und sie auf ihre realen Möglichkeiten hin überprüfen kann. „In der industriegeprägten Arbeitnehmer-Gesellschaft wurden die Menschen zu möglichst perfekten Kopisten vorgegebener Blaupausen ausgebildet. In Zeiten globaler Konkurrenz werden hingegen sowohl für die Weltwirtschaft als auch für die demokratische Gesellschaft schöpferisch handelnde Grenzgänger wichtiger, die fähig sind zur Selbstbestimmung, Mitbestimmung und zur

¹²⁸ Schlussfolgerungen des Vorsitizes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussfLissabon2000.pdf>, Zugriff: 06.03.09, S.1.

¹²⁹ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 217 u. 219.

¹³⁰ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 219.

Solidarität über Grenzen hinweg“.¹³¹ Vorausschauendes Denken hatte immer seine herausragende Bedeutung. Aber es musste sehr viel stärker auf bestehende normative Kontexte zurückgeführt werden. Heute geht es darum, aus solchen Kontexten zum Teil sogar gänzlich heraustreten zu können, um neue Wege von Problemlösung zu finden.

Unwillkürlich stößt man hier in Bezug auf die geschilderte interagierende Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Widersprüchlichkeiten, die systemischer, nicht normativer Art sind. Auch in Bezug auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligentätigkeit, weil auch dieses einzelne Feld der Politik mit einem der umfassenden Ziele der EU-Politik verbunden ist, der Förderung des sozialen Zusammenhalts, der sozialen Kohäsion in der europäischen Bevölkerung. Genannt wurde die Entscheidung des Rates zur Freiwilligentätigkeit: Die Förderung einer aktiven Bürgerschaft stellt ein zentrales Element bei der Förderung des Zusammenhalts und der Entwicklung der Demokratie dar. Der Rat betrachtet die Freiwilligentätigkeit als eine wesentliche Dimension der aktiven Bürgerschaft und der Demokratie und will das ins Bewusstsein der europäischen Bevölkerung rücken (s. o.).

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU wird nicht grundlos kritisch hinterfragt. Andererseits muss diese Politik Widersprüchlichkeiten wie die oben genannten bearbeiten, die sie nicht selbst erzeugt, aber verstärken oder abschwächen kann. Die EU-Politik des Sozialen Zusammenhalts setzt auf die Verstärkung aufzufindender Vereinbarkeiten der sozialen und der ökonomischen Sphäre z. B. hinsichtlich der Sozialschutzsysteme der Mitgliedstaaten. Sie unterstützt bürgerschaftliches Bestreben nach Gemeinsinn und Solidarität und sucht es zu erzeugen. Beides mit dem Ziel umfassender gesellschaftlicher Integration. Eine solche Integration bezieht sich nach Floeting/u. a./ und Häußermann auf zwei Ebenen: „einerseits auf Individuen oder auch Gruppen; sie ist dann gegeben, wenn diese Menschen über gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Strukturen verfügen (Integration in die Gesellschaft). Andererseits bezieht sich Integration auch auf gesellschaftliche Systeme und liegt dann vor, wenn sich die Teilsysteme in einem hinreichend stabilen Zustand befinden (Integration der Gesellschaft)“.¹³²

Gezeigt wurde, dass die Ebenen der Ökonomie und des Sozialen einander bedingen, weil sie ihre jeweiligen Bestandsvoraussetzungen inhärent nicht erzeugen können. Es treten auf der systemischen Ebene wie gezeigt Widersprüchlichkeiten auf, die Konflikte zwischen den

¹³¹ Beck, Ulrich, Welche Universität wollen wir? in: Frankfurter Rundschau, Nr. 31, 6/7 Februar 2010.

¹³² Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), S. 2.

Individuen und zwischen Gruppen erzeugen können. Aus einer Überlegung Heinrich Epskamps folgernd (der sie auf die europäische Bildungspolitik im Bologna-Prozess bezieht) ist auch das Ziel der hier behandelten EU-Politik der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements „die Stärkung dessen, was Durkheim des *‘lien social’* genannt hat, also der sozialen Kohäsion (.). Das kann nur formal gemeint sein, dann bedeutet es nicht mehr als die Realisierung von Chancengleichheit und damit auch die Realisierung gleicher Konkurrenzbedingungen, inhaltlich kann es aber, so verstand es der Integrationstheoretiker Durkheim, den Begriff der *‘Solidarität’* einschließen, dann meint es gerade den Ausschluss von Konkurrenz, wenn es um die Teilhabe an elementaren Ansprüchen, wie Bildung, Gesundheit, politische Beteiligung und Selbstbestimmung überhaupt geht“.¹³³

Der politischen Gestaltung kann es nicht zuerst um die Auflösung solcher Widersprüchlichkeiten gehen, sondern um deren prozesshafte Bearbeitung im Sinne von Jens Aderholds Verständnis von sozialer Innovation und Innovationsbereitschaft: „Innovationsbereitschaft herstellen bedeutet unter diesen Voraussetzungen nichts anderes als die Erzeugung bzw. Initiierung von Alternativbewusstsein, das sich nicht auf eine Ergebnisbezogenheit zusammenziehen darf, sondern welches stetig und ständig präsent bleiben muss“.¹³⁴ Einerseits schließt das das wirtschaftliche Teilsystem Arbeitskräfte aus und lässt sie zu erwerbslosen Menschen im sozialen System werden. Andererseits können mindestens in den marginalisierten Zonen der sozialen Sphäre nicht mehr die angesprochenen Kompetenzen entstehen, welche die Menschen in der ökonomischen Sphäre als Arbeitskräfte brauchen. Es geht also nicht um einen mechanistischen Ausgleich in kommunizierenden Röhren. Es geht in der sozialen Sphäre erstens sehr wohl um materielle Sicherheiten und entscheidend darum, die Produktivität des Sozialen in buchstäblich menschlichen und sinnstiftenden Verhältnissen aufrechtzuerhalten. Das ist durchaus einem Verständnis von der Hebung des Humankapitals verdächtig. Es geht aber genauso darum, die beschriebenen komplementären systemischen Beziehungen intakt zu halten, welche insgesamt die Lebensgrundlage der Gesellschaftsmitglieder bilden. Gesteht man dem Sozialen seinen Selbstbehalt nicht zu, zeitigt seine Erosion ebenso existenzielle Folgen wie die ökonomische Exklusion. Um den Sinn dieses Selbstbehalts muss es auch in der offenen Koordinierung der lokalen, regionalen und nationalen Ebenen gehen, wenn im bürgerschaftlichen Engagement

¹³³ Epskamp, Heinrich, „Die Philosophie des Bolognaprozesses - Logik und Widersprüche“, in: Epskamp, Heinrich, Gümrikcü, Harun (Hg. u. a.) Der Bolognaprozess und die Türkei – die Schaffung des Europäischen Hochschulraums. Unveröffentlichte Studie, erscheint voraussichtlich erstes Halbjahr 2010.

¹³⁴ Aderholdt, Jens, „Gesellschaftsentwicklung am Tropf technischer Neuerungen?“, in: Aderholdt, Jens, John, René, 2005: Innovation, Sozialwissenschaftliche Perspektiven, Konstanz, S. 25.

stetige Lern- und Erfahrungsprozesse zum Tragen kommen sollen, welche die keimhaften Vorlagen und Modelle neuer Problemlösungen liefern könnten.

Vor diesem Hintergrund können im Folgenden zwei Bereiche angesprochen werden. Erstens muss auf jene Desintegrationsentwicklungen eingegangen werden, auf welche die genannte Politik der EU antwortet. Festzustellen ist, dass die beschriebene EU-Politik die Politiken der Mitgliedsländer durch die gezeigten Formen der Interaktion in eine Gleichzeitigkeit gegenüber den Einflüssen der Globalisierung bringt. Dies wirkt sich sowohl inhaltlich auf die Politiken der Mitgliedsländer aus als auch auf die Mehrzahl der Aspekte des Alltagslebens der Menschen in Europa. Abschließend kann die Erläuterung auf die lokale Ebene zurückkehren und Beispiele von dort stattfindender Freiwilligentätigkeit in den Blick nehmen. Denn „sowohl die individuelle Identitätsarbeit als auch die Herstellung von gemeinschaftlich tragfähigen Lebensmodellen unter Menschen, die in ihrer Lebenswelt aufeinander angewiesen sind, erfordern ein eigenständiges Verknüpfen von Fragmenten. Bewährte kulturelle Modelle gibt es dafür immer weniger.“¹³⁵

6.1 Dynamik, Exklusion und gesellschaftliche Desintegration

Denn am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen die heutigen Entwicklungen der Prekarität¹³⁶ eines großen Teils der Erwerbsarbeit, des sozialen Abstiegs sowie der Ausgrenzung und Marginalisierung sozialer Gruppen die deutschstämmige Bevölkerung gleichzeitig und in gleicher Weise vor neue sozial- und beschäftigungspolitischen Fragen wie die Migrantinnen und Migranten auch.¹³⁷ Sie wurzeln im mehr als zwei Dekaden andauernden epochalen und globalen Wandel des Wirtschaftssystems, der nach Loic Wacquant durch die Deregulierung der Finanzmärkte, dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Lohnarbeit und dem Gebot der Flexibilisierung der Arbeitskraft beschreibbar ist.¹³⁸ Nach Klaus Dörre befindet sich die Mehrzahl der Beschäftigten in Deutschland formal noch immer in geschützter Beschäftigung, die dem gesellschaftlichen Standard von Arbeit und Beschäftigung definiert. „Das geschieht

¹³⁵ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 219.

¹³⁶ Zu dieser Frage siehe: Castel, Robert u. Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. Dort zur hier aufgeworfenen Frage im Besonderen: Dörre, Klaus, 2009: „Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus“, S. 35 f.

¹³⁷ Zu dieser Frage siehe: Castel, Robert u. Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. Dort zur hier aufgeworfenen Frage im Besonderen: Dörre, Klaus, 2009: „Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus“, S. 35 f.

¹³⁸ Wacquant, L., „Die Wiederkehr des Verdrängten. Unruhen, „Rasse“ und soziale Spaltung in drei Fortgeschrittenen Gesellschaften“. In: Castel, R., Dörre, K. 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt. S.111.

jedoch in einem radikal veränderten gesellschaftlichen Umfeld, in welchem sich (.) ein Übergang von 'marginaler' zu 'disqualifizierender' oder (.) 'diskriminierender' Prekarität vollzieht".¹³⁹ Es bilden sich aber nach Dörre drei „Strukturformen von Prekarität“ aus. Erstens die Überzähligen der Arbeitsgesellschaft, zu denen Dörre bezogen auf das Jahr 2007 die Mehrzahl der c. a. 7,4 Millionen Empfänger von Leistungen der staatlichen Grundsicherung zählt. Zweitens die expandierenden Gruppen in unsicheren, niedrig entlohnten und gesellschaftlich gering angesehenen Arbeitsverhältnissen, darunter etwa eine Million Leiharbeiter. Drittens die Gruppen, auf deren noch sichere Arbeitsverhältnisse das Merkmal der „versteckten Prekarität“ (Dörre) zutrifft. „Standortkonkurrenzen, Reallohnverlust und schleichende Aushöhlung von Kollektivvereinbarungen“ erzeugen am Rand der sozialen Mitte“ (Dörre) Erosionsprozesse, die nicht mehr zu übersehen sind.

Diese Differenzierungs- und Exklusionsvorgänge rufen Entwicklungen hervor, die sich in Konkurrenzen und Konflikte „um Güter, Transferleistungen und Chancen“ (nach Dönmez) äußern. In der Austragung dieser Konkurrenzen und Konflikte bilden die beschriebenen „tatsächlichen oder imaginierten“ (L. Wacquant) ethnisch-kulturellen und sozial-kulturellen Merkmale ein wirksames Medium der Konfliktaustragung und ideologischen Legitimierung gesellschaftlicher Exklusion. Es entsteht eine „Reservearmee der Überflüssigen“ (L. Wacquant, nach H. Cardoso und E. Faletto), „für die sich wirtschaftliche Entwicklung in schlechter werdende(n) materielle(n) Bedingungen und eine Beschränkung von Lebenschancen übersetzt“.¹⁴⁰

In dieser Übersetzung werden die für diese Entwicklung als ursächlich zu identifizierenden Faktoren in gewisser Weise unlesbar gemacht und können wie gezeigt in individuelles Versagen und individuelle Defizite umgedeutet werden. Insbesondere dann, wenn tatsächliche Bildungs- und Qualifikationslücken vorhanden sind. Die betroffenen Individuen werden im extremsten Fall mit dem Stigma der Unfähigkeit versehen und unter dem Label der Überflüssigen gebündelt. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass diese strukturell erzeugten Beschränkungen von Lebenschancen sowohl das Individuum in seiner Identitätsfindung und Identitätswahrung beschädigen, als auch das Potential für eine gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Das Individuum verliert Möglichkeiten, sich vermittels Bildung, Arbeit und sozialer Beziehungen die Lebenskompetenzen anzueignen, die ihm eine „souveränen Selbststeuerung“ seiner selbst und seines Lebensweges erlauben. Die Sortierprozesse der

¹³⁹ Dörre, Klaus, „Prekarität im Finanzmarktkapitalismus“. In: Castel, Robert u. Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M., S. 45.

¹⁴⁰ Wacquant, L., „Die Wiederkehr des Verdrängten. Unruhen, „Rasse“ und soziale Spaltung in drei Fortgeschrittenen Gesellschaften“. In: Castel, R., Dörre, K. 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt. S.100.

Arbeitskraftrekrutierung erfolgen für sie nicht mehr nur innerhalb der Hierarchie der Arbeitswelt nach unten. Sie werden, so Heike Solga, von vornherein aussortiert¹⁴¹ und bleiben (auch für das Gemeinwesen) verloren.

Das ist einerseits die extremste der zu beschreibenden gesellschaftlichen Lagen. Andererseits bildet sich hier ein Kernproblem der gegenwärtigen Gesellschaft am deutlichsten ab. Ökonomische und soziale Exklusion bedeutet nicht mehr „nur“ eine Verortung der Betroffenen an den marginalen Rändern der Gesellschaft. Exklusion droht zu einer tatsächlichen Überflüssigkeit der Betroffenen zu führen. Ob migrantischer oder deutscher Herkunft, die durch den beschriebenen Exklusionsprozess einerseits Ausgeschlossenen, werden durch diesen Vorgang zu einer Gruppe, die in der Gesellschaft nur noch anwesend ist, aber nicht mehr zu ihr gehört. Bildung ist eine individuelle Ressource, die entscheidend mitwirkt, um in die Überflüssigkeit zu gelangen oder nicht. Bildung ist eine gesellschaftliche Ressource, deren strukturelle Bedingungen zur „Ressourcenentwicklung“ entscheidend daran mitwirken, wer in die Überflüssigkeit gelangt und wer nicht. Die jeweiligen Chancen dafür, sind wie gezeigt zwischen der deutschstämmigen Bevölkerung und der migrantischer Herkunft noch einmal, also zweifach ungleich verteilt. Dieser individuelle Verlust von Bildung hat aber auch gesellschaftliche Folgen, wie jetzt zu zeigen ist.

¹⁴¹ Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften, Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, S.11.

6.2 Gefährdung gesellschaftlicher Entwicklung durch Desintegration

Diese Entwicklung trägt einerseits Widersprüchlichkeiten in sich, welche die auf diese Entwicklung bezogenen Modernisierungsanstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene andererseits gefährdet erscheinen lassen. Denn diese Anstrengungen wollen ihrem Selbstverständnis nach durch eine Gestaltung der fortgeschrittenen Internationalisierungs- und Europäisierungsprozesse der Wirtschaft und eine Um- und Neugestaltung der (nationalen) sozialen Sicherungssysteme insgesamt eine erneute wirtschaftliche und soziale Stabilität auf nationaler und europäischer Ebene erreichen.

Man kann diese Widersprüchlichkeiten beginnend bei ihrem sprachlichen Ausdruck weiter verfolgen. Die Formulierung einer „Reservearmee der Überflüssigen“, will (absichtlich) die damit verbundene Paradoxie zum Ausdruck bringen, die in der wörtlichen Deutung der Formulierung steckt. Wenn jemand tatsächlich überflüssig ist, dann kann er auch tatsächlich für nichts mehr eine Reserve sein. Auch nicht für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die Erläuterung der Überflüssigkeit gelangt hier an einen unbewegten Punkt. Sie müsste die Überflüssigen sich selbst überlassen.

Statt dessen zeigt sich u. a. an den Migrantengruppen und ihrer Nachkommen in Deutschland, dass heute gegenüber den Konsequenzen aus dem bekannten Schema Vorsicht geboten ist, dass Modernisierungsprozesse und im weiteren Sinne Prozesse der ökonomischen und sozialen Innovation unabänderlich Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer hervorbringen müssen. Das ist zwar tatsächlich so, auch wenn über die Lastenverteilung und die soziale und wirtschaftliche Abfederung dieser Lasten für die Betroffenen in der Demokratie verhandelt wird.

Andererseits könnten hier auftretende Widersprüchlichkeiten in der Logik der Hebung oder eben der Preisgabe von Humankapital zu Folgen neuer gesellschaftlicher Art führen. Erstens steht nach Andreas Treichler einerseits nicht zu erwarten, dass die Einflüsse, die Europäisierung und Globalisierung auf die zu regulierenden Arbeitsmärkte nehmen, zu einem unbegrenzten, Konkurrenz getriebenen Ersatz des jeweils auf nationaler Ebene „überflüssig“ werdenden Arbeitskräftepotentials führen könnten. Denn nur dann könnte die genannte Logik irgendwie aufgehen. „In der Tat ist [aber] empirisch festzustellen, dass bislang lediglich bestimmte Personengruppen, welche quantitativ eher ein kleines Segment internationaler Arbeitsmigration ausmachen, so etwas wie einen ‚globalen Arbeitsmarkt‘ vorfinden. Dieser ist für wirtschaftliche und technische Führungskräfte zudem nicht selten ein unternehmensinterner Arbeitsmarkt, insbesondere bei transnational operierenden

Konzernen“.¹⁴² Unbeachtet bleibt die Frage, in welchem europäischen, in welchem nationalgesellschaftlichen Irgendwo die dann Überflüssigen eigentlich verbleiben sollen? Anders formuliert: Man kann aus einem Land, einem Staat auswandern. Aus der Globalisierung kann man nicht auswandern, sonst wäre die gar keine. Die Globalisierung, glaubt man manchen ihrer Definitionen, hat ihren tatsächlichen Ort überall, ihr Ort heißt „Alles“. Ist das dann *nur* eine rhetorische Frage: Können deshalb gesellschaftspolitische Maßnahmen, von wem auch immer, die meinen, zur Legitimierung verschiedenster sozialer Verortungen von Menschen die Globalisierung als umfassenden, letztgültigen Begründungszusammenhang hernehmen zu können, letztendlich noch plausibel machen, warum eine solche soziale Verortung für manche Menschen dann plötzlich gar nicht erfolgen könne?¹⁴³

Zweitens kann deshalb die beschriebene Entwicklung der Überflüssigkeit umgekehrt die wohl unumgänglichen Europäisierungs- und Internationalisierungsprozesse der nationalen Volkswirtschaften in der Europäischen Union sozusagen von innen heraus, von der nationalen Seite her auch in wirtschaftlicher Hinsicht gefährden, wenn die Potentiale als marginal angesehener sozialer Gruppen nicht erkannt werden und sich nicht entfalten können.

Das zeigt sich am Potential der Migrantengruppen, die nationale gesellschaftliche Entwicklung auf dem Weg nach Europa mitzugestalten. Zu nennen ist die Migrantenökonomie. Nach Floeting, Reimann und Schuleri-Hartje hatte sich in den 1990-er Jahren die Zahl ausländischer Selbstständiger und Unternehmer in Deutschland verdoppelt. Im Jahr 2005 waren etwa 300.000 Ausländer in Deutschland selbständig. Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei, gefolgt von Italienern und Griechen. Die Autoren schätzen aufgrund empirischer Befunde die Zahl der durch selbständige Migranten beschäftigten Menschen auf 400.000 bis 780.000 ein. Vom kleinen Transportunternehmer türkischer Herkunft bis zum Großunternehmen hat sich deshalb die Rolle der Ausländer mindestens in den Städten von der einer zu integrierenden Zielgruppe zu der von wesentlichen Akteuren und Partnern der Stadtentwicklung gewandelt. Man darf da gerade die Kleinunternehmen nicht

¹⁴² Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnischesozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 71.

¹⁴³ In der Globalisierung muss stattdessen andauernd umgezogen werden. Das ist die Wirtschaft. Den Umzügen liegen in nicht wenigen Fällen Räumungsbescheide zugrunde. Der arbeitslose Ausländer kann unter Umständen in ein oft sehr gefährliches Gebiet der Globalisierung ausgewiesen werden. Dem deutschen Arbeitslosen werden 25 Quadratmeter globalisierten (Wohn-)Territorium im sozial schwachen Viertel der Stadt zugewiesen. Das liegt gleich neben an vom alten zu Hause und ist trotzdem Meilen weit mehr als bloß Nahverkehrstarife entfernt. Das Schreckliche erfordert manchmal die ironische Wendung. Vom Kabarettisten Mathias Richling war in einer „Rede“ einer von ihm dargestellten Person der Politik zu hören: „Sie fragen mich Globalisierung - Und ich antworte ihnen Globalisierung“. Man kommt aus so was einfach nicht raus.

unterschätzen. Sie tragen wesentlich zum transnationalen Handel bei, auf den die Bundesrepublik dringend angewiesen ist.¹⁴⁴

Vor diesem Hintergrund, heißt es im sechsten Familienbericht, nimmt in den migrantischen Gruppen die Tendenz zu, vorhandene sprachliche Kompetenzen zu erhalten. Ob in der Mittelschicht oder bei den klassischen Arbeitsmigranten „sind die Praktiken sprachlicher Erziehung darauf gerichtet, Sprachpotenziale in der Herkunftssprache der Familie zu pflegen, um den Erhalt der kulturellen Identität und die innerfamiliäre Kommunikation zu sichern (.) Mit der Nutzung solcher Ressourcen in Mehrsprachigkeit und Mobilitätserfahrung zielen die Familien ausländischer Herkunft auf eine zukunftsorientierte und flexible Strategie, die den Anforderungen der zunehmenden Internationalisierung entspricht. Dies wird insbesondere vor dem Hintergrund des fortschreitenden Einigungsprozesses der Europäischen Union deutlich. Im Maastrichter Vertrag heißt es, dass die Realisierung der Zielsetzung einer „Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten“ angestrebt werden soll“.¹⁴⁵

Deshalb ist es unerlässlich, „die Transformationsprozesse der eigenen Gesellschaft in den Blick zu nehmen“, zu der alle gehören. „Inzwischen setzt sich auch zunehmend die Erkenntnis durch, dass die transnationale Migration den Kernbereichen gesellschaftlicher Entwicklung zuzurechnen ist. Dabei geht es nicht mehr um „die Einheimischen“ einerseits und „die Zugewanderten“ andererseits, sondern es geht um die im Lande ansässige Bevölkerung, zu der sowohl die Einheimischen als auch die Eingewanderten mit ihren jeweiligen spezifischen Emigrations- und Sozialisationshintergründen gehören“.¹⁴⁶

Aus dem eben genannten Zusammenhang der Migrantenökonomie kommend, ist eines darüber hinaus für den folgenden letzten Abschnitt und für diese gesamte Schrift wichtig: „Migranten, die sich selbstständig machen, verfolgen Strategien einer eigeninitiativen und selbstbezogenen Integration im Sinne der Schaffung eines eigenen Arbeitsplatzes. (.) Die Gründung lässt sich nicht allein aus der Not heraus erklären, sondern enthält auch Aspekte der Selbstverwirklichung, indem die Gründer mit der Selbständigkeit eine Idee verwirklichen. (.) Anders als in der Literatur diskutiert, stellen die Gründung aus der Not und die Ökonomie der Selbstverwirklichung keine sich ausschließenden oder sich widersprechenden Strategien

¹⁴⁴ Vgl. Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.).

¹⁴⁵ Siehe / Vgl. Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000: Kapitel V.5 Migration und Bildung, S 172.

¹⁴⁶ Gümürkü, Harun, „Integration: Spannungsfeld zwischen Arbeitswelt und Realität“ in: Gümürkü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.), Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg, S. 64.

dar (.). Bereits Kontos (2001) hat festgestellt, dass Not und Selbstverwirklichung als Motivationsgründe zur Selbstständigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund gepaart auftreten“.¹⁴⁷

Es wurde die Notwendigkeit vom Selbstbehalt des Sozialen angesprochen. Dafür ist der Bestand des Selbstbehalts des Individuums unverzichtbare Voraussetzung. Das gilt für alle Menschen in der Gesellschaft, egal ob in Arbeit oder nicht, gleich welcher Herkunft und welchen beruflichen Standes. Die mal offen ausgesprochene, mal eingeschlichene Behauptung, wer arm ist, habe kein Recht auf Selbstverwirklichung, weil ihm in der Armut die Fähigkeit dafür abhanden gekommen ist, oder dass er arm wurde, weil ihm die Fähigkeit zur Selbstverwirklichung von vornherein fehlt, ist - mit Verlaub gesprochen - Unsinn. Das wäre falsch, wenn man ihm so was quasi als konstantes anthropologisches Defizit unterjubeln wollte. Oskar Negt erklärt das unter Bezug auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948: „In einigen Artikeln wird dieses Recht auf Selbstverwirklichung und Entfaltung der Gattungsanlagen in der Gesellschaft ausdrücklich erwähnt. Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft (.) Anspruch darauf, (.) in den Genuss der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen` (Artikel 22). Es kann nicht geschützt werden, was erst hergestellt werden muss, es sei denn der Prozess dieser Herstellung, was im höchsten Maße Sinn hat“.¹⁴⁸

6.3 Bürgerschaftliches Engagement und seine gesellschaftlich integrativen Wirkungen

Zur Erinnerung. „Integration kann sich auf zwei Ebenen beziehen: einerseits auf Individuen oder auch Gruppen; sie ist dann gegeben, wenn diese Menschen über gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Strukturen verfügen (Integration in die Gesellschaft). Andererseits bezieht sich Integration auch auf gesellschaftliche Systeme und liegt dann vor, wenn sich die Teilsysteme in einem hinreichend stabilen Zustand befinden (Integration der

¹⁴⁷ Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), S. 10. Dort S. 19 zur Literaturangabe: Kontos Maria, Von der ´mithelfenden Familienangehörigen´ zur erwerbstätigen Migrantin: Ein sozialer Transformationsprozess in der Migration., in: Christian Büttner und Berthold Meyer (Hrsg.), Integration durch Partizipation. „Ausländische Mitbürger“ in den demokratischen Gesellschaften, Frankfurt a. M. 2001, S. 163-186.

¹⁴⁸ Negt, Oskar, Oktober 2001: Arbeit und Menschliche Würde, , Göttingen, S. 382. Auslassungen wie im Original.

Gesellschaft)“.¹⁴⁹ Festzustellen waren aber sowohl systemische wie gruppenspezifische Desintegrationsvorgänge. Strukturell lässt sich dieses Spannungsfeld mit Helmut Klages wie folgt beschreiben und das bisher Erläuterte zusammenfassen:

„Zwar gibt es wohl kaum jemanden, der sich heute ernsthaft auf den Standpunkt stellt, dass das bürgerschaftliche Engagement den Staat von der Sorge um Arbeitsplätze, um die Wirtschaftsentwicklung und um Bildungsinvestitionen entlasten kann. Die Lebenssituation derjenigen Menschen, die durch den mit der Globalisierung verbundenen Umbruch aus der beruflichen Bahn geworfen werden, wird ohne freiwilliges bürgerschaftliches Engagement aber wohl kaum auf einem akzeptanzfähigen Niveau gehalten werden können“.¹⁵⁰

Die beiden Vorgänge der Desintegration und Integration werden hier als das Spannungsfeld verstanden, in denen ehrenamtliches Engagement und freiwillige Tätigkeit im Bereich der Unterstützung bildungsbenachteiligter Migrantengruppen stattfindet. Vom eben genannten Zitat her folgernd, erfährt (nach Klages) das freiwillige Engagement in diesem Spannungsfeld eine Aufwertung seiner gesellschaftlichen Rolle in Bezug auf die systemischen und individuellen Folgen der Desintegration. Nuran Dönmez hebt die Multidimensionalität der Exklusion und die daraus folgende Eigendynamik hervor. Moderne Gesellschaften bestehen aus verschiedenen Funktionssystemen. Bereits die Nicht-Teilnahme an einem der Funktionssysteme kann für das Individuum existenzielle Folgen haben und in einem Dominoeffekt zum Ausschluss aus weiteren Funktionssystemen führen (Arbeitslosigkeit/Wohnungslosigkeit/Verlust des Gesundheitsschutzes). Integration bezieht sich deshalb heute vermehrt auch auf die Bildung, die Gesundheit oder die Wohnsituation. Helmut Klages hebt z. B. die heutige Bedeutung des freiwilligen Engagements bei der Stabilisierung chronisch erkrankter Menschen hervor.¹⁵¹ So verzeichnet allein die FreiwilligenBörseHamburg einen zunehmenden Bedarf an geeigneten ehrenamtlichen Tätigkeiten für wieder stabilisierte, psychisch erkrankte Menschen, der von Seiten der Kliniken an sie herangetragen wird.¹⁵²

¹⁴⁹ Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), S. 2.

¹⁵⁰ Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 153.

¹⁵¹ Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 152.

¹⁵² Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Sie unterstreicht die Bedeutung von Freiwilligenbörsen. Denn einerseits können psychisch Kranke dauerhaft als arbeitsunfähig gelten, so dass sie auf entsprechende, oft geringe Rentenbezüge oder die Grundsicherung angewiesen bleiben. Andererseits ermöglichen es ihnen Tätigkeiten oft sogar nebenberuflicher Art, eine weitere, gefestigte Stabilität aufzubauen und erweiterte Aktionsfreiheit im sozialen Umfeld zu gewinnen. Bei der Suche nach solchen Tätigkeiten bleiben psychisch Kranke aber zu oft auf sich allein gestellt. Freiwilligenbörsen können hier helfen, die besonders anfänglich auftretenden Enttäuschungen durch gezielte Hilfe bei der Suche nach geeigneten Aufgaben zu vermeiden.

Um gegenüber den strukturellen Bedingungen die 'Alleinstellungsmerkmale' der ehrenamtlichen/freiwilligen Arbeit im Kontext dieses Feldes zu benennen, werden deshalb konkrete Tätigkeiten und Initiativen benannt. Die konkrete Freiwilligenarbeit im Feld der Bildungsunterstützung und -förderung lässt sich wie folgt beschreiben. Wie schon angesprochen ist es zum Beispiel das „Mentoring“. Das ist Hilfestellung und Begegnung zwischen einem „Ratsuchenden“ und einem „Ratgeber“/„Ratgeberin“, aber auf Augenhöhe, also bei gegenseitiger Achtung. Das kann in der Job-Patenschaft geschehen, in der Arbeitssuchende von erfahrenen Ehrenamtlichen unterstützt werden, oft im Zusammenhang der Arbeit einer Erwerbsloseninitiative/ Erwerbslosentreffpunkt, z. B. job-café genannt. Dort wird u. a. auch Rechtsberatung angeboten und ganz einfach die menschliche Unterstützung gewährt. Das kann die Begleitung eines fünf bis zwölfjährigen Kindes einer Migrantenfamilie durch einen (jungen) Erwachsenen deutscher Herkunft sein. Entscheidend ist auch hier das Erlebnis der Begegnung für das Kind und den Mentor. Lernen, gerade bei Kindern, braucht unabdingbar die personale Begegnung. Dann kann die Erweiterung/Stärkung der Erlebniskompetenz, der kommunikativen Kompetenz und der Beziehungsfähigkeit stattfinden, die Friedhelm Hengsbach als das gewünschte „Ergebnis“ eines Bildungsprozesses sieht, weil eine zunehmende Selbststeuerung erreicht wird. Ergänzend anzuführen sind die Projekte der Schulaufgabenhilfe z. B. in den Räumen einer muslimischen Gemeinde. Sie kann mehr umfassen als „die Nachhilfestunde am Nachmittag“. Die Kinder lernen hier in einer vertrauten Umgebung. Aber nicht allein und Mädchen und Jungen tun es auch außerhalb der Schule gemeinsam. Über den Kreis der eigenen Verwandten und Gemeindemitglieder hinaus, lernen die Kinder Unterstützerinnen und Unterstützer kennen, die einen deutschstämmigen Hintergrund haben können oder selbst Migrantinnen und Migranten sind, aber aus einem 'ganz anderen Land'. Auch hier ist bei Weitem nicht nur der erzielte Lerneffekt von Bedeutung, sondern der Austausch zwischen Erwachsenen, zwischen Kindern und Erwachsenen und zwischen Kindern und Kindern.

Zentral für solche Projekte ist die personale Begegnung - in verschiedensten Formen und aus verschiedensten Anlässen. Sie ist interkulturell, generationenübergreifend, und sie ist „intersozial“, sie überbrückt auch soziale Unterschiede. Zweck und Durchführung der Projekte sind feststellbar und planbar, die Teilnahme an ihnen von allen Seiten immer freiwillig. Die genannten Ergebnisse der Kommunikation sind erwünscht, ihre Herbeiführung in der Kommunikation dagegen scheint beeinflussbar aber nicht planbar. Die Ergebnisse bleiben immer auch situationsbestimmt und richten sich nach individuellen Bedürfnissen aus, die mal längerfristig, mal kurzfristig sein können.

Die Projekte wirken also dreifach. Sie unterstützen konkrete Bildungsbestrebungen und Lernbedürfnisse. Sie ermöglichen personale Beziehungen, ohne die Lernen (weitgehend) nicht möglich ist. Schließlich tragen sie zu Öffnungsprozessen in Selbstbestimmung zwischen Migrantengruppen und deutschstämmiger Bevölkerung bei. Auf diese wird später im Zusammenhang der möglich scheinenden innovativen Wirkungen der Freiwilligenarbeit noch eingegangen werden.

Insbesondere die genannten Freiwilligentätigkeiten setzen bei den Ehrenamtlichen ein nicht zu unterschätzendes Maß an Können, Verantwortungsbewusstsein und Zuverlässigkeit voraus. In dieser Hinsicht kann der individuelle Zugang zu solchen Tätigkeiten notwendigerweise an entsprechende Voraussetzungen geknüpft sein, insbesondere bei Mentorenprogrammen. Deshalb werden entsprechende Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der „Einarbeitung“ organisiert. Beispiele solcher Weiterbildungsangebote im ehrenamtlichen Bereich sind z. B. für Hamburg unter <http://www.aktivoli.de/Q/> (Zugriff: 10.02.2010), im Zusammenhang der Internetpräsenz der FreiwilligenBörseHamburg: www.eaktivoli.de zu finden.

Auch die Ausübung freiwilligen Engagements selbst bildet und qualifiziert. Die Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“¹⁵³ hat den „Hamburger Nachweis über bürgerschaftliches Engagement“¹⁵⁴ entwickelt. Er hat gegenüber einem Arbeitszeugnis einen eigenen Charakter und einen eigenen Aussagewert, sowohl im gesellschaftlichen Kontext der Freiwilligenarbeit, als auch in Bezug auf die jeweils dargestellte konkrete Tätigkeit. Einerseits dokumentiert er für einen ehrenamtlich Engagierten die je individuellen Kompetenzen, die er in seiner freiwilligen Tätigkeit einsetzt bzw. erwirbt. Andererseits, das macht seine originale Wirkung aus, fördert er die bewusste Selbsterfahrung des Engagierten bei der Ausübung seiner Freiwilligenarbeit. Seine Gliederung der „Erworbenen Fähigkeiten“ nach „Selbstkompetenz“, „Methodische Kompetenz“, „Fachkompetenz“ (kaufm./päd.), die jeweils detailliert aufgeschlüsselt werden, gibt die „Matrix“ vor, für eine (selbst-)bewusstere Wahrnehmung der eigenen Kompetenzen bei der freiwilligen Tätigkeit.

Initiativen, die sich auf Freiwilligenarbeit stützen oder ganz auf ihnen beruhen, bieten Bildungsmöglichkeiten nicht nur für die Zielgruppen ihrer Initiative und den ehrenamtlich Beteiligten selbst an, sondern bieten Bildungsmöglichkeiten darüber hinaus. Das Hamburger „job-café“ im Stadtteil Billstedt bietet Studierenden der (Sozial-)Pädagogik die Möglichkeit

¹⁵³ Siehe u. a.: <http://www.hamburg.de/contentblob/115936/data/faltbl-engagement.pdf>, Zugriff: 10.02.2010.

¹⁵⁴ Siehe: <http://www.hamburg.de/hamburger-nachweis/115778/start.html>, Zugriff: 10.02.2010.

für Praktika während des Studiums.¹⁵⁵ Damit wird der in der Wissensgesellschaft notwendigen Interaktion von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Alltagswelt eine Möglichkeit mehr geboten.¹⁵⁶

Die genannten drei Beispiele stehen für eine Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen dieser Art im gesamten Bereich der Freiwilligenarbeit in der Bundesrepublik. Ihnen kommt in verschiedener Weise eine weitere Bedeutung zu. In der Berufswelt werden zunehmend Kompetenzen sozialer und kommunikativer Art gebraucht, wie angesprochen. Gleichzeitig werden vor dem Hintergrund der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit viele Berufsbiographien „brüchig“, viele werden unstet. Gering qualifizierte Arbeitskräfte finden in ihren Berufstätigkeiten zunehmend keine Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Letzteres gilt auch für Erwerbslose, bzw. haben sie dann, wie dargestellt wurde, vermehrt mit der Anerkennung ihrer in berufsbildenden Maßnahmen erworbenen Zertifikate zu kämpfen, wenn von potentiellen Arbeitgebern vordergründig nur ein Mangel an Berufspraxis und – erfahrung gesehen wird. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, aber nicht nur aus diesem Grund, wird zunehmend der Wert von Qualifikationen erkannt, die nicht in beruflichen Zusammenhängen (einschließlich der von der Arbeitsverwaltung initiierten Maßnahmen im Bereich der Erwerbslosigkeit) erworben werden, sondern in sogenannten informellen Zusammenhängen. Im Rahmen ihrer sozialpolitischen Aufgaben fördert deshalb die Europäische Union auf der lokalen Ebene Bildungsprojekte, die der Entdeckung und Förderung solcher informellen Qualifikationen bei gering qualifizierten, erwerbslosen Personen dienen.¹⁵⁷

Das Merkmal „informell“ trifft auf die in den Beispielen des freiwilligen Engagements genannten Kompetenzen zu. Sie können auch auf berufsfachliche und berufspraktische Anwendungen bezogen werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind wie gezeigt verantwortungsvolle Aufgaben. Die dort erworbenen Kompetenzen der genannten Art zeigen über dies Interesse, Tatkraft und Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln an, auch und gerade unter persönlich vielleicht schwierigen Lebensumständen.

¹⁵⁵ www.jobcafe-billstedt.de.

¹⁵⁶ Nach Heinrich Epskamp findet in der Wissensgesellschaft eine Neubewertung der Wissenschaft statt. Zum Postulat der erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen kommt für die Wissenschaft die Aufgabe hinzu „socially robust knowledge“ zu entwickeln. Gemeint sind, so Heinrich Epskamp, wissenschaftliche Konstruktionen, die sich in vielen Kontexten zu bewähren haben, die aber ganz unterschiedlich sein können. Wobei die Herausforderung an die Wissenschaft, hier gefolgert, also darin besteht, die Gültigkeit des „social robust knowledge“ da festzustellen, wo seine Aussagen gegenüber der Verschiedenheit der Kontexte allgemeine Gültigkeit behalten.

¹⁵⁷ Die sogenannten Trainabilityprogramme sehen als ihre Aufgabe an, die so genannte „empowerment“ dieser Personen wieder zu beleben und zu stärken, um den Kreislauf aus Erwerbslosigkeit, mangelnder Bildung und Armut zu durchbrechen und eine endgültige Desintegration der Menschen zu vermeiden. Siehe: www.trainability.eu, Zugriff: 18.02.10.

Empirische Untersuchungen widersprechen übrigens der Vermutung, dass hinter dem freiwilligen Engagement allgemein und insbesondere bezogen auf die zuletzt genannten Fälle, vermehrt individuell-egoistische Erfolgskalküle stehen. Selbsthilfe dient nicht nur dem Eigennutz kann Helmut Klages feststellen, sie dient einer Wohlstandsproduktion, die z. B. aus der persönlichen Betroffenheit von Problemen erwachsen kann, um im solidarischen, auf Gegenseitigkeit gegründeten Gruppenzusammenhänge über die individuelle Ebene hinaus weiter zu wachsen.¹⁵⁸

Auf den im zuletzt Dargestellten enthaltenen Bezug zum Verhältnis von Freiwilligenarbeit und Erwerbslosigkeit kann hier nur knapp mit Blick auf erkennbare positive Ansätze eingegangen werden. Weil das Thema Erwerbslosigkeit/Bürgerarbeit mit dem ganzen Diskurs der Zukunft der Arbeitsgesellschaft verbunden ist, kann das hier nicht abgehandelt werden. Obwohl der Diskurs gegenwärtig wieder verstärkt in Gefahr ist, endgültig verdrängt zu werden. Die Themen des folgenden Exkurses zum eigentlich speziellen Thema werden aber über den Kontext hinaus zur besonderen Leistung der Freiwilligenarbeit führen.

Deshalb erstens, erwerbslose Menschen haben im Regelkreis des Arbeitslosengeldes II die Möglichkeit, 15 Stunden wöchentlich eine Freiwilligenarbeit auszuüben – die Aktivität der Arbeitsuche darf davon nicht berührt werden. Fünfzehn Stunden sind gar nicht so wenig. Den (empirischen) Einschätzungen zu Folge liegt die von Berufstätigen für ein Ehrenamt aufgewandte Zeit bei etwa 5 bis 6 Stunden pro Woche.¹⁵⁹ Nur vermeide man bitte auch im Zusammenhang der Freiwilligenarbeit, bei der Berufstätige und Erwerbslose zusammenkommen können, das sich allseits aufdrängende Klischee, wonach arbeitslose Menschen immer Zeit hätten. Das ist nicht so. Die Reglementierungen, denen Erwerbslose unterliegen, sind nicht zu knapp bemessen. Berufstätige Menschen machen sich das manchmal wenig bewusst, weil ihnen die Reglementierung ihrer Lebenszeit in der Arbeitswelt so selbstverständlich ist. Unter anderem deshalb, weil mit dieser Reglementierung, das meint erst einmal ganz einfach den Arbeitsvertrag, auch die Möglichkeiten der Existenzsicherung und der Selbstverwirklichung verbunden bleiben (können).

Im schlimmsten Fall führt das Klischee von der „vielen Zeit“ der Erwerbslosen nämlich dazu, dass jeder glaubt, was von ihr nehmen zu können. Manchmal sogar mit der

¹⁵⁸ Vgl.: Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 160.

¹⁵⁹ Siehe u. a. Mühlpfordt, Susann, u. Richter,.: „Ehrenamt und Erwerbsarbeit“, in: Aktiv – Das Info-Journal rund um die Tauris Stiftung e. V., Ausgabe 03 / 2004, http://www.tauris-stiftung.de/pdf/aktiv_03_04.pdf, Zugriff: 18.02.10.

Begründung, man wolle nur das Beste für den Erwerbslosen. Der ist da aber wie alle anderen auch und braucht sein Bestes auch für sich, wenn er handlungsfähig bleiben will.

Deshalb bitte auch keine konkurrierenden Gegenüberstellungen der beruflichen Sorgen hier als die besseren gegenüber den Sorgen der Erwerbslosen dort als die geringeren. Oder umgekehrt – das gilt wechselseitig. Berufliche Sorgen sind sehr ernst zu nehmen, das zeigt allein schon das Phänomen des Mobbing. Demgegenüber sind die psychosozialen Belastungen der Existenzunsicherheit auch nicht „von Pappe“.¹⁶⁰ Man muss wechselseitig das eine wie das andere ernst nehmen können.

Zweitens, Aufwandsentschädigungen in Höhe bis fünfhundert Euro im Jahr werden nicht auf das Arbeitslosengeld angerechnet.

Drittens werden Erwerbslose auch seitens der Politik darin unterstützt, sich ehrenamtlich zu engagieren. Bei den Arbeitsverwaltungen steht man heute bewusster und aufgeschlossener den individuellen Anliegen der Erwerbslosen hinsichtlich einer Freiwilligentätigkeit gegenüber.

Viertens kann das hoffentlich mit dazu beitragen, zu einem vernünftigeren Umgang hinsichtlich der formalen Darstellungen von Kompetenzen in Zertifikaten und ihren Einschätzungen zu gelangen, als das insgesamt bisher der Fall ist.

¹⁶⁰ Siehe u. a.: Lauterbach, Karl, Juli 2007: Der Zweiklassenstaat, Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren, Berlin, S. 180: „Nichts zerrüttet die seelische und körperliche Gesundheit des Einzelnen schneller als Arbeitslosigkeit“.

7 Freiwilligenarbeit als innovationsträchtiges Feld

Das Fünfte geht jetzt über das Gesagte hinaus. Das Kernelement der Freiwilligenarbeit, des bürgerschaftlichen Engagements sind die Selbstbestimmung und seine Kommunikation stiftenden Wirkung. Keupp/Kraus/Straus nennen die Kommunikation das „zentrale Nebenprodukt“ des Engagements, weil sie sich nicht „gewollt“ herstellt, sondern *auf Grund* und *in Folge* der selbstbestimmten Tätigkeit erzeugt wird. Beides bildet die Voraussetzung dafür, warum vom freiwilligen Engagement innovative Wirkungen auf die Gesellschaft ausgehen können.

Zu diesen Voraussetzungen: Der „positive Rückgewinn“ (Keupp u. a.) des Ehrenamtes „ist die Freiheit, sich in bezug auf Dauer, Inhalt, Intensität und Verpflichtungsgrad der jeweiligen Tätigkeit immer wieder neu orientieren zu können. Das soziale Engagement aus freien Stücken, gemäß der eigenen Entscheidung und ohne äußeren Zwang auszuüben, ist eine wichtige sinnstiftende Qualität der Tätigkeit“.¹⁶¹ Wird dieser Aspekt der Freiwilligkeit des sozialen Engagements durch von außen auferlegte Verpflichtungen oder bewusst ausgeübte Zwänge eingeschränkt, verändert das die innere Struktur des freiwilligen Engagements“.¹⁶² So müsste es z. B. eigentlich auf der Hand liegen, dass auch die Beteiligung von Erwerbslosen am freiwilligen Engagement nur auf dieser freiwilligen Grundlage erfolgen kann. „Wenn ich diese Arbeit bezahlt bekäme“, sagte ein Engagierter, „würde ich sie nicht mehr machen“. Der komplementäre Satz eines Erwerbslosen dazu kann lauten: „Wenn ich mich nicht zu dieser Tätigkeit genötigt sehen würde, könnte ich mich mit ihr sogar identifizieren“.

Da ist nun allerdings der Springpunkt sozialer Art im Spiel, der sich auf den gesamten Kontext des arbeitsmarktpolitischen Konzepts des Förderns und Forderns bezieht. Andererseits könnte eine auch für Erwerbslose im freiwilligen Engagement geltende Freiwilligkeit, die wie folgt zu beschreibende innovative Wirkungen des Engagements mit unterstützen und zur Fortentwicklung des Feldes des freiwilligen Engagements erheblich beitragen (Wie gezeigt, würden sich ins Ehrenamt hineingetragene Zwänge als destruktiv erweisen).

Sowohl die genannten Beispiele der Freiwilligenarbeit im Bereich Bildung/Migration als auch die Inhalte des oben vorgenommenen Exkurses zeigen, wie der Kontext der Freiwilligenarbeit Kommunikationszusammenhänge stiftet, lebendig hält, z. B. in zwei der

¹⁶¹ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 231.

¹⁶² Nach: Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 230.

schwierigsten gesellschaftlichen Felder: der Migration und der Arbeitsgesellschaft. Man hat die verheerenden Folgen in den gesellschaftlichen, aber vor allem in den konkreten, individuell erlebten Zusammenhängen vor Augen, die eine völlig blockierte, oft gänzlich fehlgeleitete Kommunikation da anrichtet. Freiwilligenarbeit, insbesondere die, die sich auf Migrantengruppen bezieht, unterstützt hier nachhaltig „Öffnungsprozesse unter der Voraussetzung der Selbstbestimmung der Beteiligten“. Das dürfte eine der entscheidenden Voraussetzungen für das Zustandekommen dieser Prozesse sein. Darauf begründen sich dann die erzielten Erfolge dieses Engagements.

Freiwilligenbörsen als Knotenpunkte in der sich längst vernetzenden Freiwilligenarbeit nehmen eine moderierende Position im Verhältnis zu den einzelnen Initiativen und „zwischen“ ihnen im Netz wechselseitiger Verbindung und Kooperation. Sie können über die funktionalen Zusammenhänge von Organisation persönliche Begegnungen in Freiwilligkeit herbeiführen. Sie können als die zwischengeschaltete Instanz, die es manchmal braucht, da, wo es schwierig ist, das wortwörtlich moderate Klima schaffen, das Bürgerschaftlichkeit braucht. Davon sind die Konflikte in der Bürgerschaft nicht vom Tisch. Deshalb muss man zuerst einmal Möglichkeiten ihrer Bearbeitung schaffen.

Die Faszination, die von der Entdeckung der zivilgesellschaftlichen Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements ausgeht, sehen Keupp/Kraus/Straus in der Bündelung aktueller gesellschaftlicher Fragestellungen.¹⁶³ Das bürgerschaftliche Engagement bildet demnach die Schnittstelle für vier gesellschaftliche Diskurse.

- Der Gemeinwohldiskurs. Die Frage gilt der Erzeugung des ‚sozialen Kapitals‘, „jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in dem sich Menschen beheimaten und mit dem sie sich identifizieren können“. Es muss durch Beziehungsarbeit hergestellt werden. Die Frage lautet also, in wie weit die individualisierte Gesellschaft dazu in der Lage ist.
- Der Demokratiediskurs. Wie und in welchen gesellschaftlichen Bereichen entsteht demokratisches Engagement? Der Diskurs „fragt nach den Bürgern, die sich einmischen und öffentliche Anliegen zu ihren eigenen machen“.
- Der Diskurs der sozialen Sicherung. Wie kann die Gesellschaft die Absicherung vor den Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen gewährleisten? Es geht um mündige Bürgerinnen und Bürger die das existenznotwendig brauchen aber keine

¹⁶³ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 241.

Objekte fürsorglicher Belagerungen sein wollen und keine Dienstleistungsempfänger, so die drei Autoren.

- Der Tätigkeitsdiskurs. Die Erwerbsarbeit war das zentrale Medium der Identitätsentwicklung in der Moderne, so die Autoren. Die Idee der „Tätigkeitsgesellschaft“ lässt alternative Möglichkeiten aufscheinen, in Aktivitätsfeldern, die nicht auf Erwerbsarbeit ausgerichtet sind.¹⁶⁴

Was dann in der Vernetzung stattfindet, sind Lernprozesse – erstens inhaltlicher Art, die auf die jeweiligen, freiwillig übernommenen Aufgaben bezogen sind. Zweitens solche, die das Leben allgemein gültig erachteter Regeln immer wieder neu konkretisieren, dabei „überprüfen“ und dann Notwendigkeiten ihrer Variation oder ihrer Preisgabe entdecken können, über die dann im demokratischen Diskurs verhandelt werden kann. Beides bildet den notwendigen Zusammenhang, den soziale Innovationen für ihre Entstehung brauchen. Nach W. Zapf sind soziale Innovationen neue Wege, um Ziele zu erreichen, „insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden“.¹⁶⁵

In der Freiwilligenarbeit kann dieser Zusammenhang im Besonderen zum Tragen kommen. Erstens, weil hier aus freien Stücken gehandelt wird. Da sind Menschen am kreativsten u. a. auch, weil sie ihre eigenen prägenden Erfahrungen einbringen und sie mit anderen austauschen können. Wie das von Margaret Mead schon zitiert wurde, können in der Freiwilligenarbeit die ‚Subjekte‘ selbst „die Architekten ihres Wissens [sein]. Sie lernen, indem ihnen Raum gegeben wird, ihre eigene Geschichte zu erzählen und herstellen zu dürfen. Lebenswissen wird von ihnen selbst erworben, gewichtet und kreativ angeeignet“.¹⁶⁶

Das kann - unter zahlreichen anderen - am Beispiel der Initiative „güven – vertrauen“ verdeutlicht werden. Die Intentionen, die dieser Initiativen die Leitbilder liefern, sind zu einem wesentlichen Teil durch persönliche, lebensgeschichtliche Erfahrungen der Initiatoren geprägt. Das Mentoren-Projekt geht auf Erfahrungen von Migranten zurück, die sie als Kinder in der Begegnung mit älteren deutschen Erwachsenen hatten. Durch ganz alltägliche, regelmäßige Begegnungen halfen sie ihnen, sich in ihr neues gesellschaftliches Umfeld einzuleben. Eine solche Erfahrung, geschildert aus der Erinnerung an die Kindheit:

¹⁶⁴ Heiner Keupp, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 217-218.

¹⁶⁵ Zapf, W. 1989: „Über soziale Innovationen“, in: Soziale Welt, 40. Jg., H1-2, S. 170-183.

¹⁶⁶ Hengsbach, Friedhelm (o. J.) Verhindert die Wissensgesellschaft das Menschwerden? <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.173>, Zugriff: 07.12.09.

„Fast jeden Tag habe ich mit Oma Brandes meine Schularbeiten gemacht oder auch nur einfach Kakao getrunken und geredet. Sie war für alle Kinder im Haus und in der Nachbarschaft eine wichtige Vertrauensperson. Mit fünf Jahren bin ich als Kind nach Hamburg eingewandert. Als ich im Alter von 7 Jahren eingeschult wurde, konnte ich gerade mal ein paar Wörter Deutsch sprechen. So kam es, dass Frau Brandes, unsere Nachbarin, die schon Rentnerin war, für mich und meine Geschwister in schulischen wie auch allen anderen Fragen des Lebens beratend und motivierend zur Seite stand. Gerade für uns Migrant-Kinder war es besonders wichtig, so eine Mentorin zu haben. Sie hat uns nicht nur ermutigt, uns in der Schule anzustrengen, sondern hat vor allem geholfen viele sprachliche Hürden zu überspringen, die unseren Eltern manchmal schier unüberwindlich schienen“.¹⁶⁷

Hier findet persönliche soziale Erfahrung Eingang in gesellschaftliche Zusammenhänge und erweitert den Bestand des gesellschaftlich geteilten Wissens. Von der Seite der Theorie sozialer Innovation kann das mit Katrin Gillwald so beschrieben werden. Für soziale Innovation in den Abläufen des sozialen Wandels ist „von Zentraler Bedeutung das Tätig sein, Tätig werden; soziale Innovationen sind Akte des Wandels bzw. der Modernisierung, im Kern Verhaltensänderungen und – in dem Maße, wie aktive, gezielte Beteiligung stattfindet – Formen gesellschaftlichen Handelns“.¹⁶⁸ Zweitens: In der Wissenschaft wird die Frage nach den neuen Innovationsregimen, den „Innovationen im Netz“ (W. Rammert) bearbeitet. Freiwilligenbörsen sind selbst das Ergebnis sozialer Innovation. Jetzt sind sie die Knotenpunkte im vernetzten Feld bürgerschaftlichen Engagements und bilden dort eine Voraussetzung für soziale Innovationen.

Es hieße aber, den Vorgang der sozialen Innovation falsch zu verstehen, wenn man jetzt von der Freiwilligenarbeit in regelmäßigen Abständen Neuerungen erwarten wollte. Das geht nicht. Die Forschungsergebnisse geben alle zu erkennen (und zu bedenken) dass sich bestenfalls günstige Umfelder auch für soziale Innovationen ausmachen lassen. Auf ein grundsätzliches theoretisches „Problem“, das da auch dahinter steckt, braucht man da nicht unbedingt eingehen. Denn erst einmal geht es in der Freiwilligenarbeit um eine Sache, ein gesellschaftliches Anliegen, das man aus freien Stücken „bearbeitet“. Nur auf diese Weise können dann die Außenstehenden und die freiwillig engagierten Menschen selbst plötzlich und überrascht vor dem Neuen stehen, das sie mit ihrer freiwilligen Arbeit hervorgebracht haben. Entscheidend ist deshalb, sie in ihrer selbst gewählten und ihrem Wesen nach unabhängigen Arbeit zu unterstützen.

¹⁶⁷ Nebahat Güclü. In: Mentorprojekt Güven-Vertrauen. Faltblatt des Mentorprojekt „Güven-Vertrauen“ der Türkischen Gemeinde Hamburg und Umgebung e. V.: www.gueven-vertrauen.de. Türkische Gemeinde Hamburg: www.tghamburg.de. Kooperationspartner der Initiative: Bürgerstiftung Hamburg: www.buergerstiftung-hamburg.de.

¹⁶⁸ Gillwald, Katrin, 2000: Konzepte sozialer Innovation, Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin WZB, S.41. <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2000/p00-519.pdf>, Zugriff: 24.04.06

8 Schlussbemerkungen und Ausblick auf fortsetzende Arbeiten im ehrenamtlichen Bereich

Die Durchführung der jetzt in Gänze vorgestellten Arbeit war in gewisser Weise ein Experiment. Einerseits stellt sie als theoretische Arbeit die Aufarbeitung bereits vorhandenen Wissens dar. Andererseits konnte sie in den lebendigen Zusammenhängen der FreiwilligenBörseHamburg stattfinden. Sie hatte also das direkte Erleben der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FreiwilligenBörseHamburg selbst zum Hintergrund und natürlich auch die konkrete Arbeit vieler hier vorgestellter Initiativen im Bereich des Themas. Der Dank an alle Personen, die sich vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge der Bearbeitung des Themas gegenüber immer aufgeschlossen und unterstützend gezeigt haben, ist bereits ausgesprochen worden. Er wird an dieser Stelle vom Autor selbst noch einmal besonders wiederholt.

Deshalb war die Arbeit experimentell und hoffentlich auch für die Leserinnen und Leser im Ergebnis ergiebig, weil sie gewissermaßen Elemente der teilnehmenden Beobachtung im konkreten Feld unmittelbar in die theoretische Bearbeitung einbeziehen konnte. Was auch für den Autor eine wichtige Erfahrung war.

Aber im Ursprung der Arbeit stand natürlich zuerst das Anliegen der FreiwilligenBörseHamburg, sich im Sinne ihres Auftrags ihre Aufgaben- und Themenfelder noch intensiver zu erschließen, um noch wirkungsvoller für ihre Zielgruppen handeln zu können. Dazu kann auch der Einbezug einer eher wissenschaftlich-theoretischen Perspektive geeignet sein. Der vorliegende Bericht kann dazu hoffentlich eine Vorbereitung zur Einleitung erster Überlegungen und Schritte liefern.

Dafür ist es notwendig, einen Ausblick kurzer Überlegungen anhand der vorliegenden Inhalte zu entwickeln, die Hinweise auf weiter zu bearbeitende Themenfelder im Zusammenhang der von der FreiwilligenBörseHamburg unterstützten bürgerschaftlichen Initiativen liefern, die den Dialog zwischen Migranten „hier“ und der deutschstämmigen Bevölkerung „dort“ liefern. Es handelt sich dabei nicht um bereits operationalisierbare Fragestellungen der Forschung. Es sind gedankliche Vorlagen.

Eines konnte im gesamten Zeitraum der Erstellung der vorliegenden Betrachtung nicht festgestellt werden: Ein gegenüber der einheimischen Bevölkerung in Deutschland geringerer Bildungswille der Migrantengruppen.

Das gilt auch dahingehend, wo im Vergleich von Migrantengruppen jeweils höhere, bzw. geringere Bildungserfolge zwischen den Migrantengruppen und zwischen ihnen und der deutschstämmigen Bevölkerung deutlich hervortreten.

Bildungswille und konkretes Bildungsstreben zeigen sich am deutlichsten im Generationen übergreifenden Vergleich.

Auf mögliche Ursachen des insgesamt geringeren Bildungserfolgs der Migrantengruppen insgesamt gegenüber der Bevölkerung deutscher Herkunft konnte eingegangen werden.

Strukturell bedingte Ursachen unterschiedlicher Bildungserfolge verschiedener Migrantengruppen untereinander (türkische, italienische, griechische Mitbürgerinnen und Mitbürger usw.) konnte der Bericht nicht feststellen – es sei denn, da, wo wie im Fall der Aussiedlern/Spätaussiedlern gruppenspezifisch höhere Bildungsniveaus festgestellt wurden, die jedenfalls bisher wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht zur Geltung kamen.

Diese zu beseitigen, wie es gegenwärtig nun geschieht, liegt (und lag) beim politischen Gestaltungswillen, der aber nicht durch existente und als zwingend wahrgenommene gesellschaftliche Faktoren behindert wird.

Vor dem Hintergrund des (zum Teil sogar stärker) ausgeprägten Bildungswillens der Migrantenbevölkerung insgesamt werden die Ursachen der unterschiedlichen Bildungserfolge der ethnisch/nationalen Gruppen untereinander in der gesichteten wissenschaftlichen Literatur dementsprechend auch anders erklärt.

In der Hauptsache wird nach spezifischen ethnisch-kulturell bedingten Faktoren und Situationen der verschiedenen Migrantengruppen in Deutschland gefragt und diese auch in einen Zusammenhang mit der vormaligen gesellschaftlichen Situation dieser Migranten in ihren Heimatländern gebracht. Dieses hinsichtlich der dort - vormals - existierenden ökonomischen, sozial-kulturellen und ethnisch-kulturellen Herkunftssituationen dieser Gruppen dort. Es wird, hier sehr vereinfacht gesagt, darauf abgestellt, dass sich diese im Zuwandererland als sozusagen traditionelle Einstellungen in der Generationenfolge und entsprechend über die Sozialisationsverläufe der Nachfolgenerationen im Zuwanderland fortsetzen (Siehe dazu z. B. den erwähnten sechsten Bildungsbericht der Bundesregierung).

Diese werden dann auch im Zusammenhang der Einstellungen und Verhaltensweisen von Migrantengruppen zur Bildung, wiederum stark vereinfacht gesagt, „skalenartig“ in mehr

förderlich oder wenig förderlich hinsichtlich unterschiedlicher Bildungserfolge eingeteilt. Ohne, dass jedenfalls in der wissenschaftlichen Literatur dabei absichtlich Wertungen vorgenommen werden. Und selbstverständlich stehen hinter dieser hier vereinfachten Darstellung fundierte und differenzierte Positionen.

Allerdings erzeugt dieser Zusammenhang in der gesellschaftlichen Wahrnehmung wertende Einteilungen zwischen „positiv“ und „negativ“, deren Kriterien wie auch immer von den „gültigen“ Bildungsbedingungen der Zuwanderergesellschaft abgeleitet werden.

Andererseits ist es bezogen auf diesen Zusammenhang längst zu einer Neubestimmung gekommen:

- Erstens durch das Wissen um die interkulturelle Kompetenz und das interkulturelle Lernen. Dieses Wissen bezieht den genannten Zusammenhang als gegebenes auf die gegenwärtigen Bildungsbedingungen unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit. D. h., es geht um die **Anerkennung von Differenzen** und ihre Analyse mit Blick auf produktive Möglichkeiten und Chancen. Diesbezüglich werden auch entsprechende Veränderungen im Bildungssystem vorgeschlagen und umgesetzt, z. B. barrierefreie Personalauswahlverfahren.
- Zweitens haben Menschen mit Migrationshintergrund das Heft selbst in die Hand genommen, wenn sie in Initiativen (Güven-vertrauen, Schulaufgabenhilfe etc.) wie den vorgestellten, die **interkulturelle Interaktion** im eben genannten Sinne fördern. Die vorliegenden Ergebnisse des Berichts bestätigen den Kerngedanken solcher Initiativen: Die **kommunikative Öffnung unterschiedlicher sozialer Gruppen** auf einander zu. Motiv dieser Kommunikation ist es, konkrete Lebenssituationen wie Erziehung, Schulbildung, Berufsfindung (Patenschaften) über konkrete (einzelne) Maßnahmen hinaus durch eine **Neuinterpretation sozialer Situationen** mittels gleichberechtigter Kommunikation mit Vertretern der „Mehrheitsgesellschaft“ zu bewältigen.

Deshalb sollten den vorliegenden Berichtsergebnissen zufolge diese bereits in der Entwicklung befindlichen **Ansätze gesellschaftlicher Entwicklung** zum Ausgangspunkt weiterer **Untersuchungen und Analysen** genommen werden:

- Die genannten Initiativen tragen in Bezug auf die in Gang befindliche Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Migrantengruppen und „Mehrheitsgesellschaft“ Merkmale innovativer Art. Sie beruhen auf einem Modell gesellschaftlicher Interaktion, das auf Gleichberechtigung im Dialog setzt und damit

soziale Barrieren jedenfalls in der Kommunikation zu überwinden hilft. Dieses „nur“ kommunikative Element ist aber tatsächlich als sehr bedeutsam einzuschätzen, weil es eine Voraussetzung zur Entstehung echter gesellschaftlicher Diskurse liefert, die für eine gesellschaftliche Entwicklung unerlässlich sind (siehe Kapitel 2). Des Weiteren ist es ein Merkmal demokratischer Art. Soziale Innovationen und im weitesten Sinne ihre Ansätze können als Prozessfaktoren des sozialen Wandels (Otto Neuhloh) bezeichnet werden. Die Merkmale der hier angesprochenen Initiativen sind solcher Art. Sie können deshalb dazu beitragen, der Gesellschaft neue demokratische Entwicklungspfade zu eröffnen, worauf u. a. Martin Heidenreich hinweist.¹⁶⁹

- Wie gezeigt, werden diese Entwicklungen ganz umfänglich vom freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagement getragen – und sind eigentlich von ihm originär und initiiert worden. Bezogen auf das hier geschilderte Thema zeitigt dieses Engagement innovative Wirkungen.
- Deshalb wird hier der **Vorschlag** gemacht, weitere Untersuchungen hinsichtlich der Wirkungen und der Verzahnungen ehrenamtlicher Tätigkeiten mit den Initiativen auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Innovation zu untersuchen. Mit Hilfe dieser Theorieansätze können sich konkrete Themenfelder und Fragestellungen bestimmen lassen, die zu Aussagen hinsichtlich der weiteren Entwicklung dieses gesellschaftlichen Feldes beitragen. Dies insbesondere wegen ihrer demokratieförderlichen Wirkungen und ihrer Gestaltungswirkungen des sozialen Raumes.
- Ebenso kommt der Bericht zu dem Schluss, dass sich mit dem von Nuran Dönmez verwendeten Begriff der „Interaktionistischen Integration“ ein geeignetes

¹⁶⁹ In sozialen Innovationen finden gesellschaftliche Lernprozesse statt, hinsichtlich des „Funktionierens“ einer Gesellschaft und hinsichtlich der soziokulturellen Möglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder. Wie sollen z. B. allgemein gültige Werte einer Gesellschaft bewusst verstanden und praktisch gelebt werden? Soziale Innovationen verleihen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen deshalb Dauerhaftigkeit, weil sie Neuerungen in die sozialen Interaktionen der Gesellschaft einführen. Von Martin Heidenreich her folgernd entstehen mit sozialen Innovationen neue gesellschaftlich wirksame Wissensbestände, die er als „lernbereite Deutungsschemata“ definiert, „die den natürlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen einen Sinn geben und die ihr praktisches Verhalten regeln.“ (Heidenreich, M., Die Debatte um die Wissensgesellschaft, http://www.uni-oldenburg.de/sozialstruktur/dokumente/wissensgesellschaft_2002.pdf , Zugriff: 02.07.2007, S. 20, Erschienen in: Stefan Bösch und Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.), 2003: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen.) Otto Neuhloh folgend müssen soziale Innovationen in demokratischen Gesellschaften deshalb eingebettet sein in „gegenseitige Anerkennung der Konfliktpartner, die Institutionalisierung sozialer Konflikte, die Etablierung von Kooperationsfeldern (...) und die Entwicklung von Rollen und Verhaltensmustern,“ damit sich die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Beziehungssysteme zivilgesellschaftlich verändern können (Neuhloh, O., 1977: „Zum Bezugsrahmen von sozialer Innovation und sozialem Konflikt“, in: Neuhloh, O., (Hrsg.), Soziale Innovation und Sozialer Konflikt, Göttingen, Kapitel 1.2.2.: Verhaltensorientierte Begriffe, S. 19).

theoretisches Konzept entfalten lassen kann zur weiteren Untersuchung der im Bericht abgehandelten Themen und Fragen. Vor allem scheint er geeignet, den theoretischen Hintergrund zur Entwicklung weiterer konkretisierter Themen- und Fragestellungen zu liefern.

Der Vorschlag, die beiden genannten Theorieansätze bei der Entwicklung weiterer Arbeiten heranzuziehen, begründet sich darin, dass beide Ansätze den kommunikativen Prozessen selbst eine konstitutive Wirkung im Geschehen des sozialen Wandels beimessen. In sozialen Innovationen finden gesellschaftliche, z. B. Lernprozesse, statt, hinsichtlich der Frage, wie allgemein gültig anerkannte Werte einer Gesellschaft bewusst verstanden und praktisch gelebt werden können. Soziale Innovationen verleihen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen deshalb Dauerhaftigkeit, weil sie Neuerungen in die sozialen Interaktionen der Gesellschaft einführen. Von Martin Heidenreich her folgernd entstehen durch soziale Innovationen neue gesellschaftliche Wissensbestände, die er als „lernbereite Deutungsschemata“ definiert, „die den natürlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen einen Sinn geben und die ihr praktisches Verhalten regeln“.¹⁷⁰

Das wird hier vor dem Hintergrund des Verständnisses der sozialen Innovation so interpretiert, dass gesellschaftliche Werte und individuelle Identitäten in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen zumeist nicht (nur) aufgegeben werden (müssen), sondern eine Neubestimmung erfahren, die letztlich dazu führen, dass die Gesellschaft zu einem neuen Verständnis ihrer selbst gelangen kann (nicht muss).

So will der Begriff der Interaktionistischen Integration hier so verstanden werden, dass es in diesem kommunikativen Geschehen eben nicht darum geht, Identitäten aufzulösen und andere an ihre Stelle zu setzen, sondern in der genannten Weise neu zu bestimmen. Darin liegt die Chance. Noch einmal sei genau in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich die Prozesse sozialer Innovation nicht erzeugen und nicht vorherbestimmt steuern lassen. Sie bleiben immer ein Wagnis mit offenem Ausgang, und sie sind konfliktgeladen. Umso wirkungsvoller wird sich dann aber die Bereitschaft in der Gesellschaft auswirken, Diskurse über solche Veränderungen zu führen, vor dem Hintergrund eines zivilgesellschaftlichen Verständnisses der Konfliktaustragung. Beispiele dafür wurden gezeigt.

Die dargestellten Beispiele gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagements von Mitbürgerinnen und Mitbürgern deutscher und nicht-deutscher Herkunft lassen sich als

¹⁷⁰ Heidenreich, M., Die Debatte um die Wissensgesellschaft, http://www.uni-oldenburg.de/sozialstruktur/dokumente/wissensgesellschaft_2002.pdf, Zugriff: 02.07.2007, S. 20, Erschienen in: Stefan Bösch und Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.), 2003: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen.

kommunikative Prozesse verstehen, mit denen alle Beteiligten situationsbezogene Klärungsprozesse sozialer Art für sich erreichen, die zu einer Neubestimmung ihrer Identität führen. Sie entwickeln dabei auf der gesellschaftlichen Mikroebene modellhaft Verfahrensweisen von gesellschaftlicher Relevanz.

Vor dem Hintergrund der Berichtsergebnisse werden deshalb unter Bezug auf die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements zur Untersuchung dieses Handelns folgende zwei Felder der Lebenssituation von Migrantengruppen in Deutschland unter einem dritten, besonderen Aspekt vorgeschlagen:

- **Die familiären Situationen:** Zu fragen ist nach dem Selbstverständnis der Familienverbände und dann nach den von daher zu erklärenden Einstellungen zur Bildung und dem Bildungsverhalten. Hierzu liegen längst Ergebnisse vor. Allerdings wird von Seiten der Wissenschaft darauf hingewiesen, dass der familiäre Bereich insgesamt trotzdem noch zu wenig Beachtung auch in der Forschung findet.

Den Berichtsergebnissen folgend müsste sich der Blick auf gruppenspezifische Werthaltungen und Verhaltensmuster richten, aus denen sich Einstellungen zu Bildung und Bildungsverhalten erklären lassen. Auch dazu liegen längst Ergebnisse vor. Es muss aber im Sinne des Erläuterten verstärkt gefragt werden, wie dann in interkulturellen Interaktionen vorschnelle Wertungen gegenüber anderen Einstellungen und Verhaltensweisen vermieden werden können. Es könnte z. B., wie erläutert, nach den rationalen Gehalten dieser Einstellungen gesucht werden, um *dann* zu fragen, wie sich diese Einstellungen zu den Bildungsverhältnissen im Zuwandererland eigentlich „wirklich“ verhalten.

Die Vorlagen dafür liefert z. B. das Wissen um die Wahrnehmung der interkulturellen Kompetenz in Personalauswahlverfahren. Die Wahrnehmung solcher Kompetenzen seitens der Unternehmen erzeugt nämlich eine *wechselseitige* Verhaltensänderung. Einerseits verändern die Unternehmen vorteilhaft ihre Strukturen. Andererseits verändern auch die (jungen) Bewerberinnen und Bewerber ihr Selbstverständnis. Sie lernen, ihre Fähigkeiten als zwar auch andere, aber nicht als abweichende wahrzunehmen. Das heißt, sie können „bleiben was sie sind“, können sich selbst aber positiv auf die Verhältnisse der Gesellschaft beziehen. Und darin liegt die Veränderung: Ein Identitätsgewinn wird dadurch erzielt, dass sie flexibel wird, was wie gezeigt, eine solche Flexibilität von Seiten „der Gesellschaft“ unbedingt voraussetzt. Gemeint ist also keine Anpassung im Sinne „erzwungen-

erduldet/abgelehnt“, sondern der Gewinn von Entscheidungsmöglichkeiten, die es auch erlauben, die eigenen Einstellungen aus freien Stücken zu verändern.

Zu fragen ist also, ob diese Annahmen auf Familienverbände als systemische bezogen werden können, um zu Flexibilitäten dieser Art zu gelangen, die Individualität zulässt und damit aber den Verband Familie bestärkt.

Es muss folgendes beachtet werden: Werden einerseits Migrantenfamilien oberflächlich als solche charakterisiert, in denen Individualität gegenüber dem Verband zurücktreten muss, um den Verband als Ressourcengrundlage zu erhalten, dann darf nicht außer Acht bleiben, dass deutschstämmige Familienverbände ebenfalls Zwängen unterliegen – das scheint zu häufig der Fall. Ein solcher Zwang liegt vor, wenn man der (im Bericht angesprochenen) These folgt, dass unsere heutige Gesellschaft die Wahl der Identität lässt, aber den Zwang, eine der solchen zu wählen, ausübt. Das heißt in der Folge, dass auch dort die Sozialisationsbedingungen nicht so frei sein können, wie das wiederum oberflächlich angenommen werden könnte. Hier wird angenommen, dass allein das bewusstere Hinschauen auf solche Zwänge und die Feststellung ihrer Existenz, den Dialog zwischen Migranten und Deutschstämmigen toleranter gestalten könnte. Denn dann ginge es gemeinsam um Fragen bezüglich eben solcher Zwänge und die Verhältnisse, die sie ausüben. Und um es notwendigerweise hier noch einmal zu sagen: Damit wird keinesfalls der Preisgabe der Errungenschaften der Individualität und Identität das Wort geredet.

- **Die Migrantenökonomie:** Da die sog. „Migrantenökonomie“ wesentlich auf dem Familienverband als Ressource beruht, kann dieser Aspekt hier direkt anschließend in die Überlegungen einbezogen werden. Die Migrantenökonomie scheint Voraussetzungen zu bieten, gering qualifizierte Migranten vor sozial-ökonomischer Exklusion zu schützen. Von der anderen Seite her wäre hier zu fragen, welche Fördermöglichkeiten in diesem Feld zu entwickeln wären.

Es überschreitet aber die Thematik des Berichts bei weitem, die geschilderten, auf die Bevölkerung als ganze einwirkenden **Exklusionsprozesse** unter umfassenden Aspekten zu betrachten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass solche über das Gelingen der oben genannten Aktivitäten in entscheidender Weise mit bestimmen. Da Veränderungen einzuleiten, stellt sich der Gesellschaft aber als eine umfassendere Aufgabe.



So geht's: Meltem Katirci, 18 Jahre alt, gibt Tugba Özkan, 10, Nachhilfeunterricht in einem Raum der Sultan Ahmet Moschee

gelesen bei „Nachhilfe im Moschee-Keller“ in der WELT

Ergänzender Anhang:

Die Idee des Mentorings im Projekt „Schulaufgabenhilfe im Mentoring“ der FreiwilligenBörseHamburg

Seit dem Jahr 2009 kann die FreiwilligenBörseHamburg Schülerinnen und Schülern Unterstützung bei der Bewältigung ihrer schulischen Aufgaben geben und ihre Eltern in bewusst gestalteten Situationen dabei mit einbeziehen. Von Beginn an war klar, dass dieses Angebot einer schulbegleitenden Unterstützung des Lernens von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Grundlage haben muss, die zuerst die jeweils individuelle Persönlichkeit und die individuelle Eigenart der persönlichen Entwicklung einer Schülerin, eines Schülers anspricht. Hier kommt der Gedanke des Mentorings ins Spiel, wenn dem Kind auch und gerade bei der Schulaufgabenhilfe eine Bezugsperson gegenüber tritt, die dem Kind dadurch Wissen vermitteln kann, indem sie eine Beziehung dieser Art zu ihm aufbaut, sie es also nicht dabei belässt, sozusagen „nur“ bezahlte Unterrichtsstunden abzuleisten, so engagiert menschliche und fachliche Kompetenzen dabei auch zum Einsatz kommen mögen.

Lernen ist Kindern und Jugendlichen in hohem Maße erst dann möglich, wenn es im Rahmen stabiler Beziehungen stattfindet, die aber nach anderen Voraussetzungen als die Eltern-Kind-Beziehung gestaltet sein müssen. „Klassische“ Beispiele dafür sind u. a. die verwandtschaftlichen Beziehungen des Kindes über den Kreis der Kernfamilie hinaus (Großväter, Tanten, Onkel...) oder eben die durch die menschliche Geschichte hindurch immer wieder thematisierte „Beziehung des Lehrers zum Schüler“, egal ob in der Schule, der beruflichen Ausbildung oder wo auch immer.

Beziehungen dieser Art können insbesondere dann positiv auf das Kind und ebenso auf die internen Beziehungen seiner Familie einwirken, wenn lebensweltliche oder innerfamiliäre Umstände einen heranwachsenden Menschen überdurchschnittlich belasten und ihn dauerhaft negativ zu prägen drohen.

In unseren Gesellschaften müssen diese Beziehungen für ein Kind aber nicht immer vorhanden sein. Und sie müssen auch nicht aus sich selbst heraus „automatisch“ die eben erwähnten positiven Wirkungen auf Kind und Kernfamilie haben. Sogar den in unserer Gesellschaft von vielen Institutionen an sich fachlich kompetent und engagiert geleisteten Familienhilfen gelingt das nicht immer. Wird ein Kind nämlich plötzlich von einer Vielzahl an Helferinnen und Helfern „umstellt“, kann es sein, dass bald jede einzelne Hand nicht mehr weiß, was alle anderen Hände tun, und jeder einzelne Mund nicht mehr weiß, was alle anderen Mänder sprechen. Das Kind erlebt diese Personen nur als Ausgangspunkte

unterschiedlichster, teils widersprüchlich verwirrender pädagogischer Maßnahmen, denen es sich folgerichtig umso mehr verweigern muss, weil sie wieder Willen seine ohnehin schon schwer zu bewältigenden familiären Beziehungen zusätzlich negativ aufladen. Es findet auf seiner Suche nach einer Bezugsperson nur „Kontaktpersonen“, womit seine Enttäuschung weiter wächst und seine Verweigerungshaltung zunimmt.

Dieses Beispiel kann aber ebenso wenig dazu verleiten, im Mentoring die allgemein- und letztgültige Möglichkeit einer Hilfe für das Kind und seine Familie zu sehen. Mentoring, für sich genommen, kann viel für das Kind bewirken, was aber schon da die Veränderung der familiären Umstände mit einbeziehen muss. Besonders deutlich wird das bei der Bildung. Sie braucht über das letzt genannte hinaus auch die staatliche Institution der Schule, die es verstehen sollte, die Bildung fördernden schulbegleitenden Impulse einer Mentor-Mentee-Beziehung aufzunehmen und weiter zu bestärken.

Die Studie „Bildungssituation und Bildungsverhalten migrantischer Gruppen in Deutschland im Zusammenhang sozioökonomischer und soziokultureller Wandlungsprozesse der Bundesrepublik“ von Martin Hoyer aus dem März 2010 zeigt deutlich die Notwendigkeit der Beteiligung der Eltern von migrantischen Kindern und Jugendlichen bei deren Planung des eigenen Bildungs- und Berufsweges. Sie entstand aus Beobachtungen, die während der Projektarbeit der FreiwilligenBörseHamburg unter Einbindung aktueller sozialwissenschaftlicher Ansätze und Arbeiten gewonnen wurden.

Um eine solche bewusste Elternbeteiligung am Verlauf der Bildungsschritte ihrer Kinder zu erreichen, ist die niedrigschwellige, fachkompetente und gegebenenfalls auch muttersprachliche Information der Eltern über diese für die Zukunft ihrer Kinder entscheidenden Schritte unabdingbar. Sie ist die Grundvoraussetzung dafür, die auf dieser Basis getroffenen Entscheidungen gemeinsam und motiviert zu verwirklichen.

Daher nimmt die Elternarbeit im Rahmen des Mentorings, wie sie von der FreiwilligenBörseHamburg angeboten wird, einen zentralen Raum ein. Dies beginnt bereits damit, dass Mentor und Mentee sich generell unter der Beteiligung der Eltern das erste Mal treffen, um gemeinsame Zielvereinbarungen hinsichtlich der zu erreichenden schulischen Leistungen zu definieren. Dabei entwickelt sich ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Eltern, Mentor und Mentee, das die gesamte weitere Zusammenarbeit prägt und erleichtert. Ganz natürlich tauchen so auch Fragen der Eltern an den Mentor nach der weiteren

schulischen und beruflichen Entwicklung ihres Kindes auf, für die dann gemeinsam nach Antworten gesucht wird.

Der Mentor nimmt dabei zumeist die Rolle eines Informationszuträgers ein. Nach gemeinsamer Abstimmung mit den Eltern begleitet er den Mentee bei der Vorstellung bei weiterführenden Schulen. Auch besucht er mit ihm Ausbildungsmessen und wertet die so gewonnenen Informationen gemeinsam mit dem Mentee und seinen Eltern im Hinblick auf die Umsetzbarkeit der Zukunftswünsche des Mentee aus.

Für die Eltern ist der Mentor eine wichtiger Begleiter, Ratgeber und Unterstützter ihrer Kinder im Bereich der Schul- und Berufsausbildung. Solchermaßen gestärkte Eltern wirken in ihrem Umfeld als informative Multiplikatoren und erreichen auf diese Weise auch migrantische Eltern und deren Kinder, die gar nicht unmittelbar in die individuelle „Eltern-Mentor-Mentee – Beziehung“ eingebunden sind. Der muttersprachliche Austausch unter den migrantischen Eltern über Möglichkeiten der Schul- und Berufsausbildung für ihre Kinder fördert und ermutigt sie selbst nach weiteren Informationen zu diesem Thema zu suchen. Darin liegt die eigentliche außerordentliche gesellschaftliche und bildungspolitische Bedeutung des Mentorings.

Die „Schulaufgabenhilfe im Mentoring“ der FreiwilligenBörseHamburg (FBH) beruht auf eben diesen Leitgedanken des Mentorings. Die Wissensvermittlung erfolgt in einer gestalteten Beziehung zwischen einem Mentor und einem Mentee, welche den Mentee in seiner gesamten persönlichen Entwicklung fördert, also auch in seiner Fähigkeit zu lernen. Das gilt im weiteren Sinn auch bei der Schulaufgabenhilfe für Schülergruppen, wie sie z. B. in Moscheegemeinden stattfindet. Dieser Grundsatz gilt für alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen, gleich welcher Herkunft, Alters oder sozialer Herkunft usw.

Vor dem Hintergrund dieses Leitgedankens der Gleichheit wird der Einsatz interkultureller Kompetenz im Mentoring andererseits sogar unabdingbar notwendig, um den individuellen Situationen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und Brücken zwischen unterschiedlichen kulturellen Einstellungen und Haltungen zu bauen.

Praktisch geschieht dies in der FreiwilligenBörseHamburg z. B. durch den Einsatz einer Vielzahl von freiwillig Engagierten unterschiedlichster nationaler Herkunft in den Projekten der Schulaufgabenhilfe. Sie tragen zur Erweiterung des Erfahrungsschatzes der FreiwilligenBörseHamburg an interkultureller Kompetenz wesentlich bei. Das gilt genauso

für die Kooperationen der FreiwilligenBörseHamburg mit Migrantenorganisationen, Schulen und Bildungs- und Beschäftigungsträgern, welche insgesamt ein Netzwerk bilden, das der Vermittlung von Bildung dient.

Bei Aufnahme eines Kindes/Jugendlichen ins Mentoring müssen die Eltern beteiligt sein, damit die familiäre Situation, soweit notwendig, Berücksichtigung findet, ohne ihre intimere Sphäre zu verletzen. Nach dieser Klärung erfolgt eine bewusste Begrenzung des Mentorings auf das Mentor-Mentee-Verhältnis, welches aber immer im Kontakt zu den Eltern verbleibt. Die Entwicklung des Mentees wird gemeinsam mit seinen Eltern in Gesprächen reflektiert, z. B. bei Elternabend der Schülergruppen der Moscheegemeinden.

So wird eine für den Mentee und seine Eltern produktive Wechselwirkung hinsichtlich der individuellen Entwicklung des Mentees und seiner familiären Situation erzeugt, mit der insbesondere für die Familien mit Migratonshintergrund sehr gute Erfolge erzielt werden. Einerseits werden individuelle und familiäre Situationen als solche geachtet. Andererseits findet für den Mentee und seiner Familie eine Erweiterung der Haltung zum gesellschaftlichen Leben und des kulturellen und sozialen „Horizonts“ statt. Es kommt zu einer Stärkung des individuellen und des familiären Selbstbewusstseins. In diesem Kontext verändern sich die Einstellungen zu Bildung positiv und das Wissen um Bildungswege wird erweitert.

Mentoring ermöglicht auf diese Weise die Weiterentwicklung von Identitäten. Es kann gerade bei den Familien migrantischer Herkunft Ängste gegenüber Situationen abbauen, die für sie real oder scheinbar die Preisgabe von Identität fordern und zu einer Abschließung gegenüber der Lebensumwelt führen.

Die FreiwilligenBörseHamburg verfolgt damit in ihrer praktischen Arbeit einen durchaus auch eigenständigen und dabei erfolgreichen Weg in der Weiterentwicklung „interkultureller Kompetenz“ als solcher. Und zwar zuerst bei den Menschen selbst, an die sie sich wendet – ob deutscher oder gleich welcher anderer Herkunft. Darüber hinaus bündelt sie dieses Wissen und trägt es z. B durch ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter.

Bernd P. Holst, Leiter der FreiwilligenBörseHamburg, Nicole Stechel u. Martin Hoyer, ehrenamtlich Mitwirkende in der FreiwilligenBörseHamburg, Juli 2011.

Sie und das gesamte Team der FreiwilligenBörseHamburg bedanken sich an dieser Stelle bei den Core-Team-Mitgliedern des Netzwerkes Mentor.Ring für alle Informationen, die uns das

Team zur Idee des Mentorings in guter Zusammenarbeit und wann immer es möglich war gegeben haben. Unser Dank geht an: Marion Wartumjan, Thomas Albrecht, Jenny Fabig, Tina Klapproth, Johannes Richter, John Helmbock, Thomas Helfer, Ingrid Deuchler, Nikolas Kruse und Simone Danmark. Den Mentor.Ring stellen wir Ihnen im folgenden vor.

Tabellenverzeichnis	Seite
Tabelle 1: Personengruppen mit Migrationshintergrund	25
Tabelle 2: Schulabschluss nach Migrationshintergrund	26
Tabelle 3: Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund	45
Tabelle 4: Schulabschluss nach Herkunftsland	46
Tabelle 5: Berufliche Stellung nach Herkunftsland	47
Tabelle 6: Anteil ungelernter Arbeitskräfte nach Nationalitäten der Zuwanderer (m/w) 1968 – 1972 in Prozent	51
Tabelle 7: Verteilung der ausländischen Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen 1973 und 1991 in Prozent	56
Verzeichnis der Darstellungen (Quellenangaben dort)	Seite
Darstellung 1: Migrantenmilieus in Deutschland: Soziale Lage und Grundorientierung (Carsten Wippermann/Berthold Bodo Flaig)	43
Darstellung 2: Schulbesuch und Arbeitsmarktbedingungen beim Berufseinstieg (nach Heike Solga)	54
Darstellung 3: Strukturwandel ab Mitte der 1970er Jahre nach Heike Solga	55

Literaturliste

Aderholdt, Jens, „Gesellschaftsentwicklung am Tropf technischer Neuerungen?“, in:

Aderholdt, Jens, John, René, 2005: Innovation , Sozialwissenschaftliche Perspektiven, Konstanz.

Ausländische Abschlüsse werden einfacher anerkannt. Pressemitteilung 294/2009 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 09.12.2009: Link: <http://www.bmbf.de/press/2747.php> , Zugriff. 09.12.09.

Beck, Ulrich, 2000: „Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt?“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich, (H. G.), 2000, Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich, Welche Universität wollen wir? in: Frankfurter Rundschau, Nr. 31, 6/7 Februar 2010.

Behrend Olaf, „Aktivieren als Form sozialer Kontrolle“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40-41/2008, 29. September 2008, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn.

Beicht, Ursula, Granato, Mona, September 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung, Geringere Chancen und schwierigere Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Expertise des Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn.

Birand, Bingül (2008): „Deutschtürken kämpfen selbst für eure Integration!“. In: Die andere Seite. Was Arbeit für Menschen bedeutet, Beschäftigung & Bildung e.V. (Hg.), Hamburg.

Boos-Nünning u. Ursula, Nieke: “Orientierungs- und Handlungsmuster türkischer Jugendlicher zur Bewältigung der Lebenssituationen in der Bundesrepublik Deutschland“. In: Psychosozial 1982.

Cohn-Bendit, Daniel u. Schmid, Thomas, 1993: Heimat Babylon, Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg.

Die Eckpunkte zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen, http://www.bmbf.de/pub/eckpunkte_erkennung_berufsabschluesse.pdf , Zugriff: 11.12.09.

Dönmez, Nuran: „Kultur und Integration“. In: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES- Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg.

Dörre, Klaus, „Prekarität im Finanzmarktkapitalismus“. In: Castel, Robert u. Dörre, Klaus (Hg.) 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.

Entscheidung des Rates der Europäischen Union über das Europäische Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) vom 27. November 2009, Amtsblatt der Europäischen Union, IV, I.17/43 v. 22.1.2010.

Epskamp, Heinrich, „Die Philosophie des Bologna-Prozesses - Logik und Widersprüche“, in:

Epskamp, Heinrich, Gümrükcü, Harun (Hg. u. a.) Der Bologna-Prozess und die Türkei – die Schaffung des Europäischen Hochschulraums. Unveröffentlichte Studie, erscheint voraussichtlich erstes Halbjahr 2010.

Erel, Umut 2009 „Qualifikationen von Migrantinnen – eine Frage der Bürgerrechte?“, 26. Oktober 2009. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn, S. 5. Dort S. 5.

Floeting, H., Reimann, B., Schuleri-Hartje, U., April 2005: „Von Tante Emma zu Onkel Ali – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte“, in: Aktuelle Information, Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.).

Filsinger, Dieter Oktober 2008: Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.), Bonn.

Giddens, Anthony, 1997: Die Konstitution der Gesellschaft – Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/New York.

Gillwald, Katrin: Konzepte sozialer Innovation. 2000: Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrum Berlin, WZB. Link: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-519.pdf> , Zugriff: 15.02.2010.

Gümrükcü, Harun, „Einleitende Bemerkungen“ in: Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg.

Gümrükcü, Harun, „Integration: Spannungsfeld zwischen Arbeitswelt und Realität“ in:

Gümrükcü, Harun, Gutmann Rolf (Hg.) Januar 2003: Globalisierung. Zuwanderung und Interkulturelle Kompetenz, ITES-Jahrbuch 2002-2003, Schriften des Instituts für Türkisch-Europäische Studien Bd. 16, Hamburg.

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie kommunikativen Handelns, Bd. 1, Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a. M., S. 385.

Hachtmann, Götz, u. a., 1981: Zum Selbstverständnis eines Dorfes - Am Beispiel von Jugend, Arbeit und Kommune. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Oldenburg, Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften.

Heidenreich, Martin, „Die Debatte um die Wissensgesellschaft“, http://www.uni-oldenburg.de/sozialstruktur/dokumente/wissensgesellschaft_2002.pdf, Zugriff: 02.07.2007, S. 20, Erschienen in: Stefan Böschen und Ingo Schulz-Schaeffer (Hg.), 2003: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen.

Hengsbach, Friedhelm (o. J.) Verhindert die Wissensgesellschaft das Menschwerden?
<http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.173>, Zugriff: 07.12.09.

Kalpake, Annita u. Rätzzel, Nora (Hg.) 1986: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Berlin.

Horst Kern, Michael Schumann, 1984, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung. München.

Keupp, Heiner, Wolfgang Kraus, Florian Straus, „Civic matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements“. In: Beck, Ulrich, (Hg.), 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie.

Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland, Erkenntnisse der empirischen Forschung“. In: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Beck, Ulrich, (Hg.), 2000, Frankfurt a. M., S. 151.

Mead, Margaret (2006) Der Konflikt der Generationen – Jugend ohne Vorbild, S. 115, Eschborn bei Frankfurt a. M. Der für das Thema zutreffendere Titel der Originalausgabe lautet: Culture and Commitment.

Morgenroth, Christine, „Arbeitsidentität und Arbeitslosigkeit – ein depressiver Zirkel“. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) Aus Politik und Zeitgeschichte, 3. Februar 2003, B 06-07/2003.

Negt, Oskar, 2001: Arbeit und Menschliche Würde, Göttingen.

Opielka, Michael, 2002: „Sozialpolitik für eine Wissensgesellschaft – Weitere Begründung für soziale Bürgerrechte“. In: Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, 2002, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), S.1. Link:
<http://www.wissensgesellschaft.org/themen/wissensoekonomie/sozialpolitik.pdf>, Zugriff: 04.01.09.

Öztürk, Halit 2009: „Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.).

Rammert, W. (o. J.): „Innovation im Netz – Neue Zeiten für technische Innovationen: global verteilt und heterogen vernetzt“; http://www.tu-berlin.de/~soziologie/Crew/rammert/articles/Innovation_im_Netz.html; Zugriff: 10.02.09.

Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen, 20.10.2000. Deutscher Bundestag Drucksache 14/4357, 14. Wahlperiode 20. 10. 2000.

Seifert, Wolfgang, 2007: „Integration und Arbeit“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 22-23/2007, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn.

Segbers, Franz, „Hartz IV und die Menschenrechte – Fünf Jahre „Fördern und Fordern“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2009, Berlin.

Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussfLissabon2000.pdf>, Zugriff: 06.03.09.

Solga, Heike, 2002: „Ausbildungslosigkeit“ in Bildungsgesellschaften , Die wachsenden Arbeitsmarktprobleme von Ungelernten aus soziologischer Sicht, Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2002. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Schulte, Axel 2009: „Politikkonzepte für eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn, S. 18.

Treichler, Andreas (September 2009): „Arbeitsmarktintegration und Qualifikation im Spiegel ethnisch-sozialer Ungleichheit – Bildung als Schlüssel gleichstellungsorientierter Sozialpolitik“. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft: September 2009, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn.

Wacquant, L., „Die Wiederkehr des Verdrängten. Unruhen, „Rasse“ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften“. In: Castel, Robert, Dörre, Klaus 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt.

Wippermann, Carsten, Flaig, Berthold Bodo, Januar 2009: „Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 5/2009, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bonn.

Wolf, Anneke, Niedenthal, Zuzanna 1998: „Das liegt an der Erziehung. Zur Tragweite des Konzepts ethnischer Identität“. In: Ethnos, Rasse, Volk. Zur gesellschaftlichen Konstruktion von (Welt-)Anschauungen, Seminarbericht, Universität Hamburg, Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie, <http://www.kultur.uni-hamburg.de/volkskunde/Texte/Vokus/1998-2/ethnos.html>, Zugriff 25.02.10.

Zapf, Wolfgang 1989: „Über soziale Innovationen“. In: Soziale Welt, 40. Jg., H. 1-2.

Ziehe, Thomas, 1979: Pubertät und Narzissmus, Frankfurt a. M. und Köln.

Links - genannte Initiativen in der Freiwilligenarbeit und der beruflichen Förderung/Bildung:

FreiwilligenBörseHamburg: www.eaktivoli.de

www.mehrgenerationenhaeuser.de, Zugriff 25.01.2010.

www.gueven-vertrauen.de, Zugriff 20.01.2010.

www.jobcafe-billstedt.de

Hamburger Diversity Netzwerk der einfal GmbH Hamburg: www.einfal.de

Monitor Arbeitsmarktpolitik: www.monapoli.de

FreiwilligenBörseHamburg

**Agentur für bürgerschaftliches und
wirtschaftliches Engagement**





Hamburger Netzwerk für Mentoring-Projekte

Geschichte des Netzwerks

- November 2008: 1. Treffen der Mentoring-Projekte für Kinder und Jugendliche in Hamburg
 - Initiative der Ehlerding Stiftung
 - Themen:
 - Was können wir für die Ehrenamtlichen tun?
 - Welche Arbeitsstrukturen braucht ein Netzwerk?
- März 2009: Gründung des Hamburger Arbeitskreises Mentoring
- April 2009: Erstes Treffen mit „Aktion zusammen wachsen“
- Ab April 2009: Regelmäßige Treffen des Core Teams
- September 2009: Erster Hamburger Mentoring-Tag
- 2010: Namensgebung und Logo **Mentor.Ring Hamburg**

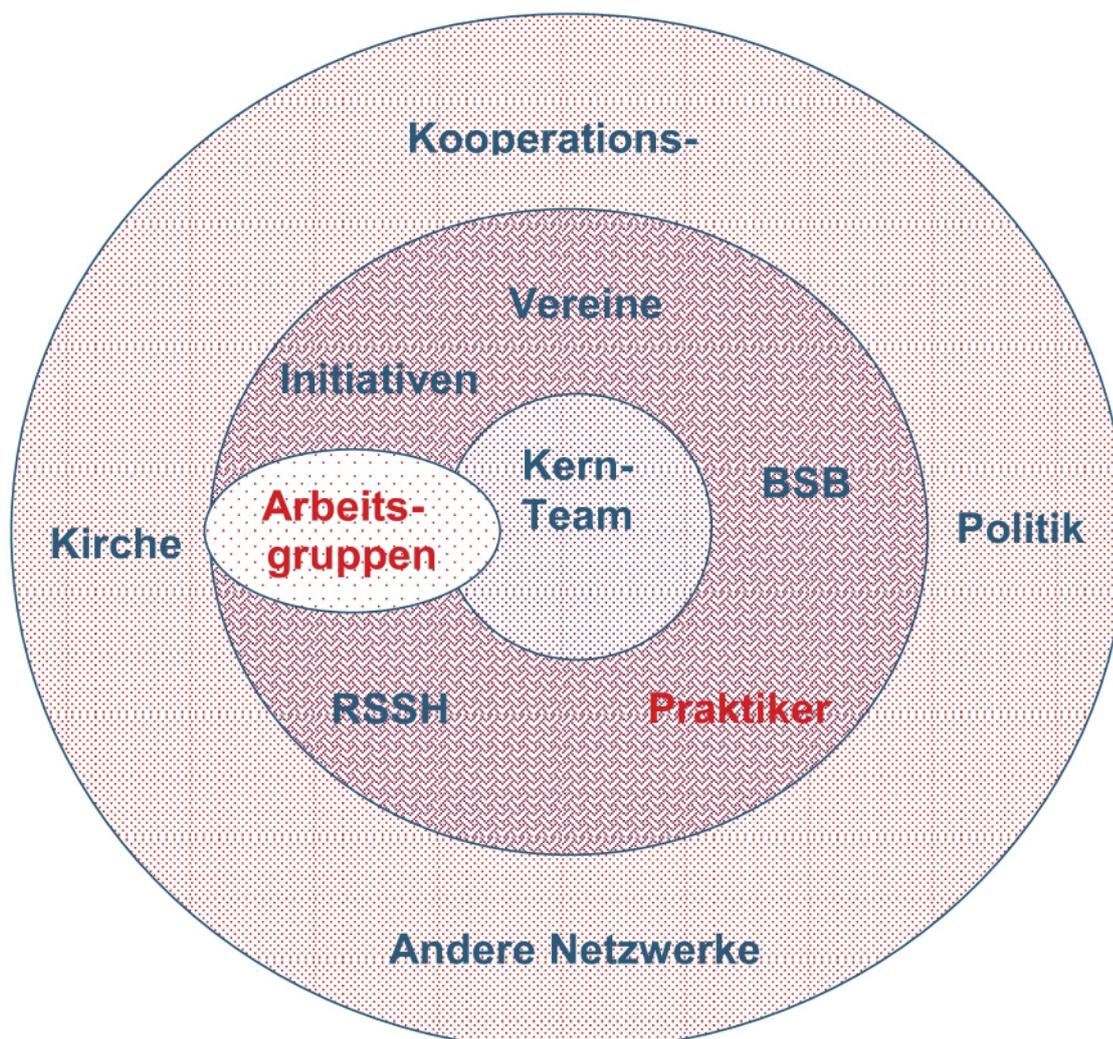
Ziele des Netzwerks

- Verbreitung und Stärkung des ehrenamtlichen Mentorings in Hamburg
- Qualitative Verbesserung und Abstimmung unter den Projekten
- Vermittlung strategischer Impulse
- Unterstützung und Pflege des Erfahrungsaustausches
- Nutzbarmachung des Basiswissens aus der täglichen Praxis
 - Pflege und Kommunikation der Kontaktdaten, Strukturen und Inhalte der Projekte
 - Jährlicher Fachkongress für alle Initiativen

Mitglieder

- **Initiativen, Vereine, Stiftungen u.a. Organisationen**, in denen ehrenamtlich engagierte Erwachsene/Jugendliche Kinder und Jugendliche (und ggf. ihre Familien) im Eins-zu-Eins-Verhältnis in ihrer Entwicklung begleiten/fördern
- **Strategische Partner aus Institutionen und Netzwerken**
 - Behörden wie Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
 - AKTIVOLI Netzwerk
 - Andere Netzwerke
 - Kooperationspartner
 - Schulen
 - Kirchen usw.

Netzwerkstruktur



Operative Arbeitsstruktur

- 1) Das Mentor.Ring Netzwerk verfügt über eine Basisstruktur aus Core Team und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Arbeitsbereichen
- 2) Jeder Arbeitsbereich wird von einem Hauptverantwortlichen aus dem Core Team geleitet
- 3) Eine Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus einem Core Team-Mitglied (Leitung) und einem oder mehreren Netzwerkpraktikern
- 4) Auf Empfehlung der Arbeitsgruppe trifft das Core Team richtungweisende Entscheidungen
- 5) Die Arbeitsgruppe ist verantwortlich für die operativen Aktivitäten in den jeweiligen Arbeitsbereichen

Stand Mitglieder Core Team

Core Team:

Marion Wartumjan
 Thomas Albrecht
 Jenny Fabig
 Tina Klapproth
 Johannes Richter
 John Helmbock
 Thomas Helfer
 Bernd P. Holst
 Ingrid Deuchler
 Nikolas Kruse
 Simone Damak

Organisation/Projekt:

RSS HH Aktion Zusammen wachsen
 Behörde für Schule und Berufsbildung
 AWO, Starthilfe
 Big Brothers Big Sisters
 Kinderschutzbund, Familienpaten
 BürgerStiftung, Güven-Vertrauen
 MENTOR - die Leselernhelfer
 Freiwilligenbörse Hamburg
 Freiwilligenbörse Hamburg
 JugendMentoring
 Ehlerding Stiftung, *mitKids*

Funktion Core Team

Formen der Mitarbeit: a) kontinuierlich b) befristet, fach- oder eventbezogen

- **Beratung und Entscheidung** (monatliche Teamsitzungen) zu:
 - Fachthemen / -austausch
 - Strategien
 - PR / Veranstaltungsmanagement
 - Rechtsform u.a.

- **Steuerung der AGs, Input Teamsitzungen**
- **Mitgliederwerbung** Core Team
- **Aufnahme Neumitglieder** Core Team
- **Neu-/Besetzung AG-Leitung**
- **Werbung AG-Mitglieder / Allgemeine Mitglieder**
- **Expertenwerbung**
- **Prozessmanagement**

Arbeitsgruppen

- Event Management & PR
- Sprecher (Schnittstelle strategische Partner)
- Administration und Kommunikation
- Mitgliederpflege & -werbung
- Website & Wissensdatenbank
- Qualifizierung & Fortbildung
- Ehrenamtlichen-Management
- Projektentwicklung u. -management
- Bundesweiter Fachaustausch

AG-Leitung = Core Team - Mitglied

Tina Klapproth
Marion Wartumjan

John Helmbock

Ingrid Deuchler

Simone Damak

Johannes Richter

Jenny Fabig

Thomas Albrecht

Bernd P. Holst

Marion Wartumjan
Nikolas Kruse

Allgemeine Mitgliedschaft

Eine zeitlich befristete, fach- oder eventbezogene Mitarbeit im Core Team oder in den AGs ist möglich und erwünscht!

Service für Mitglieder:

- **Grundlageninformationen** zum Mentor.Ring bei Neumitgliedschaft
- **Mentor.Ring-Flyer** (Herbst 2010); Flyer eventbezogen
- **Kontinuierliche Informationen:**
Newsletter; ProjektNews; Hinweise zu Tagungen, Fortbildungen, Projektförderung/Wettbewerben; allgemeine Informationen zum Freiwilligenengagement, zu Vernetzungsmöglichkeiten und Kontaktbörsen intern wie fachübergreifend; Website / Wissensdatenbank; Mitgliederdatei

- Informationsplattformen für eigene Veranstaltungen (in Abstimmung mit AG Kommunikation)
- Foren für den Erfahrungs- und Fachaustausch
- Stärkere öffentliche Wahrnehmung durch Politik und Gesellschaft
- Zusätzliche Anerkennung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements
- Starke Interessenvertretung für das Mentoring

Möglichkeiten der Partizipation

- Thematischen Input in die Core Team-/AG-Arbeit
- Operative Mitarbeit im Core Team oder in den AGs
- Teilhabe an der Entwicklung des Netzwerks und seiner Arbeitsstrukturen
- im Sinne einer lernenden Organisation
- Kontaktvermittlung zu Experten und Kooperationspartnern
- Erfahrungs- und Fachaustausch sowie Reflexion über die eigene und die Arbeit anderer Projekte
- Unterstützung anderer Projek (u.a. Biete-Suche-Aktionen)
- Mitgestaltung von Veranstaltungen des Mentor.Rings
- Information über Veranstaltungen des Mentor.Rings in den eigenen Medien/Verteilern
- Informationsbereitstellung zum Thema Mentoring und interdisziplinäre
- Zusammenarbeit (Events; Fortbildungen; andere Netzwerke...)

Kontakt

FreiwilligenBörseHamburg

Tel.: 040 / 411 886 900

Fax: 040 / 411 886 600

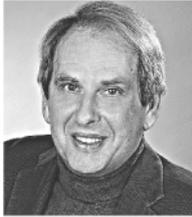
Email: freiwilligenboerse-hamburg@hamburg.de

Ansprechpartner in FreiwilligenBörseHamburg:

Nicole Stechel, Martin Hoyer, Bernd P. Holst



Mitwirkende



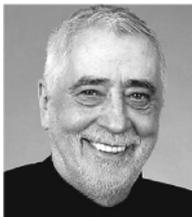
Martin Hoyer,

Diplom-Sozialwissenschaftler (Abschluss 1981 an der Universität Oldenburg). Ehrenamtlicher Mitarbeiter der FreiwilligenBörseHamburg. Frühere Tätigkeiten u. a. in der Erwachsenenbildung und der Technologie- und Qualifizierungsberatung. Von 2001 bis 2009 Mitarbeit am ehemaligen Institut für Türkisch- Europäische Studien, ITES in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Der Bologna-Prozess, die Mehrebenenpolitik der Europäischen Union, die Theorie der sozialen Innovation.



Nicole Stechel,

Nach dem Abschluss meines Studiums der Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg und meines Rechtsreferendariats am Hanseatischen Oberlandesgericht promoviere ich derzeit am Seminar für Strafrecht und Kriminologie der Universität Hamburg. Als gebürtige Hamburgerin freue ich mich, junge Menschen der Hansestadt Hamburg ehrenamtlich bei ihren Schulaufgaben zu unterstützen.



Bernd P. Holst,

Jahrgang 1944, nach Ausbildung zum Techniker Studium der Volkswirtschaft, Tätigkeiten im Marketing und in der Erwachsenenbildung, wirtschaftspolitischer Sprecher und Kommunalpolitiker in Hamburg, Initiator der FreiwilligenBörseHamburg, Vorsitzender des Vereins "Bürger helfen Bürgern e.V.", ehrenamtliche Tätigkeiten in den Bereichen Sport, Kultur, Bürger- und Wirtschaftsengagement. Bernd P. Holst ist Herausgeber dieser Reihe "Erfahrungen"

Kontaktdaten des Herausgebers

FreiwilligenBörseHamburg – Agentur für Bürger- und Wirtschaftsengagement in der Metropolregion Hamburg

FreiwilligenBörseHamburg

Billstedter Hauptstraße 56
22111 Hamburg

Tel: 040 – 21 98 72 01

Fax: 040 – 21 98 72 62

Mobil: 0160 – 90 14 13 30

Email: freiwilligenboerse-hamburg@hamburg.de

Infos im Web:

FreiwilligenBörseHamburg

www.buerger-helfen-buergern.com

**Engagement von Bürgern und
Wirtschaft für unsere
Metropolregion Hamburg**

www.engagement-hamburg.de

www.freiwilligenmanagement.com

Träger der **FreiwilligenBörseHamburg** ist der Verein Bürger helfen Bürgern e.V. Hamburg
VR 18548 Amtsgericht Hamburg Finanzamt Hamburg Nord 17/401/09274